ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wollmershäuser, Timo et al.

Article

ifo Konjunkturprognose Winter 2024: Deutsche Wirtschaft am Scheideweg

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wollmershäuser, Timo et al. (2024) : ifo Konjunkturprognose Winter 2024: Deutsche Wirtschaft am Scheideweg, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 77, Iss. Sonderausgabe, pp. 01-63

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/308723

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ifo SCHNELLDIENST

2024

SONDERAUSGABE DEZEMBER

ifo Konjunkturprognose Winter 2024: Deutsche Wirtschaft am Scheideweg

Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Moritz Schasching, Stefan Schiman-Vukan, Tiphaine Wibault, Gerome Wolf und *Lara Zarges*

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Annette Marquardt, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,–
Preis des Einzelheftes: EUR 12,–
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, Regensburg.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
https://www.ifo.de

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Dezember 2024

ifo SCHNELLDIENST Sonderausgabe

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft **3**

1.1. Überblick 3
1.2. Ausblick 5
1.3. Risiken 6

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft **8**

2.1. Überblick 8
Box: Zur Diskrepanz zwischen dem Produktionsindex und der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 9
2.2. Ausblick 12
Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2024 *15*
2.3. Prognoseunsicherheit und Risken 18
Box: Zu den Risiken einer verschärften Zollpolitik der USA *19*
2.4. Finanzpolitik restriktiv ausgerichtet 19
2.5. Geldpolitik allmählich neutral ausgerichtet 20
2.6. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen 23
2.7. Deutsche Industrie verliert an Gewicht 24
2.8. Strukturwandel trifft Außenhandel 27
Box: Zu den Auswirkungen der Fußballeuropameisterschaft 2024 auf die Dienstleistungsexporte *28*
2.9. Unternehmensinvestitionen im Zeichen von Strukturwandel und Unsicherheit 31
2.10. Talsohle bei den Wohnbauinvestitionen in Sicht 33
2.11. Rüstungsinvestitionen stützen Bruttoanlageinvestitionen deutlich 35
2.12. Konsumkonjunktur stabilisiert sich 36
2.13. Staatskonsum im Aufwärtstrend 37
2.14. Stagnation schlägt auf Arbeitsmarkt durch 38
2.15. Tarifverdienste holen spürbar auf 40
2.16. Inflationsentwicklung bleibt vorerst holprig 41
2.17. Hohe staatliche Defizite bleiben bestehen 42

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion **45**

Box: Zur Potenzialschätzung im Alternativszenario *48*

4. Zur Finanzpolitik in Deutschland **50**

5. Referenzen **52**

6. Tabellenanhang **53**

Timo Wollmershäuser, *Stefan Ederer*, *Friederike Fourné*, *Max Lay*, *Robert Lehmann*, *Sebastian Link*, *Sascha Möhrle*, *Moritz Schasching*, *Stefan Schiman-Vukan*, *Tiphaine Wibault*, *Gerome Wolf* und *Lara Zarges*

ifo Konjunkturprognose Winter 2024: Deutsche Wirtschaft am Scheideweg

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

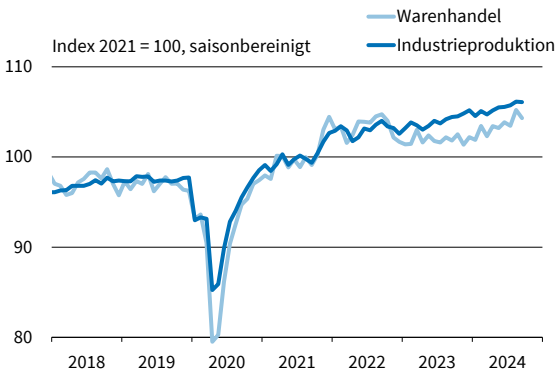
1.1. ÜBERBLICK

Die Weltkonjunktur ist im Herbst 2024 moderat aufwärtsgerichtet. Die globale Industrieproduktion legt seit Mitte des Vorjahres wieder zu und der weltweite Warenhandel hat seit dem Frühjahr an Schwung gewonnen (vgl. Abb. 1.1). Die weltwirtschaftliche Dynamik ist allerdings regional heterogen. Robust ist sie in Asien außerhalb Chinas, besonders schwach dagegen in Westeuropa. Das Warenangebot, gemessen an der Industrieproduktion und den Warenexporten, hat neben Asien auch in Lateinamerika angezogen. In Asien war auch die Warennachfrage, gemessen an den Importen, im Laufe des vergangenen Jahres kräftig. Eine Ausnahme stellt China dar, wo die Importe seit über einem Jahr nicht zulegen. Kräftige Nachfrageimpulse kamen zudem aus den USA und zuletzt auch aus Japan und Osteuropa. Im Euroraum stagnierte die Warennachfrage hingegen.

Die moderate Weltkonjunktur spiegelt sich auch in den Rohstoffpreisen wider, die in den vergangenen Monaten weitgehend stabil blieben (vgl. Abb. 1.2). Im November war der HWWI-Index auf Dollar-Basis in etwa gleich hoch wie im Frühjahr. Industrierohstoffe und Erdgas haben sich seither allerdings merklich verteuert, während der Rohölpreis nachgegeben hat. Auf dem europäischen Markt (Dutch TTF) war Erdgas Anfang November dennoch um etwa 15 % billiger als im Vorjahr, weil der saisonale Preisanstieg bislang schwächer ausfiel als im Herbst des Vorjahres.

Abb. 1.1

Welthandel und Weltindustrieproduktion



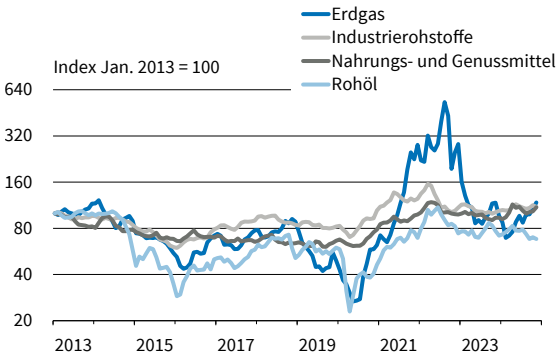
Quelle: Centraal Plan Bureau (CPB). © ifo Institut

IN KÜRZE

In diesem Jahr wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Damit tritt die deutsche Wirtschaft seit nunmehr fünf Jahren auf der Stelle. Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und Deglobalisierung erfordern einen Umbau der Produktionsstrukturen, bei dem etablierte Geschäftsmodelle verschwinden und neue Produktionskapazitäten entstehen. Wirtschaftliche Analysen sind in solchen Phasen mit einer hohen Diagnoseunsicherheit behaftet. Denn aus der Veränderung wirtschaftlicher Kennzahlen lässt sich nicht unmittelbar ablesen, ob es sich um vorübergehende und damit konjunkturelle Schwankungen oder um eine dauerhafte Neuausrichtung der Produktionskapazitäten und damit um eine strukturelle Anpassung handelt. Um dieser Unsicherheit Rechnung zu tragen, werden in der vorliegenden Prognose zwei Szenarien betrachtet. Im Basisszenario wird davon ausgegangen, dass die schwache Entwicklung der vergangenen Jahre vor allem strukturell bedingt war und der Strukturwandel bereits sichtbare Spuren im Produktionspotenzial hinterlassen hat. Industrieunternehmen verlagern ihre Produktion und damit auch ihre Investitionen zunehmend ins Ausland. In diesem Szenario setzt sich die schleppende Entwicklung in den kommenden beiden Jahren fort und das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wird lediglich um 0,4 bzw. 0,8 % zulegen. Das optimistischere Alternativszenario geht davon aus, dass der Strukturwandel nicht nur alte Produktionstechnologien verschwinden lässt, sondern auch neue hervorbringt. Voraussetzung dafür sind verlässliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen, die mit einer raschen Verbesserung der Standortfaktoren im Prognosezeitraum einhergehen. In diesem Szenario wächst das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren mit 1,1 % bzw. 1,6 % mehr als doppelt so schnell wie im Basisszenario.

Abb. 1.2

Rohstoffpreise[a]

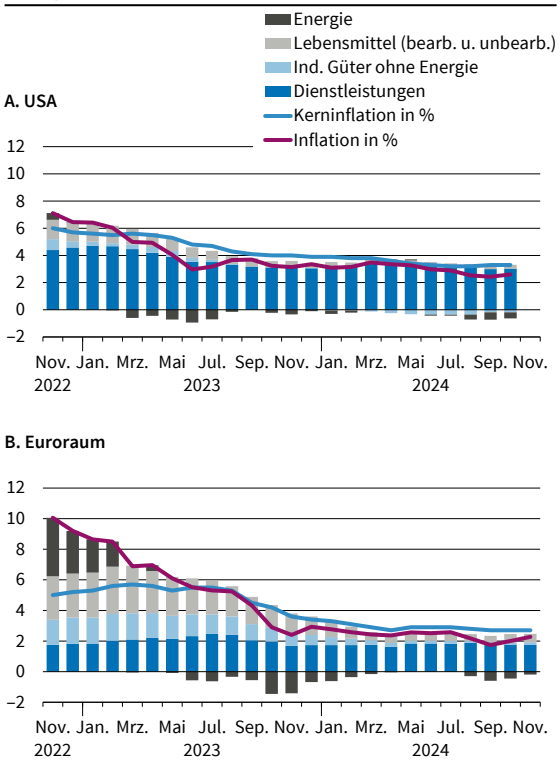


[a] HWWI-Index, US-Dollar-Basis, logarithmische Darstellung.
Quelle: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI). © ifo Institut

Abb. 1.3

Wachstumsbeiträge zur Inflation

Beitrag in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat; U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); WIFO-Berechnungen. © ifo Institut

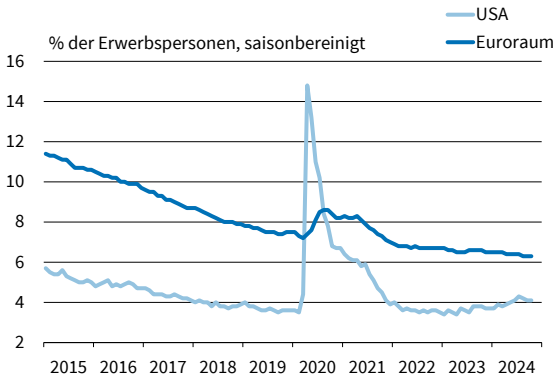
In China expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2024 um 0,9 % gegenüber dem Vorquartal und war damit um 4,6 % höher als im Vorjahr. Die Konsumnachfrage blieb aufgrund der Immobilienkrise jedoch verhalten, so dass die Preise am Inlandsmarkt, gemessen am BIP-Deflator, weiter sanken. Angesichts dieser Deflation wurden die Leitzinssätze zuletzt sukzessive gesenkt und ein Unterstützungspaket der Regierung zur finanziellen Entlastung der regionalen Gebietskörperschaften geschnürt. Die von S&P veröffentlichten Einkaufsmanagerindizes für China gaben zuletzt sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungsbereich etwas nach, notierten aber weiterhin über der Expansionsschwelle.

In den USA expandierte die Wirtschaft im dritten Quartal 2024 kräftig, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal und um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der private Konsum blieb lebhaft, nicht zuletzt da die Inflationsrate auf 2,6 % im Oktober gesunken ist und für steigende Realeinkommen sorgte (vgl. Abb. 1.3 A). Aber auch der öffentliche Konsum, die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte stiegen deutlich. Hingegen sanken die Wohnbauinvestitionen das zweite Quartal in Folge, nachdem sie zuvor kräftig expandiert hatten. Die robuste Konjunktur in den USA zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote blieb mit 4,1 % im Oktober gering, obgleich der Beschäftigungsaufbau seit über einem Jahr an Schwung verloren hat (vgl. Abb. 1.4).

Im Euroraum nahm die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2024 um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr zu – der stärkste Anstieg seit zwei Jahren. Am dynamischsten erwies sich abermals die Konjunktur Spaniens, aber auch Frankreich verzeichnete einen robusten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, was teilweise positiven Impulsen durch die Austragung

Abb. 1.4

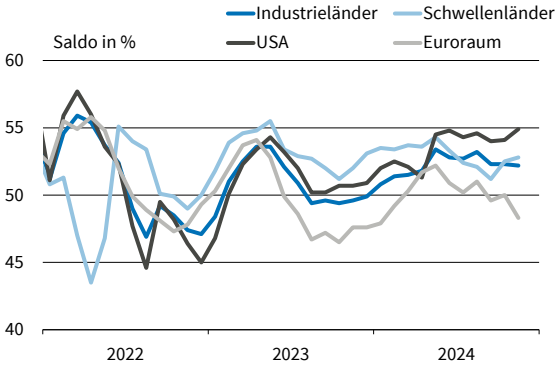
Arbeitslosenquoten



Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); Eurostat. © ifo Institut

Abb. 1.5

Einkaufsmanagerindizes für die Gesamtwirtschaft

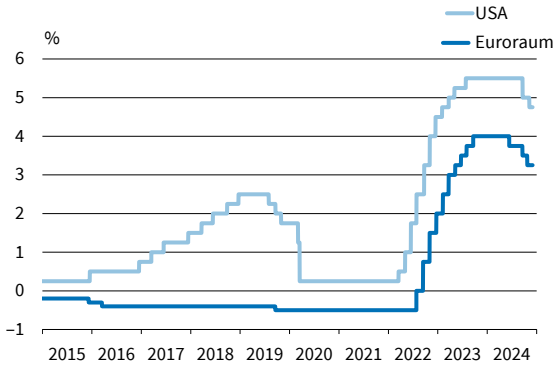


Quelle: S&P Global. © ifo Institut

der Olympischen Sommerspiele geschuldet war. Die Industrieproduktion tendierte in den vergangenen Monaten jedoch abwärts und die Unternehmensstimmung ist weiterhin pessimistisch (vgl. Abb. 1.5). Insbesondere die Auftragsbestände wurden deutlich niedriger eingeschätzt als zuletzt. Die europäische Industrie dürfte ihre Krise somit noch nicht überwunden haben. Das Verbrauchervertrauen verbesserte sich dagegen in den meisten Ländern des Euroraums infolge der niedrigen Inflation (vgl. Abb. 1.3 B) und der steigenden Realeinkommen. Zudem ist auch der Arbeitsmarkt robust, die Arbeitslosenquote blieb im Oktober bei 6,3 %.

Abb. 1.6

Leitzinssätze



Quelle: Fed; EZB. © ifo Institut

Die wichtigsten Notenbanken der Industrieländer senkten zuletzt ihre Leitzinssätze, lediglich in Japan stieg der Leitzinssatz auf 0,25 %. Der Zinskorridor in den USA beträgt nun 4,50–4,75 %, die Bank Rate im Vereinigten Königreich 4,75 % und der Einlagensatz im Euroraum 3,25 % (vgl. Abb. 1.6). Die Geldpolitik wirkt damit bereits weniger restriktiv, sie dämpft die Konjunktur und die Preisanstiege aber immer noch. Dementsprechend wird auf den Finanzmärkten mit

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in %[a]	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	**66,1**	**1,8**	**1,7**	**1,9**	**1,9**	**4,6**	**2,6**	**2,2**	**2,1**
USA	31,8	2,9	2,8	2,5	2,4	4,1	2,9	2,4	2,3
Euroraum	18,0	0,5	0,7	1,2	1,2	5,4	2,4	2,0	1,8
Japan	4,8	1,7	–0,2	1,2	0,7	3,2	2,5	1,5	1,6
Vereinigtes Königreich	3,9	0,3	0,9	1,4	1,7	7,3	2,5	2,6	2,3
Kanada	2,5	2,0	1,2	1,5	2,0	3,9	2,4	2,2	2,3
Südkorea	2,1	1,4	2,2	1,9	2,1	3,6	2,3	2,0	2,0
Schweiz	1,0	0,7	1,3	1,2	1,8	2,1	1,1	0,9	1,0
Schweden	0,7	–0,3	0,5	2,3	2,5	5,9	1,9	1,3	1,9
Norwegen	0,6	0,5	2,0	1,6	1,7	5,5	3,2	2,0	2,1
Dänemark	0,5	2,5	2,5	1,7	2,5	3,4	1,3	1,7	1,7
Tschechien	0,4	–0,1	1,0	2,8	3,4	12,0	2,6	2,1	1,9
Schwellenländer	**33,8**	**4,9**	**4,4**	**4,0**	**3,8**	**4,4**	**4,3**	**3,9**	**3,4**
China	20,4	5,2	4,6	4,3	4,1	0,2	0,2	1,6	2,0
Indien	4,1	7,7	7,2	6,9	6,8	5,7	4,8	4,6	4,4
Brasilien	2,5	2,9	2,9	1,6	1,8	4,6	4,3	4,4	3,5
Russland	2,3	3,6	3,5	1,6	0,5	5,9	8,3	7,3	4,9
Mexiko	2,1	3,3	1,5	1,8	2,4	5,5	4,7	3,9	3,8
Türkei	1,3	5,1	3,0	2,0	2,2	53,9	58,5	30,3	18,1
Polen	0,9	0,1	2,4	3,2	3,8	10,9	3,8	4,3	3,0
Ungarn	0,2	–0,9	0,6	2,1	3,8	17,0	3,8	3,9	3,6
Welt	**99,9**	**2,9**	**2,6**	**2,6**	**2,6**	**4,5**	**3,2**	**2,8**	**2,5**
nachrichtlich: Welthandel, real[b]		–1,3	1,8	3,2	2,5				
Annahmen Ölpreis $/Barrel (Brent)		82,0	79,7	71,4	69,6				
Wechselkurs $/€		1,08	1,08	1,05	1,05				

[a] Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. [b] Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts und des WIFO. © ifo Institut Dez. 2024

Tab. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

	Gewicht in %[a]	Bruttoinlandsprodukt[b]				Verbraucherpreise[c]			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Deutschland[a]	28,7	–0,1	–0,1	0,5	0,5	6,0	2,5	2,4	2,0
Frankreich	19,3	1,1	1,1	1,1	1,3	5,7	2,3	1,7	1,9
Italien	14,6	0,8	0,4	0,9	0,9	5,9	1,1	1,7	1,7
Spanien	10,3	2,7	3,1	2,4	1,5	3,4	2,8	2,1	1,8
Euroraum	**100,0**	**0,5**	**0,7**	**1,2**	**1,2**	**5,4**	**2,4**	**2,0**	**1,8**

[a] Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in Euro. [b] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. [c] Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts und des WIFO. © ifo Institut Dez.2024

weiteren Leitzinssenkungen gerechnet, so dass die Zinsstrukturkurven zum Teil invers sind.

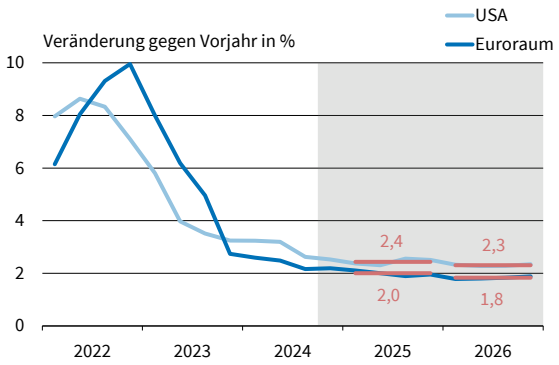
1.2. AUSBLICK

Die Weltkonjunktur dürfte in den Jahren 2025 und 2026 auf ihrem moderaten Expansionskurs bleiben. Das Nachlassen der Inflation in den Industrieländern und steigende Realeinkommen stützen die Konsumnachfrage. Investitionen werden durch die allmähliche Lockerung der Geldpolitik begünstigt. Höhere Handelszölle dürften nicht sofort nach Amtsantritt des neuen Präsidenten der USA, sondern erst im Laufe des kommenden Jahres in Kraft treten und bestehende Handelsumlenkungen verstärken. Dies betrifft vor allem den bilateralen Handel der USA mit China, der auf andere Länder verlagert wird. Die Zollanhebungen dürften Vorzieheffekte mit sich bringen, so dass der Welthandel in der ersten Jahreshälfte 2025 anzieht, dann aber allmählich nachlässt. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion der Welt in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 2,6 % und damit so schnell wie im laufenden Jahr zulegen (vgl. Tab. 1.1). Die Expansion des Welthandels dürfte sich im kommenden Jahr auf gut 3 % beschleunigen und sich im Jahr 2026 auf 2,5 % abschwächen.

In den USA zeichnet sich kein Abschwung ab. Die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) legt nahe, dass das Wachstumspotenzial der amerikanischen Volkswirtschaft höher ist als vermutet. Der Wendepunkt der aktuellen Hochkonjunktur dürfte demnach noch nicht erreicht sein, so dass sich die Expansion angesichts der soliden Rahmenbedingungen unvermindert fortsetzen kann. Die Teuerung ist rückläufig und das Verbrauchervertrauen ungebrochen hoch. Die Anhebung der Handelszölle wird zwar die Verbraucherpreise steigern, eine weiterhin äußerst expansive Fiskalpolitik wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung jedoch begünstigen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung der USA im Jahr 2025 um 2,5 % und im Jahr 2026 um 2,4 % zulegen.

Abb. 1.7

Vierteljährliche Verbraucherpreise



Quelle: BLS; Eurostat; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts und des WIFO. © ifo Institut

In China bleibt die Inlandsnachfrage angesichts der Immobilienmarktkrise gedämpft, das lebhafte Exportwachstum stützt hingegen die Konjunktur. Die Erhöhung der Handelszölle vonseiten der USA werden chinesische Produkte auf andere Märkte umlenken. Zudem scheinen chinesische Unternehmen mittlerweile mehr Vorleistungsgüter für die inländische Produktion selbst herzustellen als in den Jahren vor der Corona-Pandemie. Darüber hinaus haben die Energiekrise in Europa und die niedrige Kapazitätsauslastung in China die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten verbessert. Insgesamt dürfte die chinesische Wirtschaft in den Jahren 2025 und 2026 jedoch nur um gut 4 % wachsen.

Im Euroraum schlagen sich die Reallohnzuwächse allmählich in einer Belebung des privaten Konsums nieder. Dazu tragen der robuste Arbeitsmarkt und die gesunkene Inflation bei. Die Industriekonjunktur wird allerdings nur langsam Fahrt aufnehmen, auch weil die Investitionen erst allmählich anziehen. Von der Fiskalpolitik sind im Prognosezeitraum keine Konjunkturimpulse zu erwarten, da viele der in den Vorjahren beschlossenen Stützungsmaßnahmen ausgelaufen sind und die teilweise hohe Staatsverschuldung wieder stärker in den Fokus der Wirtschaftspolitik rückt. In Summe wird die Wirtschaftsleistung im Euroraum in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 1,2 % zunehmen (vgl. Tab. 1.2). Dabei bleiben die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern des Euroraums groß.

Die Inflation wird im Prognosezeitraum sowohl in den USA als auch im Euroraum weiter zurückgehen

(vgl. Abb. 1.7). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die Lohndynamik und damit der Preisauftrieb von Dienstleistungen verringert. Zudem ist angesichts der hohen Speicherstände von Erdgas und der weit fortgeschrittenen Abkoppelung Europas von russischen Lieferungen davon auszugehen, dass die Energiepreise nicht wesentlich steigen. Alles in allem dürften die Verbraucherpreise in den USA in den beiden kommenden Jahren um jeweils gut 2 % steigen. Im Euroraum dürfte sich die Inflation auf 2 % im kommenden Jahr und 1,8 % im Jahr 2026 abschwächen.

1.3. RISIKEN

Ein wesentliches Prognoserisiko geht von der Wirtschafts-, insbesondere der Handelspolitik der kommenden US-Regierung aus. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass in den kommenden beiden Jahren zielgerichtete Zölle gegenüber China, Mexiko, Kanada und der EU schrittweise eingeführt werden. So dürften Stahl, Aluminium und Kraftfahrzeuge aus der EU und Maschinen, Elektronik- und chemische Erzeugnisse aus China mit jeweils 25 % verzollt werden. Alles in allem steigt der effektive Zollsatz der USA durch diese und weitere Maßnahmen gegenüber Mexiko und Kanada von 3 auf 5 %. Falls der designierte US-Präsident hingegen seine Ankündigungen aus dem Wahlkampf wahrmacht, würden die Zölle auf alle Importe pauschal auf 10 % und auf jene aus China pauschal auf 60 % steigen. Zölle in dieser Größenordnung hätten erheblichere Auswirkungen auf den Welthandel und die Weltwirtschaft. Die USA würden vor allem durch höhere Importkosten belastet, die sich auf die Realeinkommen und den Verbrauch im Inland auswirken, während Vergeltungszölle der Handelspartner die Wettbewerbsfähigkeit der US-Exportindustrien belasten und in jenen Ländern zu höheren Kosten führen würden.

Abgesehen von der Handelspolitik könnte eine offensivere Unterstützung Israels durch die kommende US-Administration zu einer weiteren Eskalation im Nahen Osten führen. Allerdings erscheint das Risiko eines Ölpreisschocks wie durch das Ölembargo der arabischen Staaten im Jahr 1973 als Reaktion auf die Unterstützung Israels durch den Westen im Jom-Kippur-Krieg begrenzt. Die USA sind mittlerweile selbst Nettoexporteur von Rohöl und können bis zu einem gewissen Grad als Ersatzlieferant einspringen. Aber andere Maßnahmen, wie etwa das Sperren wichtiger Handelsrouten durch den Iran oder dessen Verbündeten, wären denkbar.

Umgekehrt könnte der private Konsum im Euroraum lebhafter ausfallen als in der Prognose unterstellt, falls die aktuelle Nachfrageschwäche in einigen Ländern weniger auf ein Vorsichtssparen als auf mangelnde Finanzmittel der privaten Haushalte zurückzuführen ist. Zwar sind die Einkommen zuletzt überall kräftig gestiegen, aber gerade Haushalte mit niedrigen Einkommen könnten durch die Teuerungswelle so stark belastet worden sein, dass es länger dauert, bis sie ihre Kapitalreserven wieder aufgestockt oder Schulden getilgt haben. Sind die Haushaltsfinanzen saniert, könnten weitere Einkommenszuwächse eine überproportionale Ausweitung der Konsumnachfrage zur Folge haben.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

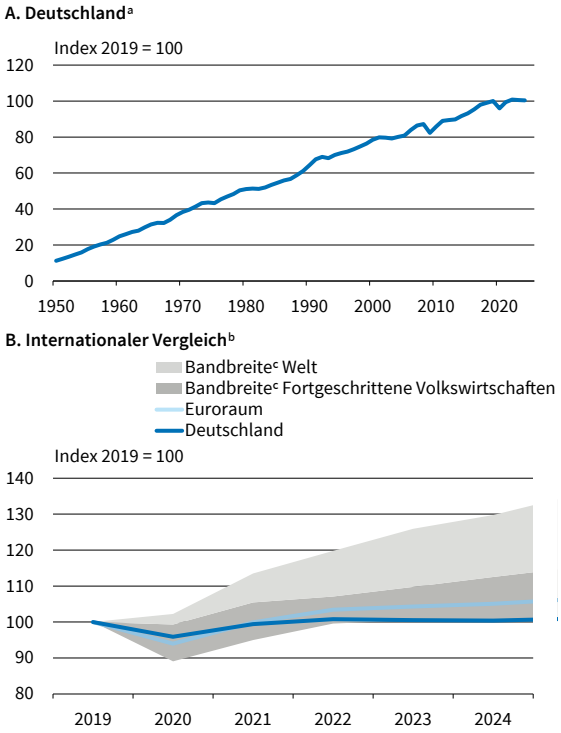
2.1. ÜBERBLICK

Die deutsche Wirtschaft tritt seit nunmehr fünf Jahren auf der Stelle. Im Jahr 2024 dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gerade so hoch sein wie im Jahr 2019 vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie. Damit durchläuft Deutschland die mit Abstand längste Stagnationsphase der Nachkriegsgeschichte (vgl. Abb. 2.1 A). Auch im internationalen Vergleich fällt Deutschland deutlich ab, da alle in dieser Prognose betrachteten Länder im gleichen Zeitraum ein zum Teil deutliches Wachstum verzeichnen konnten (vgl. Abb. 2.1 B).

Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und Deglobalisierung stellen die deutsche Wirtschaft vor große Herausforderungen. Sie erfordern einen Umbau der Produktionsstrukturen, bei dem etablierte Geschäftsmodelle verschwinden und neue Produktionskapazitäten entstehen. Die Krisen der vergangenen Jahre haben diesen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft spürbar beschleunigt. Im internationalen Vergleich ist Deutschland von diesen Veränderungen besonders stark betroffen. Zum einen entwickelt sich das Erwerbspersonenpotenzial ungünstiger und die Bevölkerung altert schneller. Zum anderen trifft der Strukturwandel insbesondere das Verarbeitende Gewerbe, das in Deutschland einen deutlich höheren Anteil an der Wirtschaftsleistung hat als in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Abb. 2.1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts



[a] Ursprungswerte, preisbereinigt. [b] Preis- und kalenderbereinigte Werte.
[c] Bandbreite nur von den in Tab. 1.1 und 1.2 ausgewiesenen Ländern bzw. Ländergruppen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Eurostat; nationale Statistikämter; 2024: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut

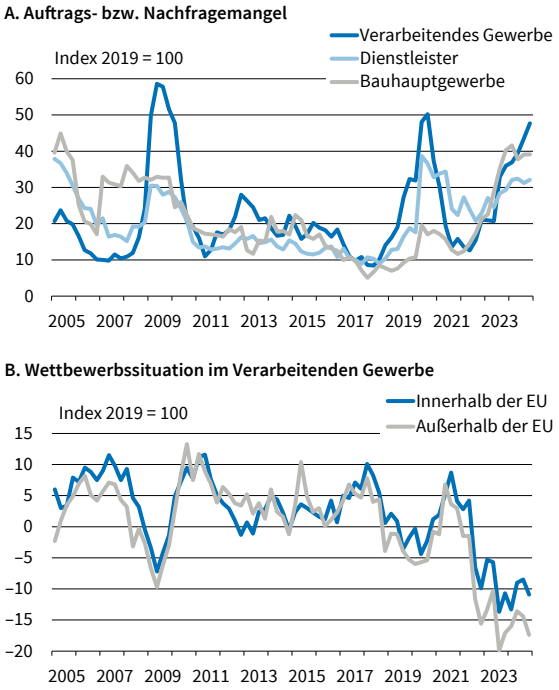
Wirtschaftliche Analysen sind in solchen Phasen mit einer hohen Diagnoseunsicherheit behaftet. Denn aus der Veränderung wirtschaftlicher Kennzahlen lässt sich nicht unmittelbar ablesen, ob es sich um vorübergehende und damit konjunkturelle Schwankungen oder um eine dauerhafte Neuausrichtung der Produktionskapazitäten und damit um eine strukturelle Anpassung handelt. So können Produktion und Investitionen der Unternehmen zurückgehen, weil die Nachfrage nach Gütern schwach ist oder Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagert haben und dort produzieren und investieren.

Unternehmensbefragungen deuten auf beide Ursachen der schwachen Entwicklung hin. Konjunkturell belastet die schlechte Auftragslage der Unternehmen und damit die fehlende Güternachfrage (vgl. Abb. 2.2 A). Die Straffung der Geldpolitik zur Bekämpfung der hohen Inflation und der inflationsbedingte Kaufkraftverlust in Deutschland und in vielen deutschen Absatzmärkten haben dazu beigetragen. Doch während sich die Volkswirtschaften weltweit allmählich erholen und die Nachfrage anzieht, profitiert die exportorientierte deutsche Industrie davon nur wenig. Vielmehr entkoppelt sich der deutsche Warenexport zunehmend von der weltwirtschaftlichen Entwicklung (Wollmershäuser et al. 2024a, Box »Zur Exportlücke«, sowie Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024, Abschnitt 4). Hier treten zunehmend strukturelle Ursachen in den Vordergrund. Insbesondere die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes leiden unter dem spürbaren Verlust an Wettbewerbsfähigkeit vor allem auf den außereuropäischen Märkten (vgl. Abb. 2.2 B). So sind die Belastungen der Unternehmen durch Steuern, Bürokratie und Energiekosten im Vergleich zu anderen Standorten weltweit gestiegen, die Erneuerung der Digital-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur kommt langsamer voran und der Fachkräftemangel ist ausgeprägter. In der Folge fallen Investitionsentscheidungen zuungunsten des Produktionsstandorts Deutschland aus. Zudem hat vor allem China bei der Produktion wichtiger Technologien, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau, aufgeholt und sich von der verlängerten Werkbank der Welt zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten entwickelt. In der Folge verlieren deutsche Unternehmen Weltmarktanteile bei Produkten, bei denen sie jahrzehntelang Marktführer waren (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024, Kasten 2.2).

Um der Diagnoseunsicherheit Rechnung zu tragen, werden in der vorliegenden Konjunkturprognose zwei mögliche Szenarien betrachtet. Im **Basisszenario** wird davon ausgegangen, dass die schwache Entwicklung der vergangenen Jahre vor allem strukturell bedingt war und der Strukturwandel bereits sicht-

Abb. 2.2

Konjunkturelle und strukturelle Indikatoren



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

bare Spuren im Produktionspotenzial hinterlassen hat. Gleichzeitig wird unterstellt, dass es auch in den kommenden Jahren keine durchgreifenden Veränderungen geben wird. So zeichnet sich in diesem Szenario eine schleichende Deindustrialisierung ab, in deren Verlauf der Anteil der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung dauerhaft zurückgehen wird. Industrieunternehmen verlagern ihre Produktion und damit auch ihre Investitionen ins Ausland. Das Produktivitätswachstum bleibt schwach, da Wertschöpfung in hochproduktiven Industriezweigen durch Wertschöpfung in Dienstleistungsbereichen mit geringem Produktivitätswachstum ersetzt wird. Dies spiegelt sich auch in der Beschäftigungsentwicklung wider. Zudem geht der Strukturwandel zwischenzeitlich mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit einher, da die in der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte nicht unmittelbar in den Dienstleistungsbereichen eingesetzt werden können. Aus konjunktureller Sicht lässt das niedrige Produktionspotenzial in den kommenden beiden Jahren nur eine geringe Erholungsdynamik zu.

Im optimistischeren **Alternativszenario** wird unterstellt, dass die Unternehmen den Standort nicht verlassen und ihre vorhandenen Produktionskapazitäten vorübergehend nur weniger ausgelastet haben als im Basisszenario. Zwar findet der Strukturwandel auch in diesem Szenario statt und verändert die Produktionsstrukturen. Er lässt aber nicht nur die alten Produktionstechnologien verschwinden, sondern auch neue im Verarbeitenden Gewerbe entstehen (vgl. Box »Zur Diskrepanz zwischen dem Produktionsindex und der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe«). Voraussetzung dafür sind verlässliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen, die mit einer zügigen Verbesserung der Standortfaktoren im Prognosezeitraum einhergehen. Dazu zählen eine sinkende Steuerbelastung der Unternehmen sowie sinkende Bürokratie- und Energiekosten, der Ausbau der Digital-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur und eine Erhöhung des Arbeitsangebots (z. B. durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren oder Frauen, eine Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten oder eine erleichterte Zuwanderung von Fachkräften). Dabei muss betont werden, dass im Alternativszenario keine detaillierten wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen implementiert und durchgerechnet werden. Gleichwohl wird berücksichtigt, dass eine Reihe von Maßnahmen mit höheren fiskalischen Kosten einhergehen. Gleichzeitig wird in diesem Szenario die hohe Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs, die seit Jahren Investoren und Konsumenten hemmt, zurückgehen. Schließlich beschleunigt sich im Vergleich zum Basisszenario der Produktivitätsanstieg im Prognosezeitraum stärker, nicht nur als Folge der Erholung, sondern auch trendmäßig. Dazu trägt nicht zuletzt die Beschäftigungsentwicklung bei, die im Gegensatz zum Basisszenario im produktiven Verarbeitenden Gewerbe nicht abgebaut wird. Aus konjunktureller Sicht ergibt sich aus dem höheren Produktionspotenzial in den kommenden beiden Jahren ein kräftigere Erholungsdynamik.

ZUR DISKREPANZ ZWISCHEN DEM PRODUKTIONSINDEX UND DER BRUTTOWERTSCHÖPFUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Der Strukturwandel trifft vor allem das Verarbeitende Gewerbe. Am deutlichsten zeigt er sich im Auseinanderdriften des Produktionsindex von der Bruttowertschöpfung (vgl. Abb. 2.3 A). Während beide Kennziffern im Zeitraum von 2000 bis etwa 2013 annähernd gleich verliefen, entwickelt sich seither die Bruttowertschöpfung systematisch besser als der Produktionsindex.[1] Das gilt auch in der aktuellen Krisensituation. Zwar deuten beide Kennziffern auf einen Rückgang der industriellen Wirtschaftsleistung in Deutschland in den

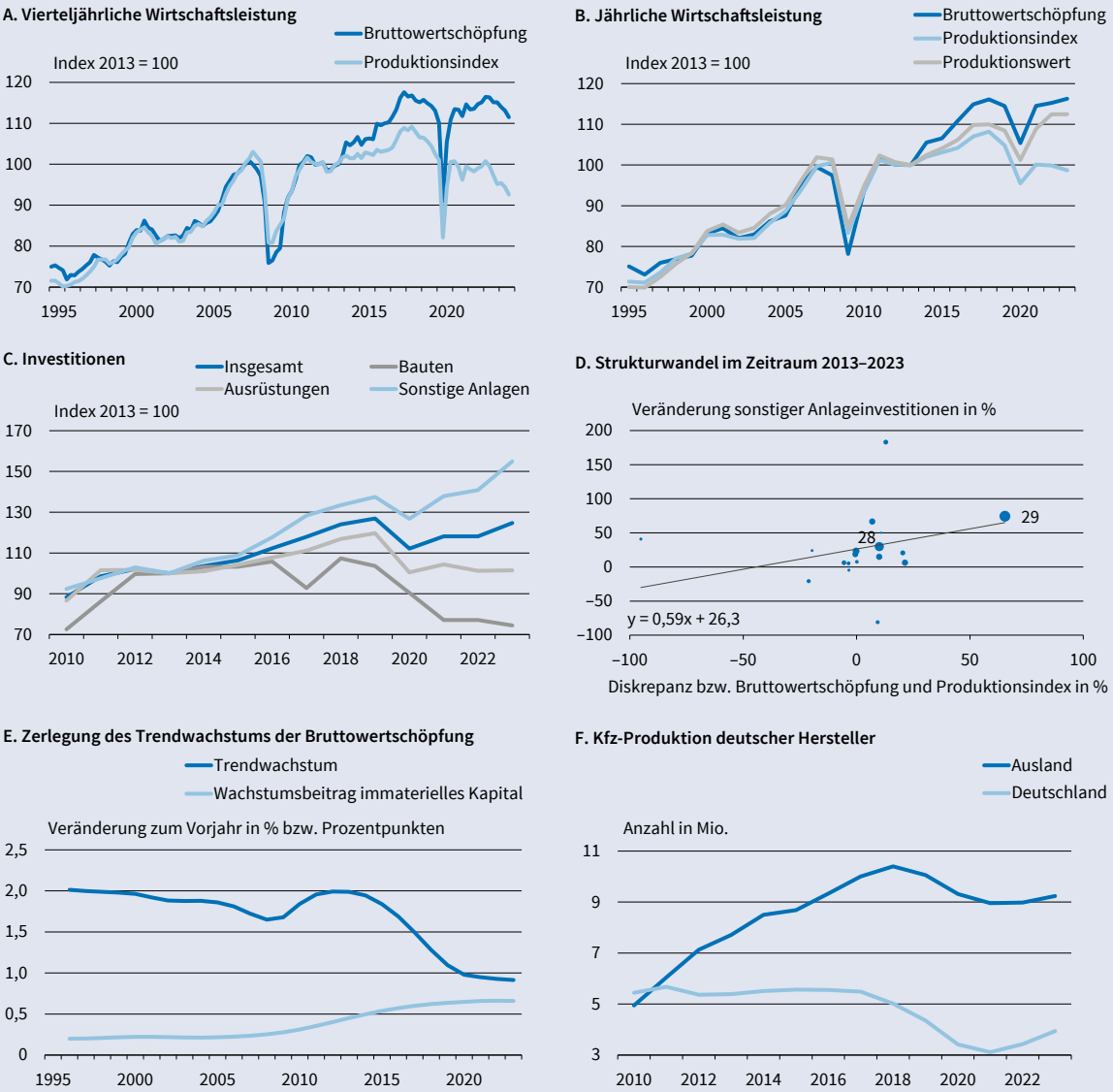
[1] Aus diesem Grund wurden beide Kennziffern in Abb. 2.3 auf das Jahr 2013 normiert und der Jahresdurchschnitt gleich 100 gesetzt.

vergangen fünf Jahren hin. Allerdings lag die Bruttowertschöpfung im dritten Quartal 2024 im Vergleich zum letzten Vorkrisenjahr 2019 preis-, saison- und kalenderbereinigt nur um 2,6 % niedriger, während der Produktionsindex im selben Zeitraum deutlich stärker um 11,6 % zurückgegangen ist. Die Diskrepanz zwischen der Bruttowertschöpfung und dem Produktionsindex kann im Wesentlichen auf eine Veränderung industrieller Produktionsstrukturen zurückgeführt werden.

Zum einen unterschätzt der Produktionsindex die tatsächliche Produktion im Verarbeitende Gewerbe, weil neu entwickelte Produkte untererfasst und nur Umsätze aus eigenen Erzeugnissen gemessen werden. Diese Messfehler zeigen sich am Produktionswert, der sich seit dem Jahr 2013 durchgehend besser entwickelte als der Produktionsindex und bis zum Jahr 2023 einen Abstand von 14,0 % zum Produktionsindex aufgebaut hat (vgl. Abb. 2.3 B). Der Produktionswert wird jährlich im Rahmen der Kostenstrukturerhebungen bei etwa 18 000 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ermittelt. Damit spiegelt er nicht nur die aktuelle Produktionsstruktur des Verarbeitenden Gewerbes wider. Er umfasst auch Umsätze der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die sich aus Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Produktion industrieller Waren ergeben (Statistisches Bundesamt 2016). Darunter fallen neben den produktionsorientierten Diensten (wie etwa Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen und Beraten) auch Handelstätigkeiten, die insbesondere in der Automobilindustrie eine große Bedeutung haben (Eickelpasch 2014). Im Gegensatz dazu

Abb. 2.3

Strukturelle Veränderungen im Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; EU-KLEMS; Verband deutscher Automobilhersteller; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

werden beim Produktionsindex lediglich die monatlichen Produktionsmengen von über 6 000 industriellen Erzeugnissen erfasst und auf Basis der strukturellen Zusammensetzung des Verarbeitenden Gewerbes in einem Basisjahr (derzeit 2021, vorher 2015) aggregiert (Statistisches Bundesamt 2022a, b). Verändert sich die Industriestruktur dahingehend, dass die Produktion von alten industriellen Erzeugnissen allmählich durch neue ersetzt wird, unterzeichnet der Produktionsindex den tatsächlichen Ausstoß bis zur Anpassung des Basisjahres, da die neuen Produkte mit einem zu geringen und die alten mit einem zu hohen Gewicht in die Aggregation einfließen. Gleiches gilt, wenn Industrieunternehmen zusätzlich zur Warenproduktion zunehmend Dienstleistungen anbieten, die im Zusammenhang mit den industriellen Erzeugnissen stehen.

Zum anderen nimmt seit Anfang der 2010er-Jahre der Anteil an nicht selbsterstellten Vorleistungen im Produktionsprozess ab (Lehmann und Wollmershäuser 2024). Aus diesem Grund entwickelt sich die Bruttowertschöpfung positiver als der Produktionswert und hat im Zeitraum von 2013 bis 2023 einen Abstand von 3,4 % aufgebaut (vgl. Abb. 2.3 B). Im Verarbeitenden Gewerbe misst die Bruttowertschöpfung den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert und wird durch Abzug der Vorleistungen von den Produktionswerten errechnet. Wenn die Vorleistungsquote sinkt, nimmt die Bruttowertschöpfung stärker zu bzw. weniger stark ab als der Produktionswert. Eine mögliche Ursache für sinkende Vorleistungsquoten könnte eine allmähliche strukturelle Veränderung der im Verarbeitenden Gewerbe produzierten Waren sein. So könnte eine industrielle Fließbandproduktion mit hoher Kapitalintensität und hohem Vorleistungsanteil zunehmend ins Ausland verlagert worden sein und Platz geschaffen haben für eine Produktion mit einer hohen Intensität an qualifizierten Arbeitskräften sowie an Forschung und Entwicklung. Mehr »Klasse statt Masse« würde zumindest erklären, warum die mengenmäßige Produktion in der deutschen Industrie eher auf der Stelle verharrt, bei gleichzeitig steigender Bruttowertschöpfung.[2]

Diese Anpassung der industriellen Produktionsstrukturen spiegelt sich in einer veränderten Zusammensetzung der Unternehmensinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe wider. Während der Anteil der Investitionen in Sachanlagen (d. h. Ausrüstungen und Bauten) an den gesamten Unternehmensinvestitionen von 73 % Anfang der 1990er-Jahre auf 45 % im Jahr 2023 zurückging, hat sich der Anteil der Investitionen in immaterielles Kapital (d. h. Forschung und Entwicklung, insbesondere von Computersoftware und Datenbanken, zusammengefasst als Investitionen in sonstige Anlagen) im gleichen Zeitraum von 27 % auf 55 % mehr als verdoppelt. Insbesondere in den zurückliegenden Krisenjahren hat sich die Schere zwischen den Investitionen in sonstige Anlagen und den Investitionen in Ausrüstungen und Bauten im Verarbeitenden Gewerbe weiter geöffnet (vgl. Abb. 2.3 C). Diese Entwicklung dürfte sich auch im laufenden Jahr (für das noch keine Aufgliederung der Investitionstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen vorliegt) fortgesetzt haben. Denn während die privaten Ausrüstungsinvestitionen und die Investitionen in gewerbliche Bauten um schätzungsweise 6,5 % bzw. 3,3 % zurückgingen, dürften die Investitionen in sonstige Anlagen um 4,8 % gestiegen sein (vgl. Abschnitt 2.9. »Unternehmensinvestitionen im Zeichen von Strukturwandel und Unsicherheit«). Der Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Produktionsstrukturen und der Investitionstätigkeit wird bei einer disaggregierten Betrachtung der einzelnen Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes am deutlichsten. So stiegen im Zeitraum von 2013 bis 2022 die Investitionen in sonstige Anlagen in den Branchen besonders kräftig, in denen die Diskrepanz zwischen der Bruttowertschöpfung und dem Produktionsindex stark zugenommen hat (vgl. Abb. 2.3 D).[3] Dabei stechen die gewichtige Automobilindustrie (WZ 29) und der Maschinenbau (WZ 28) hervor.

Die Verschiebung des Schwerpunkts der Tätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe von der Herstellung industrieller Waren zur Entwicklung immaterieller Kapitalgüter zeigt sich auch in einer erweiterten Wachstumszerlegung der Bruttowertschöpfung, die mit Hilfe der EU-KLEMS-Datenbank berechnet wurde. Im Unterschied zur herkömmlichen Vorgehensweise (wie sie beispielsweise in der vorliegenden Prognose in Abschnitt 3. »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion« angewendet wird) wird der Kapitalstock in einen materiellen und einen immateriellen Teil zerlegt.[4] Während der Beitrag des Aufbaus des immateriellen Kapitalstocks zum trendmäßigen Anstieg der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Mitte der 1990er-Jahre noch gering war, wird das Wachstum mittlerweile maßgeblich durch das immaterielle Kapital getrieben, das Grundlage für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, die Optimierung von

[2] Eine weitere Ursache für sinkende Vorleistungsquoten könnte eine allmähliche Verringerung der internationalen Arbeitsteilung und eine damit einhergehende Verkürzung der Wertschöpfungsketten sein. Dadurch würden Unternehmen weniger auf externe (importierte) Vorleistungen zurückgreifen und vermehrt selbst produzieren. Dazu könnte eine zunehmende Automatisierung (d. h. Robotisierung) im Produktionsablauf beigetragen haben, die den Vorteil der niedrigen Arbeitskosten in den einstigen Zielländern der Produktionsverlagerungen verringert.

[3] Für die einzelnen Industriezweige des Verarbeitenden Gewerbes (die sogenannten Zweisteller nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige) liegen die Bruttowertschöpfung und die Investitionen in sonstige Anlagen nur bis zum Jahr 2022 vor. Für die Regressionslinie in Abb. 2.3 D wurden alle Zweisteller des Verarbeitenden Gewerbes betrachtet und die Anzahl der Beobachtungen je Zweisteller proportional zum jeweiligen Wertschöpfungsanteil im Jahr 2022 angepasst.

[4] Darüber hinaus werden in der erweiterten Wachstumszerlegung nicht der in Euro gemessene Kapitalstock bzw. das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen als Determinanten der Produktion verwendet, sondern die mit ihrer jeweiligen Produktivität bewertete, effiziente Nutzung der beiden Faktoren, die im Englischen als Capital Services and Labor Services bezeichnet werden.

Geschäftsprozessen und den Zugang zu neuen Märkten bildet (vgl. Abb. 2.3 E).[5] Dabei muss die endgültige Güterproduktion nicht notwendigerweise am selben Standort erfolgen wie die Forschung und Entwicklung. Darauf deuten beispielsweise die Produktionsverlagerungen der deutschen Automobilhersteller hin, die bereits seit den 2010er-Jahren stattgefunden haben. So wurde die inländische Produktion im Zeitraum von 2013 bis 2023 um etwa 1,5 Mio. Fahrzeuge heruntergefahren und die Produktion an ausländischen Standorten um etwa diese Anzahl erhöht (vgl. Abb. 2.3 F). Im selben Zeitraum stieg die inländische Wertschöpfung, insbesondere getrieben durch die Ausweitung von Forschung und Entwicklung, um gut 30 %.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der bloße Blick auf die Produktionszahlen im Verarbeitenden Gewerbe und insbesondere auf den monatlichen Produktionsindex nicht ausreichen, um die strukturellen Veränderungen in der Industrie umfassend zu beurteilen. Insbesondere kann aus dem trendmäßigen Rückgang nicht unmittelbar auf eine Deindustrialisierung in Deutschland geschlossen werden. Denn zeitgleich mit dem Rückgang der Produktionszahlen gewinnen im Verarbeitenden Gewerbe andere wertschöpfende Tätigkeiten zunehmend an Bedeutung. Im Mittelpunkt stehen dabei Forschung und Entwicklung, insbesondere von Computersoftware und Datenbanken, sowie die damit in Verbindungen stehenden Dienstleistungen. Mit Blick auf die weitere Entwicklung gilt aber am Ende auch für den Aufbau dieses immateriellen Kapitalstocks, dass aus Sicht der Unternehmen der deutsche Standort im Wettbewerb mit anderen Standorten weltweit steht und dass auch hier die Investitionsentscheidungen der Unternehmen maßgeblich von den Rahmenbedingungen bestimmt werden. Im Unterschied zum Basisszenario wird im Alternativszenario davon ausgegangen, dass der Strukturwandel innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes nicht nur alte Produktionstechnologien verschwinden, sondern auch neue entstehen lässt. Voraussetzung dafür sind verlässliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen, die mit einer zügigen Verbesserung der Standortfaktoren im Prognosezeitraum einhergehen. Daher dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Verlauf des kommenden Jahres im Alternativszenario wieder spürbar zunehmen und die reale Industriequote bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder über ihren langfristigen Durchschnitt steigen (vgl. Abb. 2.11 in Abschnitt 2.7. »Deutsche Industrie verliert an Gewicht«).

[5] Die EU-KLEMS-Daten enden derzeit im Jahr 2020. Für die Bestimmung der Trends in Abb. 2.3 E wurden die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und die Akkumulation des immateriellen Kapitalstocks mit der Bruttowertschöpfung und den sonstigen Anlageinvestitionen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die bis zum Jahr 2023 vorliegen, fortgeschrieben. Die Trends selbst wurden mit einem Hodrick-Prescott-Filter geschätzt.

2.2. AUSBLICK

Zum Jahresende 2024 wird die Wirtschaftsleistung mit 0,2 % nur wenig schneller wachsen als im dritten Quartal, in dem das Bruttoinlandsprodukt preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal gestiegen ist (vgl. Tab. 2.1). Vor allem die langsame Erholung der privaten Konsumausgaben dürfte sich fortsetzen, da die realen Kaufkraftgewinne bis zuletzt zugenommen haben. Darauf deuten auch die Verbesserungen des GfK-Konsumklimas bei den Verbrauchern und des ifo Geschäftsklimas bei den konsumnahen Dienstleistern und im Einzelhandel hin, wenngleich die von beiden Indikatoren gemessene Stimmung immer noch deutlich schlechter ist als im langjährigen Durchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe zeichnet sich noch keine Trendwende ab. Die Talfahrt der Produktion dürfte sich aber verlangsamen. Darauf deuten zumindest die Auftragseingänge in beiden Wirtschaftsbereichen hin, die zuletzt zumindest nicht weiter sanken. Im Verarbeitenden Gewerbe war dies vor allem auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen, während die Inlandsnachfrage weiter schwächelt. Entsprechend dürften die Exporte zum Jahresende etwas zulegen, während die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen wohl erneut nachgeben. Insgesamt dürfte damit das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,1 % im Vergleich zum Vorjahr sinken. Damit wurde die Prognose für das laufende Jahr im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2024 um 0,1 Prozentpunkt herabgesetzt (vgl. Box »Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2024«).

Die Aussichten für die kommenden beiden Jahre sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Im **Basisszenario** dürfte sich die schleppende Entwicklung fortsetzen und die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten kaum höher ausfallen als in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres (vgl. Tab. 2.1 A und Abb. 2.4). Insbesondere vom Verarbeitenden Gewerbe gehen weiterhin keine positiven Wachstumsimpulse aus. Auch der Außenhandel und die Unternehmensinvestitionen entwickeln sich wenig dynamisch. Auf dem Arbeitsmarkt setzen sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit und der Anstieg der Arbeitslosigkeit zunächst fort. Erst ab der zweiten Jahreshälfte 2025 dürfte sich diese Entwicklung langsam umkehren. Der private Konsum dürfte sich weiter erholen, aber nicht an Dynamik gewinnen. Zwar nehmen die real verfügbaren Einkommen und damit die Kaufkraft weiter zu. Allerdings bleibt die Sparquote vor dem Hintergrund der anhaltend großen Unsicherheit hoch. Die Baukonjunktur dürfte die Talsohle durchschritten haben und im Verlauf des kommenden Jahres wieder positiv zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,4 % und im Jahr

Tab. 2.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts
A. Basisszenario
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	–0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Konsumausgaben	0,1	–0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Konsumausgaben des Staates	–0,3	1,6	0,4	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Bauten	0,7	–2,2	–0,3	–0,4	–0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3
Ausrüstungen	–1,3	–3,4	–0,2	–0,9	–0,3	–0,1	0,1	0,2	0,2	0,4	0,4	0,4
Sonstige Anlagen	1,4	0,6	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Vorratsinvestitionen[b]	0,0	0,4	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,1	0,1	1,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Außenbeitrag[b]	0,2	–0,4	–0,9	0,0	0,0	0,0	–0,1	–0,1	–0,1	–0,1	–0,1	–0,1
Exporte	1,4	0,2	–1,9	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Importe	1,0	1,2	0,2	0,3	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5

B. Alternativszenario
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	–0,3	0,1	0,2	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
Private Konsumausgaben	0,1	–0,5	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	–0,3	1,6	0,4	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Bauten	0,7	–2,2	–0,3	–0,4	–0,1	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	–1,3	–3,4	–0,2	–0,9	–0,3	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Sonstige Anlagen	1,4	0,6	0,6	0,7	0,7	1,1	1,1	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Vorratsinvestitionen[b]	0,0	0,4	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,1	0,1	1,0	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Außenbeitrag[b]	0,2	–0,4	–0,9	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,4	0,2	–1,9	0,4	0,8	0,7	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Importe	1,0	1,2	0,2	0,3	0,5	0,7	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5

[a] Saison- und kalenderbereinigte Werte. [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

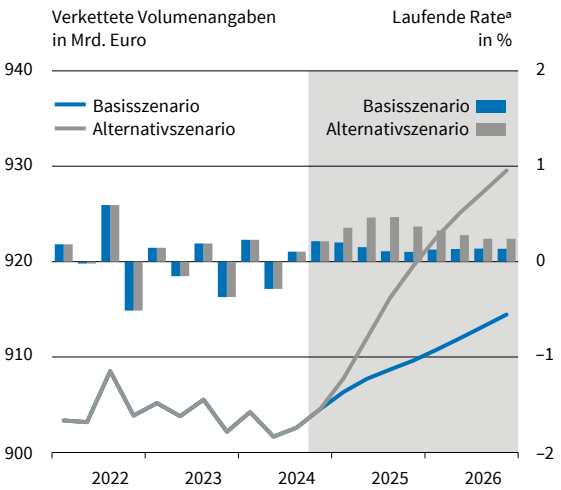
Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2024

2026 um 0,8 % zunehmen. Gegenüber der ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2024 wurden die Wachstumsraten für die kommenden beiden Jahre damit um 0,5 bzw. 0,7 Prozentpunkte nach unten korrigiert.

Im **Alternativszenario** beschleunigen sich die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten im Verlauf des kommenden Jahres (vgl. Tab. 2.1 B und Abb. 2.4). Dazu trägt vor allem das Verarbeitende Gewerbe bei, das seine Exporte und Investitionen ausweitet und damit einhergehend Beschäftigung aufbaut. Entsprechend geht die Arbeitslosigkeit bereits ab Anfang 2025 wieder zurück. Auch der private Konsum gewinnt im Vergleich zum Basisszenario an Schwung, da die Arbeitseinkommen stärker steigen und die Sparquote schneller sinkt. Insgesamt steigt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren mit 1,1 % bzw. 1,6 % mehr als doppelt so stark wie im Basisszenario. Gegenüber der ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2024 wurden die Wachstumsraten für die kommenden beiden Jahre damit leicht um jeweils 0,1 Prozentpunkte nach oben korrigiert.

Abb. 2.4

Bruttoinlandsprodukt
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Auch wenn damit die wirtschaftliche Dynamik in den beiden Szenarien sehr unterschiedlich ausfällt, setzt aus konjunktureller Sicht sowohl im Basisszenario als auch im Alternativszenario im kommenden Jahr eine Erholung ein, in deren Verlauf die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten bis zum Ende des Prognosezeitraums in sehr ähnlichem Tempo abgebaut wird. Ausschlaggebend hierfür sind die unterschiedlichen Wachstumsraten des Produktionspotenzials, mit denen der Aufbau von Produktionskapazitäten gemessen wird. Während sich das Potenzialwachstum im Basisszenario aufgrund des demografischen Wandels und der schwachen Produktivitätsentwicklung in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts weiter auf 0,3 % abschwächt, steigt es im Alternativszenario auf 0,8 %. Denn in diesem Szenario findet keine Abwanderung von Industrieunternehmen aus Deutschland statt, so dass produktive Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe erhalten bleiben und Investitionen in neue Technologien den Kapitalstock erweitern. Zudem werden die Folgen des demografischen Wandels durch geeignete wirtschaftspolitische Weichenstellungen über eine höhere Erwerbsbeteiligung zumindest teilweise abgemildert. Insgesamt dürfte daher die Produktionslücke im Jahr 2026 in beiden Szenarien mit etwa 0,5 % des Produktionspotenzials noch leicht geöffnet sein.

Aufgrund des ähnlichen Tempos, mit dem sich die Produktionslücke schließt, nimmt der Inflationsdruck in beiden Szenarien gleichermaßen ab. Allerdings dürfte die Inflationsrate im kommenden Jahr mit 2,3 % in etwa auf dem Niveau des laufenden Jahres liegen und erst im Jahr 2026 weiter auf 2,0 % zurückgehen (vgl. Tab. 2.2). Dazu tragen im kommenden Jahr eine Reihe von Sondereffekten wie die Verteuerung des Deutschlandtickets, des Briefportos und der privaten Krankenversicherung bei. Im weiteren Verlauf dürften die Preissteigerungen bei den arbeitsintensiven Dienstleistungen im Einklang mit der nachlassenden Lohndynamik allmählich zurückgehen. Zwar sind die Lohnzuwächse im Alternativszenario höher als im Basisszenario. Entscheidend für die Inflationsdynamik ist jedoch, dass sich die realen Lohnstückkosten in beiden Szenarien ähnlich entwickeln, da die höheren Lohnzuwächse im Alternativszenario durch entsprechende Produktivitätssteigerungen kompensiert werden.

Die Finanzpolitik ist in diesem und in den kommenden zwei Jahren restriktiv ausgerichtet. Dieser Kurs ergibt sich sowohl aus einer Kürzung der diskre-

Tab. 2.2

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2024	2025	2026	2024	2025	2026
	Basisszenario			**Alternativszenario**		
	Veränderung ggü. Vorjahr in %[a]					
Bruttoinlandsprodukt	–0,1	0,4	0,8	–0,1	1,1	1,6
Private Konsumausgaben	0,1	0,7	0,9	0,1	1,1	1,3
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,2	1,0	2,3	1,2	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	–2,9	–0,7	1,5	–2,9	0,3	3,5
Bauten	–3,6	–1,1	1,3	–3,6	–0,5	2,3
Ausrüstungen	–5,9	–1,9	1,9	–5,9	–0,4	5,4
Sonstige Anlagen	4,1	2,5	1,6	4,1	3,3	4,0
Inländische Verwendung	0,1	1,1	1,0	0,1	1,4	1,5
Exporte	–0,6	0,2	2,1	–0,6	1,1	2,8
Importe	–0,1	1,8	2,7	–0,1	2,0	2,8
Erwerbstätige[b] (1 000 Personen)	46 106	46 027	46 097	46 106	46 113	46 280
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 788	2 959	2 903	2 788	2 833	2 610
Arbeitslosenquote BA[c] (in %)	6,0	6,3	6,2	6,0	6,1	5,6
Verbraucherpreise[d] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)						
– Gesamtinflationsrate	2,2	2,3	2,0	2,2	2,3	2,0
– Kerninflationsrate[e]	2,8	2,7	2,1	2,8	2,7	2,1
Finanzierungssaldo des Staates[f]						
– in Mrd. EUR	–106,4	–87,0	–114,9	–106,4	–85,5	–100,4
– in % des Bruttoinlandsprodukts	–2,5	–2,0	–2,5	–2,5	–1,9	–2,2
Leistungsbilanzsaldo						
– in Mrd. EUR	268,7	250,1	234,8	268,7	264,1	263,7
– in % des Bruttoinlandsprodukts	6,2	5,7	5,2	6,2	5,9	5,7

[a] Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. [b] Inlandskonzept. [c] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [d] Verbraucherpreisindex (2020 = 100). [e] Ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe). [f] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

tionären Staatsausgaben als auch aus Maßnahmen zur Erhöhung der Staatseinnahmen. Im Basisszenario geht das Finanzierungsdefizit des Staates von 106 Mrd. Euro (2,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts) im Jahr 2024 auf 87 Mrd. Euro (2,0 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts) im Jahr 2025 zurück und steigt bis zum Jahr 2026 wieder auf 115 Mrd. Euro (2,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts) (vgl. Tab. 2.2). Der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand nach Maastricht-Definition steigt von 62,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 auf 63,6 % im Jahr 2026. Im Alternativszenario kommt es konjunkturbedingt zu Mehreinnahmen und Minderausgaben. Gleichzeitig wird unterstellt, dass Steuererleichterungen für Unternehmen verabschiedet und die Investitionsausgaben des Staates ausgeweitet werden. Insgesamt ergibt sich in den Jahren 2025 und 2026 im Vergleich zum Basisszenario ein um 1,6 bzw. 14,4 Mrd. Euro geringeres Finanzierungsdefizit. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt beträgt der Finanzierungssaldo – 1,9 bzw. – 2,2 %. Der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand nach Maastricht-Definition sinkt leicht von 62,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 auf 62,3 % im Jahr 2026.

ZUR REVISION DER IFO KONJUNKTURPROGNOSE FÜR DAS JAHR 2024

In der Winterprognose vom Dezember 2023 ging das ifo Institut von einer moderaten Erholung für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 aus. Die wiederkehrende Kaufkraft – infolge der Disinflation, der kräftig steigenden Lohneinkommen und der hohen Beschäftigung – sollte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland beleben. Zudem wurde davon ausgegangen, dass erste Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank und der US-amerikanischen Federal Reserve die deutschen Absatzmärkte stützen, zumal auch dort mit einem Kaufkraftplus gerechnet wurde. Daher sollten der globale Warenhandel und der Warenkonsum wieder zulegen und im Jahr 2024 zu den Konjunkturtreibern werden. Ausgenommen davon war die Baukonjunktur, die sich zunächst weiter abkühlen sollte. Alles in allem rechnete das ifo Institut mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2024 von + 0,9 %. Die Prognose wurde unter der Annahme erstellt, dass alle bis zum damaligen Zeitpunkt geplanten finanzpolitischen Maßnahmen auch umgesetzt werden. Da – aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung von Projekten aus dem Klima- und Transformationsfonds im November 2023 – absehbar war, dass zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen notwendig sein werden, schätzte das ifo Institut mit Hilfe seines DSGE-Modells (Šauer 2022) die Auswirkungen eines pauschalen Maßnahmenpakets auf die Konjunktur in Deutschland. Bei Haushaltskonsolidierungen im Umfang von 20 Mrd. Euro würde demnach der Anstieg des preisbereinigten BIP im Jahr 2024 um 0,2 Prozentpunkte gedämpft (Wollmershäuser et al. 2023). Als im Januar 2024 der Bundeshaushalt mit einer geschätzten Einsparung von circa 19 Mrd. Euro für 2024 vereinbart wurde, korrigierte das ifo Institut seine Wachstumsprognose für 2024 von 0,9 % auf 0,7 % nach unten (ifo Institut 2024a).

Die amtlichen Zahlen für das Schlussquartal 2023 zeigten ein deutlich anderes Bild als jenes, welches das ifo Institut in seiner Winterprognose skizzierte. Die vom ifo Institut angenommene Stagnation des BIP blieb aus. Das BIP sank hingegen im vierten Quartal 2023 um 0,3 % im preis-, saison- und kalenderbereinigten Vorquartalsvergleich. Dies lag zum einen an der ausgebliebenen Erholung des Außenhandels und zum anderen an den deutlich unterschätzten Rückgängen bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Letztere brachen mit – 3,5 % deutlich stärker ein, als dies vom ifo Institut angenommen wurde (– 0,2 %).

Infolge der weiter lahmenden Wirtschaft und den im März vorliegenden Frühindikatoren, die für den Jahresbeginn 2024 auf keine konjunkturelle Trendwende hinwiesen, setzte das ifo Institut die Jahreswachstumsrate des realen BIP auf + 0,2 % herunter (Wollmershäuser et al. 2024b). Der anhaltende Auftragsmangel, die hohen Krankenstände, die andauernden Streiks und die geopolitischen Ereignisse belasteten die deutsche Wirtschaft. Im März ging das ifo Institut – anders als im Januar angenommen (19 Mrd. Euro) – von einer Haushaltskonsolidierung von circa 12 Mrd. Euro aus. Der berechnete Effekt der Einsparung belief sich dadurch auf etwa 0,1 % des BIP im laufenden Jahr. Das schwache Schlussquartal 2023 führte außerdem zu einem statistischen Unterhang, der die Jahreswachstumsrate des realen BIP um weitere 0,2 Prozentpunkte minderte.

Im März wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weniger optimistisch eingeschätzt. Für das erste Quartal 2024 rechnete das ifo Institut mit einem weiteren Rückgang des realen BIP um 0,1 %. Verwendungsseitig wurden dabei die privaten und öffentlichen Konsumausgaben sowie die Ausrüstungsinvestitionen niedriger eingeschätzt also noch im Winter. Hingegen wurden die Bauinvestitionen aufgrund des milden Wetters für das erste Quartal nach oben korrigiert. Im laufenden Jahr erwartete das ifo Institut dennoch keine Erholung in der Bauwirtschaft. Eine spürbare gesamtwirtschaftliche Erholung wurde erst für das zweite Halbjahr angesetzt.

Die Daten des Statistischen Bundesamts wiesen für das erste Quartal 2024 ein Wachstum des realen

BIP von 0,2 % aus. Dies wurde vom ifo Institut klar unterschätzt, da von einem leichten Rückgang ausgegangen wurde (– 0,1 %). Ausschlaggebend für das Wirtschaftswachstum war vor allem der positive Außenbeitrag, der mit 0,3 % einen positiven Wachstumsbeitrag zum BIP ergab. Doch auch die Bauinvestitionen – die aufgrund der milden Witterung deutlich höher als erwartet ausfielen – wirkten konjunkturstützend. Einem stärkeren Anstieg stand allerdings eine zu geringe Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen entgegen. Obschon die privaten Haushalte kräftige Lohnzuwächse verzeichnen konnten und die Inflation ihren Rückgang weiter fortsetzte, nahmen die privaten Konsumausgaben zum Vorquartal um 0,4 % ab. Aufgrund der im Mai vorliegenden Konjunkturindikatoren erwartete das ifo Institut zunächst noch eine Stagnation der privaten Konsumausgaben. Im weiteren Verlauf des Jahres sollte sich im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung und einer weiteren Zunahme der Kaufkraft der privaten Haushalte die Konsumkonjunktur wieder erholen. Konjunkturstützend sollte hierbei insbesondere die Industrie mit ihrem Exportgeschäft sein, während die Baukonjunktur ihren Abwärtstrend mit einer kräftigen Rate fortsetzen sollte. Zudem schätzte das ifo Institut die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen nun spürbar schwächer ein als noch im Frühjahr. Insgesamt überwog die Aufwärtskorrektur des Außenbeitrags, so dass die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP für das Jahr 2024 auf + 0,4 % angehoben wurde (Wollmershäuser et al. 2024a). Für das zweite Quartal nahm das ifo Institut in seiner Sommerprognose eine Zunahme der Wirtschaftsleistung von 0,3 % an.

Im Rahmen einer europaweit harmonisierten und umfassenden Revision hat das Statistische Bundesamt im August die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überarbeitet und auf das Referenzjahr 2020 umgestellt. Dazu zählen die Integration neuer Datenquellen, wie zum Beispiel die neue Strukturstatistik im Handel und dem Dienstleistungsbereich, Reklassifikationen sowie neue Berechnungsmethoden. So wurden zum Beispiel Unternehmen des ÖPNV sowie die Infrastrukturunternehmen der Deutschen Bahn nun den Nichtmarktproduzenten im Sektor Staat zugeordnet – zuvor zählten diese zu den Marktproduzenten im Sektor nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Infolgedessen stiegen die Konsumausgaben des Staates deutlich. Außerdem wurden die Transaktionen der sogenannten VAT-Trader[1] ohne Eigentumswechsel von den Exporten sowie den Importen abgezogen, was zu einer deutlichen Korrektur beider Niveaus führte. Auch die privaten Konsumausgaben wurden deutlich nach oben korrigiert und hatten nun bereits im Jahr 2022 das vorpandemische Niveau kurz wieder erreicht. Insgesamt führte die Generalrevision zu großen Korrekturen in den einzelnen Komponenten sowie zu Änderungen in den Verlaufsraten. Um Strukturbrüche in den Zeitreihen zu vermeiden, wurden die Ergebnisse bis 1991 zurückgerechnet (Statistisches Bundesamt 2024).

An der in der Frühjahrs- und Sommerprognose erwarteten gesamtwirtschaftlichen Erholung in der zweiten Jahreshälfte konnte aufgrund der konjunkturellen und strukturellen Krise, in der die deutsche Wirtschaft feststeckt, in der Herbstprognose nicht

[1] Value Added Tax-Trader (VAT-Trader) sind Wirtschaftseinheiten, welche weder Produktion, Mitarbeitende noch einen physischen inländischen Standort besitzen, aber aufgrund ihrer Handelstätigkeiten im Inland registriert sind.

Tab. 2.3

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2024

	Prognose-korrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Revision[a] der VGR			Prognose-fehler[c]	Prognose anpassung
		Überhang (I)	1. Quartal 2024 (II)	2. Quartal 2024 (III)	3. Quartal 2024 (IV)	4. Quartal 2024 (V)
Inlandsnachfrage	**0,6**	**0,0**	**0,0**	**0,1**	**0,5**	**0,0**
Privater Konsum	–0,3	0,0	–0,2	–0,2	0,1	0,0
Staatlicher Konsum	0,4	0,0	–0,2	0,5	0,2	0,0
Bauten	–0,1	0,0	–0,1	–0,2	0,1	0,0
Ausrüstungen	1,3	0,0	0,3	0,5	0,7	–0,3
Sonstige Anlageinvestitionen	0,3	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1
Vorratsveränderungen[d]	0,5	0,0	0,1	0,1	0,3	0,0
Außenbeitrag[d]	**–0,6**	**0,0**	**0,0**	**–0,2**	**–0,4**	**0,0**
Ausfuhr	–0,4	0,0	0,2	0,3	–0,8	0,0
Einfuhr	1,2	0,0	0,2	0,9	0,2	–0,1
Bruttoinlandsprodukt	**–0,1**	**0,0**	**0,0**	**–0,2**	**0,1**	**0,0**

[a] Beitrag der Revision des Überhangs durch das Statistische Bundesamt. [b] Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2024 aus der ifo Frühjahrsprognose 2024 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. [c] Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das zweite bis vierte Quartal des Jahres 2024. [d] Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

mehr festgehalten werden. Die amtlichen Zahlen für das zweite Quartal 2024 wiesen einen Rückgang des preisbereinigten BIP von 0,1 % aus, nachdem die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn noch zulegen konnte. Die strukturellen Herausforderungen (Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Energiepreisschock und eine veränderte Rolle Chinas in der Weltwirtschaft) setzen die etablierten Geschäftsmodelle unter Druck. Vor allem die energieintensive Industrie, sowie der Maschinenbau und die Automobilindustrie sind einer zunehmenden Konkurrenz aus China ausgesetzt. Doch auch konjunkturell befindet sich Deutschland in einer Krise. Neuaufträge im Bau- wie auch im Verarbeitenden Gewerbe ließen weiter auf sich warten. Zudem hielten sich die privaten Haushalte mit ihren Ausgaben weiterhin zurück und legten ihre Einkommensanstiege als Ersparnisse zurück. Für die zweite Jahreshälfte erwartete das ifo Institut in seiner Herbstprognose nur noch eine schwache Erholung des privaten Konsums. Zudem ging das ifo Institut von einer weiteren Abschwächung bei den Bauinvestitionen und den Ausrüstungsinvestitionen aus. Alles in allem wurde davon ausgegangen, dass die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal stagnieren und erst zum Jahresende wieder zulegen dürfte. Damit wurde die Wachstumsprognose gegenüber der Sommerprognose deutlich um 0,4 Prozentpunkte auf 0,0 % für das laufende Jahr gesenkt (Wollmershäuser et al. 2024c).

Der jüngsten Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamts zufolge weist das BIP eine Abwärtsrevision im zweiten Quartal und einen Anstieg von 0,1 % im dritten Quartal auf. Die erwartete Stagnation des BIP im dritten Quartal blieb somit aus. Am Anstieg der Wirtschaftsleistung im Schlussquartal 2024 hält das ifo Institut in der vorliegenden Winterprognose fest. Obschon keine Prognoseanpassung des Schlussquartals vorgenommen wurde und das dritte Quartal stärker gelaufen ist als prognostiziert, muss das ifo Institut aufgrund der Abwärtsrevision des zweiten Quartals die Jahresrate des BIP um 0,1 Prozentpunkte nach unten anpassen (vgl. Tab. 2.3). Damit revidiert das ifo Institut seine Jahreswachstumsrate des BIP von einer Stagnation des laufenden Jahres auf – 0,1 % (vgl. Tab. 2.4). In der vorliegenden Winterprognose schätzt das ifo Institut zwar zwei Szenarien, aber das laufende Quartal wird weiterhin mit etablierten Nowcasting-Modellen abgeleitet, was dazu führt, dass auch die Jahreswachstumsrate 2024 in beiden Szenarien gleich ausfällt.

Die Revision der gesamtwirtschaftlichen Leistung im zweiten Quartal 2024 kommt aus der Abwärtsrevision des Außenbeitrags. Die Importe wurden im ersten Quartal um 0,2 und im zweiten Quartal um 0,9 Prozentpunkte nach oben korrigiert, während die Exporte lediglich um 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte angehoben wurden. Die erheblich überschätzten Exporte im dritten Quartal überwogen der Aufwärtsrevision in der ersten Jahreshälfte 2024 und führten zu einer Anpassung der Jahreswachstumsrate von – 0,4 Prozentpunkten verglichen zur Herbstprognose. Bei den Importen

Tab. 2.4

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2024

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Herbstprognose		ifo Winterprognose		Prognosekorrektur für 2024	
	Prognosewerte für 2024		Prognosewerte für 2024		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten[a] (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten[a] (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	**–0,5**	**–0,5**	**0,1**	**0,1**	**0,6**	**0,6**
Privater Konsum	0,4	0,2	0,1	0,1	–0,3	–0,2
Staatlicher Konsum	1,8	0,4	2,3	0,5	0,4	0,1
Bauten	–3,5	–0,4	–3,6	–0,4	–0,1	0,0
Ausrüstungen	–7,2	–0,5	–5,9	–0,4	1,3	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,8	0,1	4,1	0,2	0,3	0,0
Vorratsveränderungen	–	–0,4	–	0,2	–	0,5
Außenbeitrag	**–**	**0,5**	**–**	**–0,2**	**–**	**–0,6**
Ausfuhr	–0,2	–0,1	–0,6	–0,2	–0,4	–0,2
Einfuhr	–1,3	0,5	–0,1	0,1	1,2	–0,5
Bruttoinlandsprodukt	**0,0**	**0,0**	**–0,1**	**–0,1**	**–0,1**	**–0,1**

[a] Beiträge der Nachfragekomponten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

hingegen führte die bereits erwähnte Aufwärtsrevision und der unerwartete Anstieg im dritten Quartal zu einer deutlichen Korrektur der Jahresdurchschnittsbetrachtung von + 1,2 Prozentpunkten. In der aktuellen Winterprognose geht das ifo Institut daher davon aus, dass die Importe im laufenden Jahr nur noch leicht zurückgehen werden, statt – wie im Herbst noch erwartet wurde – stark einzubrechen. Dies hat zur Folge, dass nun von einem leicht negativen Außenbeitrag ausgegangen wird, während im Herbst noch ein stark positiver Effekt unterstellt wurde.

Die Abwärtskorrektur des Außenbeitrags wird dabei nahezu von der Aufwärtskorrektur der Inlandsnachfrage ausgeglichen. Großer Treiber bei der Inlandsnachfrage war der Wachstumsbeitrag aus den Vorratsveränderungen. Zudem schätzt das ifo Institut den Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen in der vorliegenden Winterprognose merklich schwächer ein als noch im Herbst. Ursächlich hierfür ist die Aufwärtsrevision und ein erheblicher Prognosefehler im dritten Quartal – der erwartete starke Rückgang von 1,7 % zum Vorquartal ist mit – 0,2 % nicht eingetreten. Auch bei den staatlichen Ausgaben führte die Aufwärtsrevision und eine unterschätzte Entwicklung im dritten Quartal zu einer Aufwärtskorrektur der Jahresveränderungsrate. Hingegen mussten die privaten Konsumausgaben infolge der Herabsetzung der Konsumausgaben im ersten und zweiten Quartal – trotz des unterschätzten dritten Quartals – in der Jahressumme gesenkt werden. Die Jahresveränderungsrate wurde von + 0,4 % im Herbst auf + 0,1 % nach unten korrigiert.

2.3. PROGNOSEUNSICHERHEIT UND RISIKEN

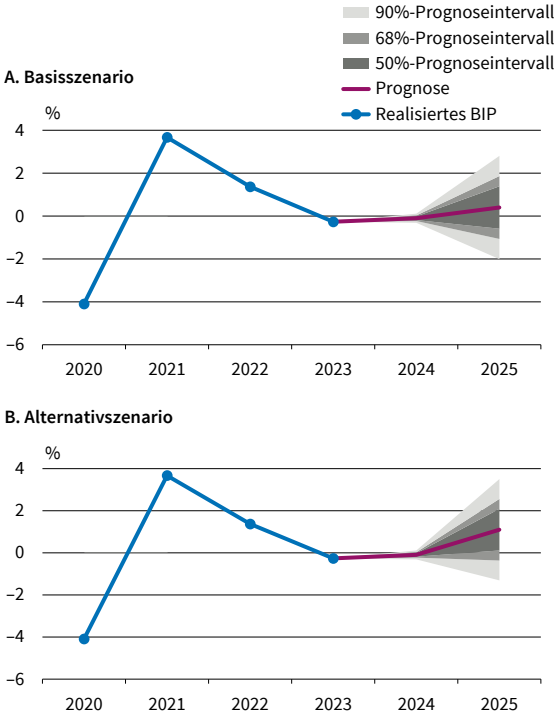
Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, in denen die prognostizierte Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts mit bestimmten Wahrscheinlichkeiten anzutreffen ist. Zur Berechnung der Intervalle für die Jahre 2024 und 2025 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2023 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z. B. für ein Prognoseintervall, in dem die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68 %) anzutreffen ist, ± 0,1 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von – 0,1 % reicht das Intervall also von – 0,2 % bis 0,0 % (vgl. Abb. 2.5). Die Punktprognose von – 0,1 % stellt den mittleren Wert dar (vgl. rote Linie in Abb. 2.5). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf ± 1,5 Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von + 0,4 % im Basisszenario reicht das 68%-Prognoseintervall dann von – 1,1 % bis + 1,9 % (vgl. Abb. 2.5 A). Damit schließt dieses Prognoseintervall auch die Punktprognose im Alternativszenario für das Jahr 2025 ein, die bei 1,1 % liegt. Das 68%-Prognoseintervall in diesem Szenario reicht von – 0,4 % bis 2,6 % (vgl. Abb. 2.5 B).

In Phasen des Strukturwandels sind wirtschaftliche Analysen und Prognosen mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Denn aus der Veränderung wirtschaftlicher Kennzahlen lässt sich nicht unmittelbar ablesen, ob es sich um vorübergehende und damit konjunkturelle Schwankungen oder um eine dauerhafte Neuausrichtung der Produktionskapazitäten und damit um eine strukturelle Anpassung handelt. Um dieser Unsicherheit Rechnung zu tragen, werden in der vorliegenden Prognose zwei Szenarien betrachtet, die sich maßgeblich im Hinblick auf die mit dem Produktionspotenzial gemessenen Produktionsmöglichkeiten unterscheiden. Dem Basisszenario wird dabei aus heutiger Sicht eine höhere Eintrittswahrscheinlichkeit beigemessen, da es insbesondere wirtschaftspolitisch auf dem Status quo der vergangenen Jahre aufsetzt und es vor dem Hintergrund der anstehenden Neuwahlen unklar ist, welcher Kurs in den kommenden Jahren eingeschlagen wird.

Daher unterliegt auch die Prognose zur Ausrichtung der Finanzpolitik einer erheblichen Unsicherheit, da von zusätzlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung auszugehen ist. Im Alternativszenario wurden zwar pauschal Mehraus-

Abb. 2.5

Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

gaben bzw. Mindereinahmen unterstellt, die darauf abzielen, die öffentliche und private Investitionstätigkeit anzuregen. Allerdings wurden keine detaillierten Maßnahmen implementiert und durchgerechnet, so dass sowohl die fiskalischen Kosten als auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen etwaiger Maßnahmen aus heutiger Sicht nicht abzuschätzen sind.

Zusätzlich zu diesen binnenwirtschaftlichen Unsicherheiten können auch die in Abschnitt 1. »Lage und Prognose der Weltwirtschaft« genannten globalen Risiken maßgeblichen Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nehmen. Insbesondere ist unklar, welchen Kurs die kommende US-Regierung in der Handels- und Wirtschaftspolitik einschlägt. In der vorliegenden Prognose wird in beiden Szenarien unterstellt, dass die neue Trump-Administration wirtschaftspolitische Entscheidungen trifft, von denen die deutschen Ausfuhren unterm Strich zumindest kurzfristig geringfügig profitieren dürften. Zum einen dürfte die fiskalische Lockerung die Konjunktur in den USA stimulieren. Davon dürften exportabhängige Unternehmen in Deutschland profitieren, denn immerhin zählen die USA mit einem Exportanteil von zuletzt 10 % zu den wichtigsten Absatzmärkten. Zum anderen wird die Einführung bzw. Erhöhung von Zöllen durch die USA nur auf wenige ausgewählte Importe aus der EU angenommen. Würde es zu der von Trump während des Wahlkampfes angekündigten Einführung bzw. Erhöhung von Zöllen auf sämtliche Waren aus der EU in Höhe von 20 % und auf sämtliche Waren aus China in Höhe von 60 % kommen, entstünde ein zusätzliches Abwärtsrisiko für beide Szenarien der vorliegenden Prognose (vgl. Box »Zu den Risiken einer verschärften Zollpolitik der USA«).

2.4. FINANZPOLITIK RESTRIKTIV AUSGERICHTET

Die Finanzpolitik ist in diesem und in den kommenden beiden Jahren restriktiv ausgerichtet (vgl. Tab. 2.5). Dieser Kurs resultiert sowohl aus einer Verringerung der diskretionären Staatsausgaben als auch aus Maßnahmen, die die Staatseinnahmen erhöhen.

Auf der Einnahmenseite geht dies im Jahr 2024 vor allem auf das Auslaufen temporärer steuerlicher Begünstigungen zurück, wie die Rücknahme der Umsatzsteuersenkung auf Erdgas oder in der Gas-

ZU DEN RISIKEN EINER VERSCHÄRFTEN ZOLLPOLITIK DER USA

Die Einführung von pauschalen Importzöllen durch die USA in Höhe von 60 % auf Wareneinfuhren aus China und in Höhe von 20 % auf Wareneinfuhren aus anderen Ländern (einschließlich der EU) hätte spürbare Auswirkungen auf den Welthandel und die exportorientierten deutschen Unternehmen. Für Konsumenten und Unternehmen in den USA würden sich ausländische Produkte verteuern, was ihre Nachfrage auf im Inland produzierte Güter lenken würde. In der Folge wäre mit einem Nachfragerückgang bei exportorientierten deutschen Unternehmen zu rechnen, der zum einen direkt durch Exporte in die USA und zum anderen indirekt durch Exporte an chinesische Unternehmen, die wiederum den US-Markt bedienen, verstärkt würde.

Eine Simulation mit dem ifo-Handelsmodell zeigt, dass die deutschen Exporte insgesamt langfristig um 1,8 % sinken würden (Baur et al. 2024). Die Exporte in die USA und nach China würden um 14,9 % bzw. 9,6 % zurückgehen, während die Exporte in die EU aufgrund von Handelsumlenkungen um 0,4 % zunehmen würden. Besonders betroffen wären die Hersteller von Fahrzeugen, Maschinen und pharmazeutischen Erzeugnissen, die zusammen knapp 60 % der gesamten deutschen Warenexporte in die USA ausmachen. Die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung würde langfristig um 0,2 % sinken, wobei die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 2,1 % zurückginge und die übrigen Wirtschaftszweige (inkl. Dienstleister) um 0,4 % zulegen würden.

Bei diesen Simulationen realwirtschaftlicher Handelsmodelle werden allerdings mögliche Veränderungen der Wechselkursrelationen nicht berücksichtigt. In makroökonomischen Modellen für offene Volkswirtschaften mit internationalen Finanzmärkten würde die Einführung von Importzöllen den Außenwert der Währung des zollerhebenden Landes so lange verschlechtern, bis die Außenhandelsbilanz (d. h. die Differenz zwischen Exporten und Importen) wieder mit ihren fundamentalen Determinanten übereinstimmt, die durch gesamtwirtschaftliche Spar- und Investitionsentscheidungen bestimmt werden (Devereux und Connolly 1996). Es ist daher wahrscheinlich, dass zumindest kurzfristig ein Teil der durch die Zölle verursachten Verteuerung der US-Importe in US-Dollar von den europäischen Exporteuren durch niedrigere Verkaufspreise in Euro kompensiert werden könnte, da der Euro gegenüber dem US-Dollar abwerten würde.

Tatsächlich hat der Euro bereits im Vorfeld der US-Wahlen deutlich an Wert verloren und ist von 1,12 US-Dollar je Euro Anfang Oktober auf 1,05 Anfang Dezember gesunken. Vermutlich dürften sich darin aber auch die Erwartungen hinsichtlich einer expansiven Fiskalpolitik der zukünftigen US-Regierung widerspiegeln. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Euro gegenüber dem US-Dollar weiter an Wert verlieren würde, sollten die USA tatsächlich Importzölle erheben. Dies würde die oben genannten Kosten zumindest kurzfristig etwas reduzieren.

tronomie. Zudem führt die Anhebung des nationalen CO_2-Preises und die Ausweitung der Lkw-Maut zu Mehreinnahmen. Demgegenüber stehen mehrere Steuerentlastungen, wie die Anpassung des Einkommensteuertarifs, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten im Rahmen des Wachstumschancengesetzes oder die Senkung der Stromsteuer für Industrieunternehmen. Auf Seiten der staatlichen Ausgaben tragen im Jahr 2024 insbesondere die wegfallenden Energiepreisbremsen und andere Maßnahmen der Energiekrise zur restriktiven Ausrichtung bei. Lediglich aus dem Sondervermögen Bundeswehr und dem Klima- und Transformationsfonds sind expansive Impulse für die Finanzpolitik wahrzunehmen. Unterm Strich ist im laufenden Jahr mit einem restriktiven Impuls in Höhe von 36 Mrd. Euro (0,8 % des Bruttoinlandsprodukts) zu rechnen.

Im Jahr 2025 ist die weiterhin restriktive Ausrichtung der Finanzpolitik vor allem auf den Wegfall der steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien und die Beitragserhöhungen der Sozialversicherungen zurückzuführen. Vor allem der Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,8 Prozentpunkte sorgt für deutliche Mehreinnahmen. Gleichzeitig werden einige im Bundeshaushalt 2025 vereinbarte Maßnahmen durch das Ende der Ampel-Koalition zunächst ausbleiben. Dazu gehören auf der Einnahmenseite steuerliche Entlastungen für Unternehmen, die ursprünglich im Steuerfortentwicklungsgesetz vorgesehen waren. Im Rahmen dieser Gesetzesinitiative sollte auch der Ausgleich der kalten Progression für die Jahre 2025 und 2026 verabschiedet werden, deren Umsetzung dennoch in dieser Prognose unterstellt wird. Auf Seiten der staatlichen Ausgaben sind ebenfalls weniger Maßnahmen unterstellt, wie z. B. keine zusätzliche Mittel für Investitionen bei der Deutschen Bahn, wodurch in der Summe kein substanzieller ausgabenseitiger Impuls zu erwarten ist. Insgesamt ist im Jahr 2025 mit einem restriktiven Impuls in Höhe von 32 Mrd. Euro (0,7 % des Bruttoinlandsprodukts) zu rechnen.

Die restriktive Ausrichtung der Finanzpolitik setzt sich auch im Jahr 2026 fort, auch wenn der Impuls mit 9,7 Mrd. Euro (0,2 % des Bruttoinlandsprodukts) deutlich geringer ausfällt als in den beiden Jahren zuvor. Hauptverantwortlich dafür sind Mehreinnahmen bei Steuern und Abgaben. So werden im Jahr 2026 erstmals Einnahmen aus der globalen Mindestbesteuerung von internationalen Unternehmen und der Plastikabgabe verbucht werden. Darüber hinaus wird die Stromsteuer nach aktuellem Stand und nach dem Koalitions-Aus wieder zum ursprünglichen Tarif zurückkehren. Außerdem wird der Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung aller Vorrausicht nach trotz starker Erhöhung im Vorjahr weiter leicht steigen. Von den staatlichen Ausgaben ist hingegen kein zusätzlicher Impuls zu erwarten.

Die in Tabelle 2.5 ausgewiesenen finanzpolitischen Maßnahmen gelten nur für das Basisszenario dieser Prognose. Im Alternativszenario werden zwar zusätzliche staatliche Impulse angenommen (vgl. Abschnitt 2.17. »Hohe staatliche Defizite bleiben bestehen«). Für diese wurden allerdings keine konkreten Maßnahmen formuliert.

2.5. GELDPOLITIK ALLMÄHLICH NEUTRAL AUSGERICHTET

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die im Sommer eingeleitete Zinswende fortgesetzt. Nach einer ersten Zinssenkung im Juni in Höhe von 0,25 Prozentpunkten folgten zwei weitere, gleich große Schritte im September und Oktober, so dass der Einlagesatz nun bei 3,25 % liegt. Aufgrund der Verringerung des Abstands zwischen Einlage- und Hauptrefinanzierungssatz im September beträgt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte nun 3,65 % und jener für Spitzenrefinanzierungsgeschäfte 3,9 %.[1] Trotz der Leitzinssenkungen dürfte die Geldpolitik aktuell noch leicht restriktiv wirken, da die kurzfristigen Realzinsen wohl über dem neutralen Niveau liegen.

Derweil treibt die EZB den Abbau ihres Anleiheportfolios voran. So wird die Wiederanlage der Tilgungsbeträge aus den Beständen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) ab Anfang 2025 vollständig eingestellt, was einer Reduktion des Bestands von durchschnittlich 15 Mrd. Euro pro Monat entspricht. Im regulären Ankaufprogramm (*Asset Purchase Programme*, APP) werden bereits seit Juli keine Reinvestitionen mehr getätigt, wodurch der Bestand um durchschnittlich 27 Mrd. Euro pro Monat gesunken ist. Bei der aktuellen Abbaugeschwindigkeit wird es jedoch noch etwa neun Jahre dauern, bis die Bestände der beiden Programme von insgesamt über 4 300 Mrd. Euro vollständig abgebaut sind. Die Rückführung der Ankaufprogramme dürfte für sich genommen die langfristigen Kapitalmarktzinsen über anziehende Terminprämien leicht erhöhen und damit der mit den Leitzinssenkungen intendierten Lockerung der monetären Rahmenbedingungen entgegenwirken.

Das aktuelle Finanzierungsumfeld gestaltet sich immer noch herausfordernd, jedoch zeichnet sich eine allmähliche Entspannung ab. Auf dem Geldmarkt folgte der Dreimonats-EURIBOR den Leitzinsen und lag zuletzt bei 3,0 % (vgl. Abb. 2.6 A). Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen bewegten sich in den vergangenen Quartalen seitwärts und lagen im November bei 2,3 %. Da gleichzeitig die Verzinsung von Anleihen kürzerer Frist zurückging, löste sich die Inversion der Zinsstrukturkurve, die rund zwei Jahre lang andauerte, wieder auf. Die Renditen von Unternehmensanleihen notierten im November bei 3,5 %,

[1] Im März beschloss die EZB, den Abstand zwischen Einlage- und Hauptrefinanzierungssatz ab September von 0,5 auf 0,15 Prozentpunkte zu reduzieren, wobei der Spitzenrefinanzierungssatz weiterhin 0,25 Prozentpunkte über dem Hauptrefinanzierungssatz liegt. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Schwankungsbreite des Geldmarktsatzes zu begrenzen.

Tab. 2.5

Finanzpolitische Maßnahmen[a]
Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2024	2025	2026
Einnahmen der Gebietskörperschaften[b]			
Inflationsausgleichgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge 2023	–13,2	–2,4	–1,0
Umsatzsteuersenkung auf Gas vom 1.10.2022 bis zum 31.3.2024	4,4	1,0	0,0
Temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	2,9	0,5	0,0
Inflationsausgleichsprämie	3,0	9,0	0,0
Anhebung der Tabaksteuer	0,0	0,9	0,8
Degressive AfA (2. und 4. Corona-Steuerhilfegesetz)	2,2	5,0	3,8
Jahressteuergesetz 2022[c]	0,2	1,0	–1,1
Wachstumschancengesetz	–1,0	–2,5	–0,7
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,3	–0,2	–0,1
Senkung Stromsteuer	–2,8	–0,5	2,8
Wegfall Spitzenausgleich Stromsteuer	1,7	0,0	0,0
Anhebung Grund- und Kinderfreibeträge 2024	0,0	–3,3	1,3
Anpassung Einkommensteuertarif und Freibeträge 2025 & 2026	0,0	–5,5	–5,4
Erhöhung Luftverkehrabgabe	0,4	0,1	0,0
Wegfall Begünstigung Agrardiesel	0,0	0,1	0,1
Jahressteuergesetz 2024	–0,4	0,4	0,5
Globale Mindesbesteuerung Säule 2	0,0	0,0	1,0
Einnahmen Emissionshandel (BEHG)	4,0	3,2	3,5
Plastikabgabe	0,0	0,0	1,4
Anhebung Lkw-Maut	7,0	0,9	0,2
Gewinnabschöpfung bei Stromproduzenten	0,5	–0,5	0,0
Erhöhung Rundfunkbeitrag	0,0	0,4	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen[d]	–0,5	–1,2	–1,4
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	2,5	12,5	4,0
Erhöhung des Beitrags in der gesetzlichen Pflegeversicherung	3,4	2,3	0,0
Inflationsausgleichsprämie	4,0	11,5	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Strom- und Gaspreisbremsen, Stabilierung Netzentgelte	29,3	1,3	0,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	5,0	0,0	0,0
Wohngeldreform	0,4	–0,4	0,4
Deutschlandticket	–1,0	0,0	0,0
Einführung Bürgergeld	–0,2	0,0	0,0
Kürzungen Bürgergeld und Elterngeld	0,5	0,4	0,0
Energiepreispauschalen (Erwerbstätige, Rentner, Studierende)	1,5	0,0	0,0
Sondervermögen KTF	–6,0	4,0	5,0
Sondervermögen Bundeswehr	–7,0	–4,0	–4,0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	1,0	0,0	0,0
Unterstützungsleistungen Ukraine	–2,1	3,5	0,0
Sozialer Wohnungbau	–0,7	–0,4	–0,2
Konsolidierungsmaßnahmen Bund	1,0	0,0	0,0
Auslaufen der Kaufprämie für E-Autos	2,6	0,0	0,0
Startchanceprogramm für Schulen	–0,5	–0,5	–0,5
Änderungen beim Bafög	–0,1	–0,2	0,0
Investitionszuschüsse für die Deutsche Bahn	–4,4	0,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	0,2	–3,0	–0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	–0,3	–0,8	–0,1
Anpassung der Renten Ost	–0,4	0,0	0,0
Grundrente	–0,2	–0,1	–0,1
Krankenhausreform	–0,5	–0,4	–0,2
Erwerbsminderungsrenten	–0,1	–0,1	–0,1
Gesundheitsversorgungsstärkegesetz	–0,3	0,0	0,0
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	0,3	0,0	0,0
Insgesamt	**36,2**	**31,9**	**9,7**
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	0,8	0,7	0,2

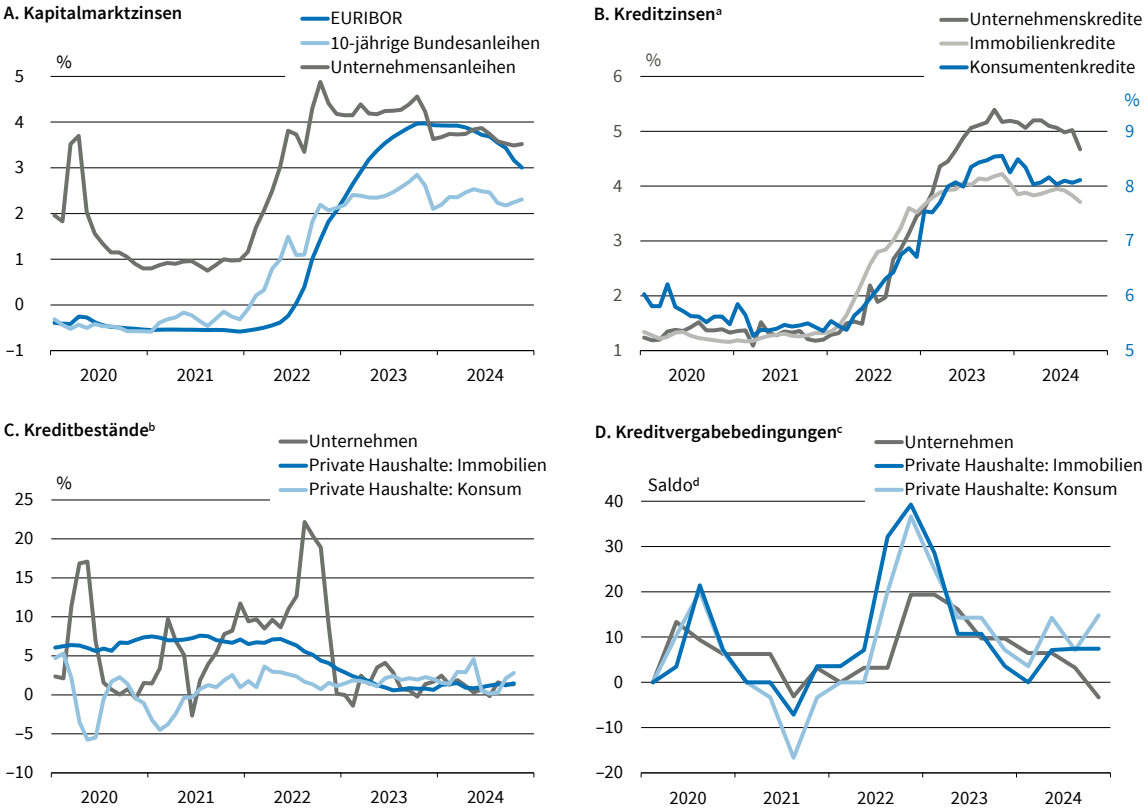
[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen. [b] Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. [c] u. a. Entfristung Home-Office-Pauschale, vollständiger steuerlicher Abzug Altersvorsorgeaufwendungen, Sparerpauschbetrag, EU-Energiekrisenbeitrag. [d] u. a. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Kreditmarktförderungsgesetz, Jahressteuergesetz 2020, Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts.

Quelle: Bundesregierung; Finanzministerien der Länder; Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

Abb. 2.6

Zur monetären Lage in Deutschland



[a] Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
[b] Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt). [c] Kreditvergabebedingungnen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
[d] Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.
Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

wobei sich die Risikoaufschläge gegenüber deutschen Bundesanleihen in den vergangenen Monaten stabil entwickelten.

Die Kreditzinsen hatten ihren Höhepunkt Ende des vergangenen Jahres erreicht und sind seitdem leicht rückläufig. Im September lagen sie bei durchschnittlich 4,7 % für Unternehmen und 3,7 % für Immobilienfinanzierungen und damit 0,7 bzw. 0,5 Prozentpunkte unter den vorangegangenen Höchstwerten (vgl. Abb. 2.6 B). Die Kreditbestände des Privatsektors stagnieren seit einiger Zeit weitgehend (vgl. Abb. 2.6 C). Allerdings zeichnet sich bei der Neukreditvergabe für Immobilienfinanzierungen nach dem Einbruch in den vergangenen beiden Jahren eine allmähliche Erholung ab, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau. Die in der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) teilnehmenden Banken berichten seit Jahresbeginn von einer anziehenden Nachfrage in diesem Segment, was sie auf das gesunkene Zinsniveau und die verbesserten Aussichten auf dem Wohnungsmarkt zurückführen. Auch die Nachfrage nach Unternehmenskrediten zog zuletzt wieder etwas an. Auf der Kreditangebotsseite gaben die Banken zuletzt an, dass sie ihre Kreditrichtlinien für private Haushalte erneut gestrafft und für Unternehmen leicht gelockert haben (vgl. Abb. 2.6 D). Die vom ifo Institut befragten Unternehmen gaben an, dass sich die Banken in Kreditverhandlungen aktuell deutlich restriktiver als im historischen Durchschnitt verhalten.

Im Zuge des verbesserten Inflationsausblicks und der schwachen konjunkturellen Entwicklung wird die EZB die Leitzinsen im Prognosezeitraum wohl weiter senken. Angesichts der immer noch hohen Dienstleistungsinflation dürfte sie jedoch behutsam vorgehen. Nach einer Zinssenkung in Höhe von 0,25 Prozentpunkten im Dezember dürften in der ersten Jahreshälfte 2025 noch vier weitere Zinsschritte in dieser Höhe folgen, so dass der Einlagesatz ab Sommer 2025 bei 2,0 % liegen dürfte (vgl. Tab. 2.6). Der Hautrefinanzierungssatz wird entsprechend auf 2,15 %, der Spitzenrefinanzierungssatz auf 2,40 % reduziert.

Die Geldpolitik dürfte damit ab Mitte 2025 neutral ausgerichtet sein. Damit einhergehend werden die kurzfristigen Kredit- und Kapitalmarktzinsen wohl noch etwas günstiger werden. Am langen Ende hingegen dürften die Zinsen weitgehend unverändert bleiben, da die erwarteten Leitzinssenkungen hier bereits eingepreist sein dürften. Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen dürften daher im Prognosezeitraum mit 2,3 % in etwa auf dem derzeitigen Niveau verharren. Dennoch dürfte insbesondere die Kreditvergabe zur Immobilienfinanzierung angesichts des gesunke-

Tab. 2.6

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2023	2024	2025	2026
Rohöl USD/Barrel (Brent)	82,0	79,7	71,4	69,6
Erdgas EUR/MWh (ICE Natural Gas Germany)	42,1	34,2	42,9	34,9
Strom EUR/MWh (European Energy Exchange)	95,2	79,4	94,5	87,3
Wechselkurs USD/EUR	1,08	1,08	1,05	1,05
Zinsssatz für die Einlagefazilität der EZB in %[a]	3,6	3,6	2,1	2,0
EURIBOR Dreimonatsgeld in %	3,4	3,6	2,2	2,0
Kapitalmarktzins (10-jährige Bundesanleihe) in %	2,6	2,4	2,3	2,3
Welthandel[b]	–1,3	1,8	3,2	2,5

[a] Jahresdurchschnitt der Quartalsendstände. [b] Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2024

nen Zinsniveaus und verbesserter Aussichten auf dem Wohnungsmarkt etwas steigen.

2.6. WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

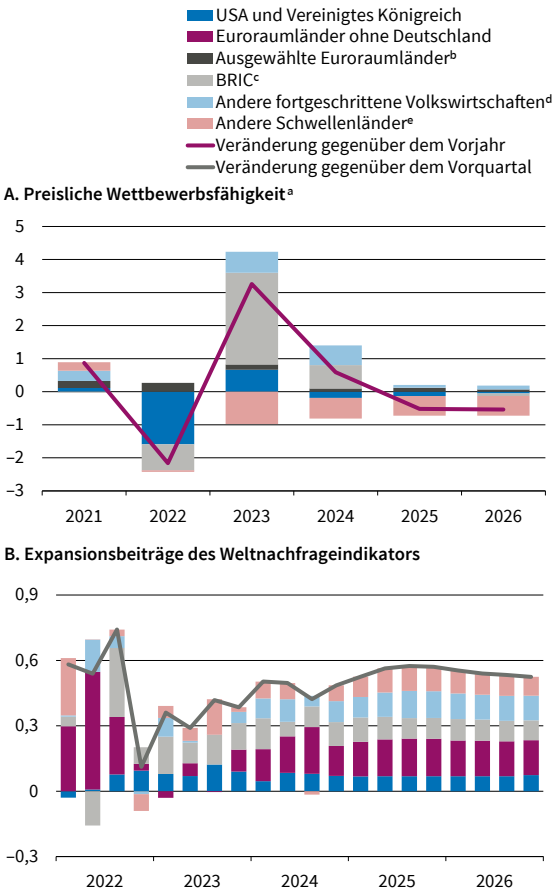
In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass sich die Energiepreise im Prognosezeitraum gemäß den Erwartungen auf den Terminmärkten entwickeln. Entsprechend wird der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent von durchschnittlich 79,7 US-Dollar in diesem Jahr auf 71,4 US-Dollar im Jahr 2025 und 69,6 US-Dollar im Jahr 2026 sinken (vgl. Tab. 2.6). Die Preise für Erdgas und Strom werden im kommenden Jahr zunächst wieder etwas steigen und Strom auch im Jahr 2026 durchschnittlich etwas teurer sein als im Jahr 2024. Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden und im kommenden Jahr durchschnittlich 1,05 US-Dollar kostet und damit im Vergleich zum Jahr 2024 etwas günstiger wird.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure, die auf Basis der Entwicklung der Verbraucherpreisindizes der 24 wichtigsten Handelspartner berechnet wird, hat sich im laufenden Jahr geringfügig um 0,6 % verschlechtert (vgl. Abb. 2.7 A). In den kommenden beiden Jahren dürfte es wieder zu einer leichten Verbesserung um jeweils 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr kommen. Hierzu tragen vor allem die erwarteten Preissteigerungen in den USA und dem Vereinigten Königreich sowie in Mexiko, der Türkei, Polen und Ungarn bei, die höher ausfallen dürften als in Deutschland. Zudem liegt der Wert des Euro im Vergleich zum US-Dollar im kommenden Jahr niedriger als im Jahr 2024. Im Gegensatz dazu dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem übrigen Euroraum leicht verschlechtern, da die Verbraucherpreise in Deutschland etwas stärker als in diesen Ländern steigen. Aber auch im Vergleich zu den übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften sowie zu den BRIC-Staaten dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit leicht verschlechtern.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, dürfte die Weltwirtschaft ihren Expansionskurs in den kommenden zwei Jahren fortsetzen und mit jahresdurchschnittlichen Raten von 2,6 % genauso stark wachsen wie im laufenden Jahr. Beim ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Ex-

Abb. 2.7

Exportindikatoren
Prozentpunkte bzw. %

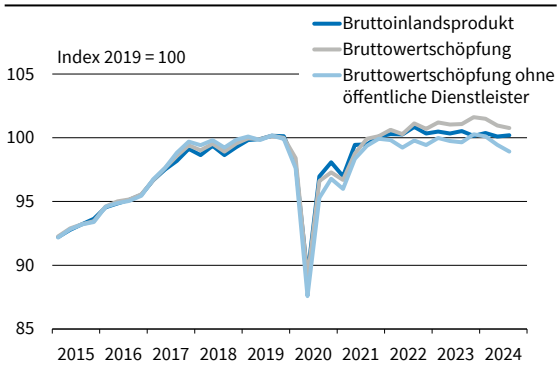


[a] Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
[b] Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.
[c] Brasilien, Russland, Indien und China.
[d] Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.
[e] Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.
Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD; Berechnungen des ifo Instituts;
2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.8

Wirtschaftsleistung

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

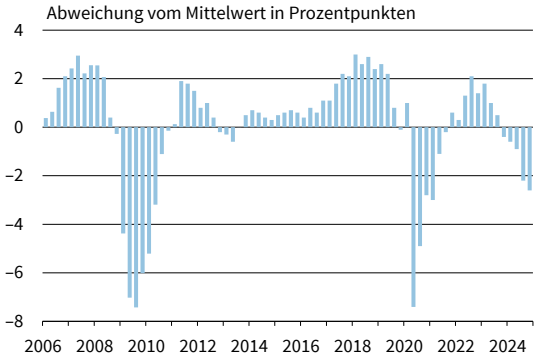
porte zusammenfasst, kommt es hingegen zu einer Belebung. Insbesondere wird im Verlauf des kommenden Jahres mit zunehmenden Wachstumsbeiträgen zum Weltnachfrageindikator aus Ländern des übrigen Euroraums, anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und einer Reihe von Schwellenländern (ohne die BRIC) gerechnet (vgl. Abb. 2.7 B). Im Gegensatz dazu bleiben die Wachstumsbeiträge der USA und des Vereinigten Königreichs sowie der BRIC-Länder weitgehend unverändert. Insgesamt verbessert sich der ifo Weltnachfrageindikator im kommenden Jahr um 2,1 %, nachdem er im Jahr 2024 um 1,8 % gestiegen ist. Im Jahr 2026 bleibt der Anstieg weitgehend unverändert bei 2,2 %.

2.7. DEUTSCHE INDUSTRIE VERLIERT AN GEWICHT

Das Bruttoinlandsprodukt ist nach einem Anstieg zu Jahresbeginn und einem kräftigen Rückgang im zweiten Quartal 2024 im dritten Vierteljahr preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,1 % gestiegen. Damit stagniert die so gemessene Wirtschaftsleistung nicht nur seit einigen Quartalen. Auch im Vergleich zum letzten Vorkrisenjahr 2019 ist sie gerade einmal um 0,2 % gestiegen. Ein etwas anderes Bild zeigt die gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung seit Ende 2022 (vgl. Abb. 2.8). Zwischen ihr und dem Bruttoinlandsprodukt liegt der Saldo aus den von den Unternehmen zu zahlenden Gütersteuern (z. B. Tabak-, Mineralöl- und Mehrwertsteuer) und den vom Staat erhaltenen Gütersubventionen (z. B. Strom- und Gaspreisbremsen oder Abwrackprämien). Diese sogenannten Nettogütersteuern werden der Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, hinzugefügt, um zum Bruttoinlandsprodukt zu gelangen, das in Marktpreisen ausgedrückt wird.[2] Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt konnte die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung seit Ende 2022 preis-, saison- und kalenderbereinigt zulegen und lag am Jahresende 2023 um knapp 1,6 % über dem Durchschnitt des Jahres 2019. Im Verlauf des Jahres 2024 ist die Bruttowertschöpfung allerdings drei Mal in Folge gesunken. Da die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten derzeit kräftig unterausgelastet sind (vgl. Abb. 2.9), befindet sich die deutsche Wirtschaft nach dieser Kennziffer für die Wirtschaftsleistung seit Jahresbeginn 2024 in einer Rezession. Diese Rezession fällt nochmals kräftiger aus, wenn die Bruttowertschöpfung ohne die Bereiche Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit (Wirtschaftsbereiche O, P, Q) betrachtet wird, die insgesamt einen hohen Anteil an Nichtmarktproduktion aufweisen.

Abb. 2.9

Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Maßgeblich für die gesamtwirtschaftliche Schwächephase sind die strukturellen Veränderungen im Verarbeitenden Gewerbe, die seit Jahresbeginn 2024 mit deutlichen Wertschöpfungsverlusten einhergehen. Die Wirtschaftsleistung im Baugewerbe – unter Ausblendung witterungsbedingter Ausschläge – setzte ihren Abwärtstrend ebenfalls fort, nicht zuletzt weil auch Aufträge aus der deutschen Industrie fehlen. Weitere Ausstrahleffekte der industriellen Schwäche zeigten sich vor allem in den industrienahen Dienstleistungsbereichen (z. B. Verkehr und Lagerei). Aber auch in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen gab die Bruttowertschöpfung als Folge der Konsumzurückhaltung in der Tendenz bis zur Jahresmitte 2024 nach. Erst im dritten Quartal kam es sowohl im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe als auch bei den Sonstigen Dienstleistern zu einem Anstieg der Bruttowertschöpfung.

Im vierten Quartal 2024 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit 0,2 % nur wenig schneller zulegen als im dritten Quartal. Darauf deutet auch die Mehrheit der Prognosemodelle des ifo Instituts hin. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die Wertschöpfung

[2] In nominaler Rechnung (zu laufenden Preisen) werden Gütersteuern und Gütersubventionen unmittelbar aus dem Staatshaushalt übernommen. Dort gab es in den vergangenen Jahren große Änderungen, insbesondere bei den Subventionen, die aber seit Jahresbeginn wieder annähernd bei null sind. Da in der vorliegenden Analyse allerdings preis-, saison- und kalenderbereinigte Größen im Mittelpunkt stehen, lässt sich die Diskrepanz zwischen Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt nur durch Veränderungen der preis-, saison- und kalenderbereinigten Gütersubventionen und -steuern erklären. Die ökonomische Interpretation dieser Veränderungen ist allerdings häufig schwer, da sich insbesondere bei den Nettogütersteuern auch die Diskrepanzen sammeln, die sich aus der Summierung der einzelnen preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttowertschöpfungen der Wirtschaftsbereiche ergeben (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2023, Kasten 2.2).

erneut um 0,4 % gesunken sein. Im Oktober ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe abermals um 0,4 % gesunken und liegt damit weiterhin unter dem Wert des Vorquartals. Der erhoffte Produktionsanstieg im Fahrzeugbau ist ausgeblieben, nachdem im September die Bänder eines namhaften bayerischen Fahrzeugherstellers stillstanden. Die Talfahrt bei den Neuaufträgen (ohne Großaufträge) im Verarbeitenden Gewerbe flacht sich weiter ab und deren Niveau lag im Oktober bereits über dem Niveau von Januar 2024. Jedoch ist es hier insbesondere das Auslandsgeschäft, das die Auftragsrückgänge in den vergangenen Monaten stabilisiert hat (vgl. Abb. 2.10). Die schwache inländische Nachfrage nach Industriegütern hält weiter an, wenngleich es im Oktober hier zu einem Anstieg kam. Somit dürften die Auslandsaufträge von der allmählichen Erholung der globalen Industriekonjunktur profitieren, während die inländischen Aufträge unter dem Strukturwandel der deutschen Industrie leiden.

Im Baugewerbe zeichnen sich am Jahresende leichte Stabilisierungstendenzen ab. So bewegen sich die Baugenehmigungen zuletzt seitwärts und auch der Rückgang bei den Auftragseingängen hat sich stabilisiert. Jedoch ist unter Maßgabe der jüngsten Produktionszahlen von einem neuerlichen Rückgang der Wertschöpfung im vierten Quartal (– 0,5 %) auszugehen. Die Erholung der konsumnahen Dienstleister dürfte sich fortsetzen und sogar leicht – mit der weiteren Erholung der privaten Konsumausgaben – beschleunigen. Hierfür spricht unter anderem auch der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex, der im Oktober kräftig gestiegen ist. Da die industrielle Produktion gleichzeitig gesunken ist, dürfte der Anstieg der Fahrleistungen wohl maßgeblich auf den Transport von Gütern für den Handel zurückzuführen sein. Die industrienahen Dienstleister dürften insgesamt nur moderat expandieren und mit der Industriekonjunktur weiterhin zur Schwäche tendieren. Der demografische Wandel und mit ihm die Alterung der Gesellschaft dürften dazu führen, dass vor allem die Wirtschaftsleistung der Gesundheitsdienstleister weiter kräftig expandieren wird.

Im **Basisszenario** dürfte die gesamtwirtschaftliche Leistung zu Jahresbeginn erneut nur moderat um 0,2 % expandieren und der Anstieg dann im weiteren Prognosezeitraum annähernd zum Erliegen kommen (vgl. Tab. 2.7 A). Positive Impulse dürften zwar weiterhin von den konsumnahen Dienstleistern und den Gesundheitsdienstleistern ausgehen. Jedoch wird der strukturelle Wandel der deutschen Wirtschaft mehr und mehr seine Spuren hinterlassen. So ist von weiteren Rückgängen der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe auszugehen, was vor allem Ausdruck von Produktionsverlagerungen ins Ausland ist. Jedoch geraten im Zuge dieser Verlagerungen inländische Produktionsketten stark unter Druck, was für sich genommen auch Zulieferern und Abnehmern industrieller Produkte im Inland stark zusetzen dürfte. Diese Verflechtungen spiegeln sich zudem in der Schwäche der industrienahen Dienstleister im Prognosezeitraum wider. So dürften sich die Wertschöpfungsverläufe der Verkehrs- und Unternehmensdienstleister deutlich verlangsamen. Zum Ende des Prognosezeitraums dürfte sich dann der Einfluss des demografischen Wandels spürbar ausweiten. Zwar werden auf der einen Seite die Gesundheitsdienstleister profitieren und ihre Wertschöpfung beschleunigt ausweiten. Jedoch ist auf der anderen Seite davon auszugehen, dass fehlende Fachkräfte und das sinkende Erwerbspersonenpotenzial insgesamt die Wertschöpfungsentwicklung in den übrigen Wirtschaftsbereichen dämpfen.

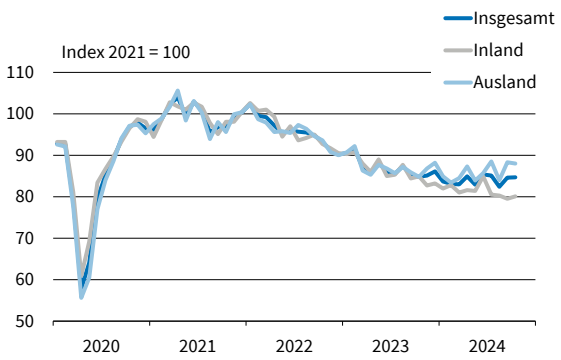
Im **Alternativszenario** schlägt vor allem das Verarbeitende Gewerbe eine andere Entwicklung ein. Mit der Entscheidung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und den entsprechenden Weichenstellungen dürfte die industrielle Wertschöpfung im kommenden Jahr wieder Fahrt aufnehmen und die gesamtwirtschaftliche Erholung unterstützen und sogar entscheidend anschieben (vgl. Tab. 2.7 B). Mit der Erholung der inländischen und ausländischen Nachfrage nach deutschen Industriegütern, zusammen mit dem hohen Auftragsbestand, dürfte das Verarbeitende Gewerbe in den Aufschwung übergehen und am Ende des Prognosezeitraums eine Wirtschaftsleistung erzielen, die in etwa dem Niveau zu Jahresbeginn 2023 entspricht. Dahinter steckt die Annahme, dass neue Produktionstechnologien entstehen, während gleichzeitig alte Technologien verschwinden. Zusammen mit der industriellen Erholung dürfte auch die Wirtschaftsleistung der produktionsnahen Dienstleister anziehen und kräftig zur Erholung beitragen.

Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2024 um 0,1 % sinken. Dabei ist die Rate im Jahr 2024 in beiden Szenarien gleich, da der Nowcast für das laufende Quartal indikatorgestützt abgeleitet wird (vgl. Abb. 2.4). Für das Jahr 2025 ergibt sich im Basisszenario ein Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 0,4 %; im Alternativszenario beträgt der Anstieg 1,1 %. Im Jahr 2026 dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt dann um 0,8 % (Basisszenario) oder 1,6 % (Alternativszenario) zulegen. Jedoch ist das Jahr 2026 durch einen recht kräftigen Kalendereffekt gekennzeichnet: Ka-

Abb. 2.10

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe

Ohne Großaufträge; preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

lenderbereinigt betragen die Raten 0,5 % bzw. 1,3 % (vgl. Tab. 2.8).

Der zentrale Unterschied in beiden Szenarien wird deutlich bei der Betrachtung der Industriequote. Um der Kritik realer Quoten – gemessen als Anteil der verketteten Volumenangaben des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung – zu entgehen, wird für die vorliegenden Prognosen eine additive Quote im Sinne von Nierhaus und Abberger (2024) berechnet. Reale Quoten sind aufgrund der additiven Inkonsistenz verketteter Volumenangaben als problematisch anzusehen, da die Summe von Teilag-

Tab. 2.7

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
A. Basisszenario
Veränderung in %

	2024				2025				2026				2024	2025	2026
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. Vorquartal[a]												Veränderung ggü. Vorjahr[b]		
Bruttoinlandsprodukt	0,2	–0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	–0,1	0,4	0,8
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	–0,1	–0,5	–0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	–0,3	0,2	0,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	–1,3	–1,0	–1,4	–0,5	–0,2	–0,2	–0,3	–0,3	–0,2	–0,1	–0,1	–0,1	–3,1	–2,2	–0,1
Verarbeitendes Gewerbe	–1,0	–0,8	–1,4	–0,4	–0,2	–0,3	–0,4	–0,4	–0,3	–0,2	–0,1	–0,1	–3,1	–2,2	–0,4
Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä.	–3,4	–2,0	–1,0	–1,3	–0,5	0,4	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	–3,6	–2,2	1,3
Baugewerbe	1,8	–3,4	–1,2	–0,5	0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	–3,7	–1,6	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	–0,5	–0,8	0,1	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,0	1,0	1,2
Information und Kommunikation	1,9	–0,4	–0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,6	1,0	1,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,4	–0,8	–0,9	–0,3	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	–0,3	–0,8	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,0	–0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,3	0,7	0,8
Unternehmensdienstleister	–0,7	0,3	–0,3	0,5	0,6	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,5	1,4	1,0
Öffentliche Dienstleister	0,4	0,2	1,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	1,8	1,3	1,1
Sonstige Dienstleister	2,2	–0,3	0,6	0,2	0,3	0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	1,7	1,1	0,5

B. Alternativszenario
Veränderung in %

	2024				2025				2026				2024	2025	2026
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. Vorquartal[a]												Veränderung ggü. Vorjahr[b]		
Bruttoinlandsprodukt	0,2	–0,3	0,1	0,2	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	–0,1	1,1	1,6
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	–0,1	–0,5	–0,2	0,1	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	–0,3	0,9	1,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	–1,3	–1,0	–1,4	–0,5	0,5	0,7	0,8	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3	–3,1	0,0	2,9
Verarbeitendes Gewerbe	–1,0	–0,8	–1,4	–0,4	0,5	0,8	0,9	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3	–3,1	0,2	3,2
Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä.	–3,4	–2,0	–1,0	–1,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	–3,6	–1,5	1,3
Baugewerbe	1,8	–3,4	–1,2	–0,5	0,1	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	–3,7	–1,5	1,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	–0,5	–0,8	0,1	0,5	0,4	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,0	1,4	2,3
Information und Kommunikation	1,9	–0,4	–0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,6	1,4	1,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,4	–0,8	–0,9	–0,3	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	–0,3	–0,8	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,0	–0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	1,3	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	–0,7	0,3	–0,3	0,5	0,7	0,6	0,6	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,5	1,8	1,6
Öffentliche Dienstleister	0,4	0,2	1,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	1,8	1,3	0,5
Sonstige Dienstleister	2,2	–0,3	0,6	0,2	0,3	0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	1,7	1,1	0,5

[a] Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; [b] Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

Tab. 2.8
Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2023	2024	2025		2026	
			Basisszenario	Alternativ-szenario	Basisszenario	Alternativ-szenario
Statistischer Überhang[a]	–0,1	–0,2	0,1	0,1	0,2	0,6
Jahresverlaufsrate[b]	–0,2	0,3	0,6	1,7	0,5	1,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	–0,1	–0,1	0,5	1,2	0,5	1,3
Kalendereffekt[c]	–0,2	0,0	–0,1	–0,1	0,3	0,3
Jahresdurchschnittliche Veränderung	–0,3	–0,1	0,4	1,1	0,8	1,6

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. [b] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. [c] In Prozent des realen BIP.

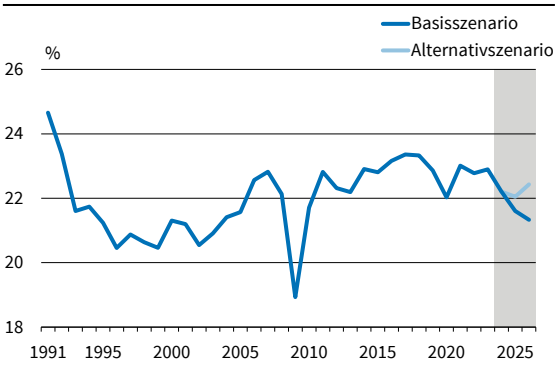
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts

© ifo Institut Dez. 2024

gregaten per Konstruktion nicht das Oberaggregat ergibt. Dieses Problem wird umso bedeutender, je weiter das betrachtete Jahr vom Basisjahr (aktuell: 2020) abweicht.[3] Daher kann ein Vergleich realer Quoten über einen längeren Zeitraum verzerrt sein. Die Lösung von Nierhaus und Abberger (2024) besteht darin, die reale Quote im Referenzjahr mit den Differenzen aus nominalen Quoten und Quoten aus unverketteten Angaben fortzuschreiben. Der zentrale Vorteil dieser Quote ist ihre Vergleichbarkeit über die Zeit, wodurch strukturelle Verschiebungen in einer Volkswirtschaft sichtbar werden. Der Nachteil ist die fehlende Interpretierbarkeit des Niveaus der Quote, da dieses von der Wahl des Referenzjahres abhängt. Im Gegensatz zu Nierhaus und Abberger (2024), die ihre Quoten auf das Jahr 1991 aufsetzen, wird im Folgenden das Niveau von 2010 fixiert und im Anschluss additive Quoten berechnet.[4] Im Basisszenario setzt sich der Rückgang der Industriequote der vergangenen Jahre fort (vgl. Abb. 2.11). Ausgehend von einem Anteil von 22,9 % im Jahr 2023 geht der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung auf 21,3 % im Jahr 2026 zurück, was etwas unter dem Niveau von 2010 liegt. Im Alternativszenario hingegen steigt die Quote auf 22,4 % im Jahr 2026 und liegt damit in etwa auf dem durchschnittlichen Wert der 2010er-Jahre.

[3] Im Referenzjahr und dem darauffolgenden Jahr gilt hingegen die Additivität. Je weiter sich vom Referenzjahr entfernt wird, umso stärker ausgeprägt ist die additive Inkonsistenz.
[4] Die Wahl des Basisjahres hat keinen Einfluss auf die zeitliche Veränderung der additiven Industriequote; sie bestimmt lediglich ihre Höhe.

Abb. 2.11
Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes
Reale Quote nach Nierhaus und Abberger (2024), Basis 2010



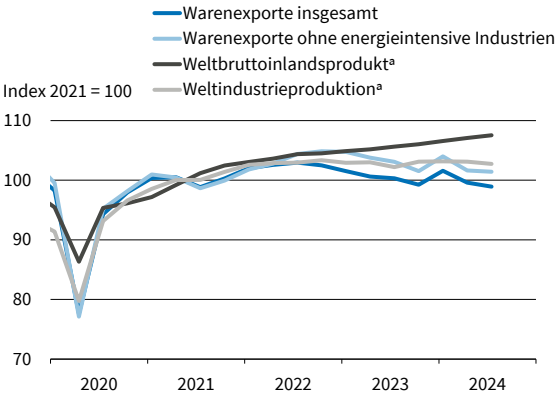
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose.

© ifo Institut

2.8. STRUKTURWANDEL TRIFFT AUSSENHANDEL

Das deutsche Exportgeschäft steckt in der Krise. Vor allem die Ausfuhr von Waren ist im Durchschnitt der ersten drei Quartale des laufenden Jahres nicht höher als im Jahr 2019. Zum einen entwickelt sich seit geraumer Zeit die weltweite Industrieproduktion schwächer als das Weltbruttoinlandsprodukt (vgl. Abb. 2.12). Dies belastet das deutsche Exportgeschäft, das vor allem auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisiert ist. Zum anderen haben deutsche Industrieunternehmen insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau in den vergangenen Jahren an technologischer Wettbewerbsfähigkeit vor allem gegenüber chinesischen Herstellern eingebüßt und damit einhergehend signifikante Marktanteile verloren (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024, Kasten 2.2). Schließlich scheinen auch Teile des Exportgeschäfts der energieintensiven Wirtschaftszweige im Zuge der Energiekrise dauerhaft an andere Standorte verlagert worden zu sein. Ihr Exportrückgang schmälert die gesamten Wa-

Abb. 2.12
Warenexporte und weltwirtschaftliche Aktivität
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Exportgewichtet.
Quelle: UNIDO; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

renausfuhren seit dem Jahr 2022 um durchschnittlich 2,5 %.

Die Belebung der deutschen Ausfuhren zu Beginn des Jahres 2024 setzte sich im weiteren Jahresverlauf nicht fort. Im dritten Quartal sanken die Exporte preis-, saison- und kalenderbereinigt um 1,9 % im Vergleich zum Vorquartal. Insbesondere die Warenausfuhren brachen regelrecht ein (– 2,4 %), wobei Vorleistungs- und Investitionsgüter mit einem Minus von 2,4 % bzw. 1,7 % am stärksten betroffen waren. Dabei war der Rückgang in den energieintensiven Wirtschaftszweigen mit 2,9 % besonders ausgeprägt. Die Dienstleistungsexporte stagnierten im dritten Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt, nachdem sie im Quartal zuvor, in dem u. a. die Fußballeuropameisterschaft 2024 stattfand, kräftig expandierten (vgl. Box »Zu den Auswirkungen der Fußballeuropameisterschaft 2024 auf die Dienstleistungsexporte«).

Im laufenden Quartal werden die Warenexporte zunächst etwas zulegen. Darauf deuten verbesserte Erwartungen für das Auslandsgeschäft der deutschen Industrieunternehmen sowie gestiegene Aufträge aus dem Ausland hin (vgl. Abb. 2.13). Hinter den verbesserten Exporterwartungen dürften sich auch Hoff-

ZU DEN AUSWIRKUNGEN DER FUSSBALLEUROPAMEISTERSCHAFT BZW. FUSSBALLWELTMEISTERSCHAFT 2024 AUF DIE DIENSTLEISTUNGSEXPORTE

Eine Vielzahl von Studien kommt zu dem Ergebnis, dass die ökonomischen Auswirkungen von Sportgroßveranstaltungen gesamtwirtschaftlich eher gering sind und, wenn überhaupt, nur lokal und vorübergehend festzustellen sind (Dorn et al. 2024, sowie der darin enthaltene Literaturüberblick). Da Deutschland als Fußballnation bereits mit Sportstätten, Unterhaltungselektronik sowie privaten Konsummöglichkeiten außerhalb von Austragungsorten und Fanmeilen gut aufgestellt war, wurden in der ifo Konjunkturprognose Sommer 2024 gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Fußballeuropameisterschaft (EM) 2024 vor allem ausgehend vom ausländischen Tourismus und somit insbesondere im Gastgewerbe erwartet (Wollmershäuser et al. 2024a).

Da die Leistungen, die Inländer für ausländische Touristen erbringen, als Dienstleistungsexport erfasst werden, von denen der Tourismus mittlerweile 10 % ausmacht, wurden in der ifo Konjunkturprognose Sommer 2024 insbesondere die erwarteten Auswirkungen der EM auf die Dienstleistungsexporte geschätzt. Dabei wurde auf die Erfahrung der Fußballweltmeisterschaft (WM) zurückgegriffen, die im Juni 2006 in Deutschland stattfand. Zunächst wurde mit Hilfe einer einfachen Regressionsanalyse geschätzt, dass die Ankünfte und Übernachtungen ausländischer Touristen im Monat des Beginns der WM 2006 jeweils um 20 % im Vergleich zu den Monaten, in denen keine WM stattfand, stiegen. Dieser geschätzte Effekt wurde bei der Fortschreibung der ankommenden ausländischen Touristen und ihren Übernachtungen auch für die beiden EM-Monate Juni und Juli 2024 unterstellt.

Für den Juni 2024 ergab sich eine Prognose von 556 000 zusätzlichen Ankünften ausländischer Touristen sowie 1,5 Mio. zusätzlichen Übernachtungen. Tatsächlich wurden im Juni 517 000 zusätzliche ausländische Touristen sowie 1 Mio. zusätzliche Übernachtungen erfasst. Während der durchschnittliche WM-Tourist im Jahr 2006 damit gut drei Tage in Deutschland verbrachte, hielt sich der durchschnittliche EM-Tourist im Jahr 2024 einen Tag weniger in Deutschland auf. Zum einen kann dies auf gut ausgebaute Anbindungsmöglichkeiten im Reiseverkehr innerhalb Europas zurückzuführen sein. Im Gegensatz dazu mussten WM-Touristen im Jahr 2006 häufig größere Reisetrecken aus entfernteren Orten der Welt zurücklegen, was möglicherweise mit einem im Durchschnitt längeren Aufenthalt in Deutschland einherging. Zum anderen kann die Erfahrung der Corona-Pandemie auch Spuren bei dieser Art von sozialem Konsum sowohl unter in- als auch ausländischen Touristen hinterlassen haben, so dass konsumrelevante Interaktionen nun wesentlich weniger kontaktintensiv verlaufen.

Der gesamte Effekt auf die preis-, saison- und kalenderbereinigten vierteljährlichen Dienstleistungsexporte im zweiten Quartal 2024 wurde in einem weiteren Schritt auf etwa 1 Mrd. Euro geschätzt. Dabei wurden mit Hilfe eines vektorautoregressiven Modells mit gemischten Frequenzen zwei Prognosen für die Dienstleistungsexporte erstellt. In der ersten Prognose wurden die erwarteten Ankünfte und Übernachtungen der ausländischen Touristen berücksichtigt, in der zweiten Prognose wurden die Tourismuszahlen ohne EM fortgeschrieben. Schließlich wurde der EM-Effekt aus der Differenz der beiden Prognosen errechnet.

Tatsächlich stiegen die gesamten Einnahmen aus dem Reiseverkehr im zweiten Quartal 2024 schätzungsweise nur um etwa 350 Mio. Euro. Dies legen die Daten der Zahlungsbilanz nahe, die mit dem Deflator der gesamten Dienstleistungsexporte um Preiseffekte bereinigt wurden. Daher dürften die in der ifo Konjunkturprognose Sommer 2024 erwarteten Auswirkungen der EM auf die Dienstleistungsexporte deutlich überschätzt worden sein. Dazu dürfte auch beigetragen haben, dass die Aufenthaltsdauer der Touristen in Deutschland kürzer und die damit einhergehenden Ausgaben geringer waren als während der WM 2006.

nungen auf einen expansiven wirtschaftspolitischen Kurs der USA unter Präsident Trump verbergen, der kurzfristig den Welthandel sowie das Auslandsgeschäft der deutschen Exporteure stimulieren dürfte. Sollte Donald Trump allerdings früher als erwartet die von ihm angedrohten Importzölle in Kraft treten lassen, so wären die wirtschaftlichen Folgen substanziell (vgl. Box »Zu den Risiken einer verschärften Zollpolitik der USA«). Die Dienstleistungsexporte dürften im laufenden Quartal mit + 0,4 % ähnlich wie die Warenexporte im Einklang mit dem Welthandel expandieren. Insgesamt dürften die Ausfuhren preis-, saison- und kalenderbereinigt im vierten Quartal um 0,4 % im Vergleich zum Vorquartal zulegen. Damit ergibt sich für das Jahr 2024 insgesamt ein Rückgang um 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Importe sanken vom zweiten zum dritten Quartal insgesamt geringfügig um 0,2 %, wobei die Nachfrage nach ausländischen Waren deutlich um 1,3 % zulegte und nach ausländischen Dienstleistungen, in erster Linie Reiseverkehr und Tourismus, nach einem starken zweiten Quartal um 2,4 % zurückging. Vor allem Vorleistungsgüter (+ 4,0 %) sowie kurzlebige Konsumgüter (+ 1,6 %) wurden verstärkt eingeführt, während weniger Investitionsgüter (– 1,5 %) und langlebige Konsumgüter (– 1,3 %) importiert wurden. Im laufenden Quartal dürften die Importe im Einklang mit der inländischen Nachfrage erneut um 0,3 % steigen. Allerdings hat sich zuletzt mit dem ifo Importklima das Stimmungsbild der wichtigsten nach Deutschland exportierenden Länder verschlechtert, so dass zumindest konjunkturell nur mit einer kurzfristigen Erholung der Einfuhren zu rechnen ist. Alles in allem dürften die preisbereinigten Einfuhren in diesem Jahr um 0,1 % sinken.

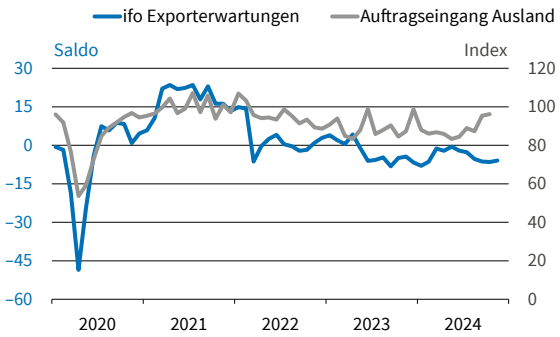
Der weitere Verlauf des Außenhandels hängt entscheidend von den Annahmen im Hinblick auf den Fortgang des Strukturwandels in der deutschen Industrie ab. Im **Basisszenario** kann der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht umgekehrt werden. Daher werden die deutschen Warenausfuhren deutlich schwächer von der Erholung der Weltkonjunktur profitieren als in den 20 Jahren vor Ausbruch der Corona-Pandemie (Wollmershäuser et al. 2024b, Box »Zur Exportlücke«).[5] Insgesamt dürften die Exporte daher im kommenden Jahr nur um 0,2 % und im Jahr 2026 um 2,1 % zunehmen (vgl. Abb. 2.14). Bei den Einfuhren dürften im Basisszenario zwei gegenläufige Effekte wirken. Zum einen dürfte der Anteil der Vorleistungsgüter als Folge von Standortverlagerungen zunehmen. Zum anderen dürfte die schwache inländische Nachfrage die Einfuhren eher dämpfen. Alles in allem dürften die preisbereinigten Einfuhren in den kommenden beiden Jahren um 1,8 % bzw. 2,7 % steigen (vgl. Abb. 2.15).

[5] Die Fortschreibung der Exporte im Prognosezeitraum erfolgt im Basisszenario mit einer Elastizität der Exporte im Hinblick auf die Entwicklung des exportgewichteten Bruttoinlandsprodukts, die auf Schätzungen im Zeitraum von 2020 bis heute beruhen.

Abb. 2.13

Frühindikatoren für den Export

Saisonbereinigter Verlauf



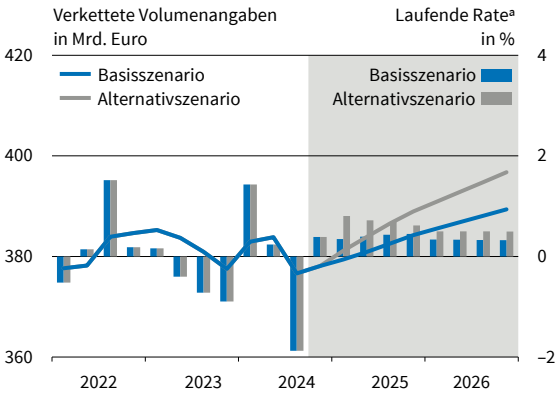
Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Im **Alternativszenario** entwickeln sich die Ausfuhren deutlich dynamischer als im Basisszenario. Unternehmen bleiben dem Standort erhalten und gewinnen im Zuge einer zunehmenden Spezialisierung auf höherwertigere Schritte der Wertschöpfungskette an Wettbewerbsfähigkeit. Daher dürften die deutschen

Abb. 2.14

Exporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

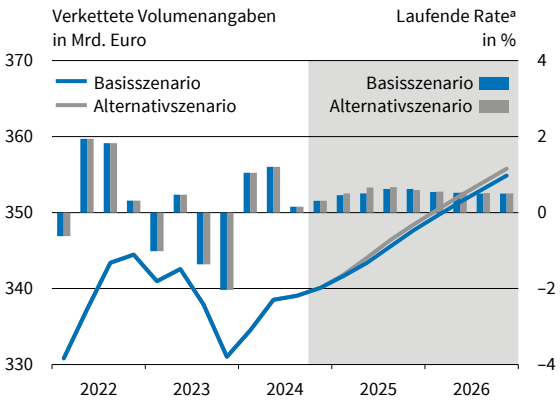


[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.15

Importe

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Ausfuhren wieder stärker im Einklang mit der Weltnachfrage expandieren.[6] Insgesamt dürften die Exporte im kommenden Jahr um 1,1 % und im Jahr 2026 um 2,8 % steigen (vgl. Abb. 2.14). Die Einfuhren entwickeln sich im Alternativszenario ebenfalls dynamischer und verlaufen im Einklang mit der inländischen Nachfrage. Im kommenden Jahr dürfte die preisbereinigte Einfuhr um 2,0 % und im Jahr 2026 um 2,8 % steigen (vgl. Abb. 2.15).

Der Außenbeitrag, d. h. der Beitrag der Nettoexporte zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts, wird in diesem Jahr rein rechnerisch bei – 0,2 Prozentpunkten liegen (vgl. Tab. 2.9). Im kommenden Jahr wird er im Basisszenario dann weiter zurückgehen auf – 0,6 Prozentpunkte, bevor er im Jahr 2026 wieder auf – 0,2 Prozentpunkte steigt. Im Alternativszenario wird er in beiden Prognosejahren mit – 0,3 bzw. + 0,1 Prozentpunkten positiver sein. Die vollständige Saldierung der Exporte mit den Importen ist allerdings ökonomisch wenig aussagekräftig, da dabei angenommen wird, dass alle Importe vollständig auf die Exporte entfallen. Allerdings fließen Importe auch in alle anderen Verwendungskomponenten. Um daher eine realistischere Einschätzung des Einflusses der Exporte auf die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu erhalten, werden die Ausfuhren und alle übrigen Verwendungskomponenten separat importbereinigt und im Anschluss die Wachstumsbeiträge berechnet.[7]

[6] Die Fortschreibung der Exporte im Prognosezeitraum erfolgt im Alternativszenario mit einer Elastizität der Exporte im Hinblick auf die Entwicklung des exportgewichteten Bruttoinlandsprodukts, die auf Schätzungen im Zeitraum von 2000 bis 2019 beruhen.

[7] Hierfür werden zunächst die jährlichen Importanteile der Verwendungskomponenten mit Hilfe der Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamts berechnet. Im Anschluss wir jede Verwendungskomponente jeweils um ihren eigenen Importanteil bereinigt, bevor Zuwachsraten sowie Wachstumsbeiträge abgeleitet werden (vgl. Lehmann und Wollmershäuser 2018).

Tab. 2.9

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
A. Basisszenario
in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge[a]			
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben	–0,2	0,5	0,7	0,7	–0,1	0,5	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	–0,2	0,1	0,4	0,5	–0,1	0,0	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,5	0,3	0,2	0,0	0,4	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	–0,3	–0,6	–0,1	0,3	–0,2	–0,4	–0,2	0,1
Bauten	–0,4	–0,4	–0,1	0,1				
Ausrüstungen	–0,1	–0,4	–0,1	0,1				
Sonstige Anlagen	0,2	0,2	0,1	0,1				
Vorratsveränderungen	0,1	0,2	0,5	–0,1	0,1	0,1	0,3	–0,1
Letzte inländische Verwendung	–0,4	0,1	1,0	0,9	–0,2	0,1	0,6	0,4
Außenbeitrag	0,1	–0,2	–0,6	–0,2				
Exporte	–0,1	–0,2	0,1	0,9	0,0	–0,2	–0,1	0,3
Importe	0,3	0,1	–0,7	–1,0				
Bruttoinlandsprodukt[b]	**–0,3**	**–0,1**	**0,4**	**0,8**	**–0,3**	**–0,1**	**0,4**	**0,8**

B. Alternativszenario
in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge[a]			
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben	–0,2	0,5	0,8	0,9	–0,1	0,5	0,6	0,6
Private Konsumausgaben	–0,2	0,1	0,6	0,7	–0,1	0,0	0,4	0,4
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,5	0,3	0,2	0,0	0,4	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	–0,3	–0,6	0,1	0,7	–0,2	–0,4	0,0	0,5
Bauten	–0,4	–0,4	0,0	0,2				
Ausrüstungen	–0,1	–0,4	0,0	0,3				
Sonstige Anlagen	0,2	0,2	0,1	0,2				
Vorratsveränderungen	0,1	0,2	0,5	–0,2	0,1	0,1	0,3	–0,2
Letzte inländische Verwendung	–0,4	0,1	1,4	1,5	–0,2	0,1	0,9	1,0
Außenbeitrag	0,1	–0,2	–0,3	0,1				
Exporte	–0,1	–0,2	0,5	1,2	0,0	–0,2	0,2	0,6
Importe	0,3	0,1	–0,8	–1,1				
Bruttoinlandsprodukt[b]	–0,3	–0,1	1,1	1,6	–0,3	–0,1	1,1	1,6

[a] Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. [b] Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

Der importbereinigte Wachstumsbeitrag der Exporte legt nahe, dass das Auslandsgeschäft im Basisszenario in diesem und im kommenden Jahr mit – 0,2 bzw. – 0,1 Prozentpunkten negativ und erst im Jahr 2026 mit + 0,3 Prozentpunkten wieder positiv zum Bruttoinlandsprodukt beitragen dürfte. Im Alternativszenario ist der Wachstumsbeitrag der Exporte bereits im kommenden Jahr wieder positiv (+ 0,2 Prozentpunkte) und nimmt im Jahr 2026 noch einmal deutlich zu (+ 0,6 Prozentpunkte).

Die Terms of Trade sind im dritten Quartal um 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal gestiegen. Vor allem die Warenimportpreise sind etwas gesunken, während die Preise importierter Dienstleistungen kräftig um 1,3 % gestiegen sind. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Export- und Importpreise ausgehend von den Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen der vorliegenden Prognose im kommenden Jahr zunächst stärker steigen und im Jahr 2026 wieder sinken. Die Terms of Trade dürften sich demnach leicht verschlechtern. Insgesamt ergibt sich eine Verbesserung der Terms of Trade von 1,3 % in diesem Jahr sowie eine geringfügige Verschlechterung von 0,2 % und 0,3 % in den jeweils zwei kommenden Jahren. Die Entwicklung der Außenhandelspreise ist im Basis- und im Alternativszenario identisch.

Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird im Basisszenario von 268,7 Mrd. Euro im laufenden Jahr auf 234,8 Mrd. Euro im Jahr 2026 sinken. Ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt bedeutet dies einen Rückgang von 6,2 % in diesem Jahr auf 5,2 % im übernächsten Jahr (vgl. Tab. 2.2). Im Alternativszenario sinkt der Leistungsbilanzüberschuss bis zum Jahr 2026 nur geringfügig auf 263,7 Mrd. Euro. Dennoch kommt es aufgrund des Anstiegs des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu einem Rückgang der Quote auf 5,7 %. Damit fällt der Rückgang nur halb so groß aus wie im Basisszenario, was die stärkere Exportwirtschaft im Alternativszenario widerspiegelt.

2.9. UNTERNEHMENSINVESTITIONEN IM ZEICHEN VON STRUKTURWANDEL UND UNSICHERHEIT

Die Unternehmensinvestitionen entwickelten sich im Sommerhalbjahr volatil. Nach einem deutlichen Rückgang um 1,8 % im zweiten Quartal wurde im dritten Quartal ein Anstieg um 0,8 % verzeichnet. Ursächlich für die insgesamt verhaltene Entwicklung war insbesondere der Einbruch der privaten Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal um 4,0 %, der vierte Rückgang in Folge. Zwar konnte im dritten Quartal ein Zuwachs von 1,1 % verzeichnet werden, das Niveau der privaten Ausrüstungsinvestitionen ist damit aber (abgesehen vom Einbruch während der Pandemie im Jahr 2020) so niedrig wie zuletzt im Jahr 2015. Ein Grund für die Schwäche dürfte der Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe sein, im Zuge dessen sich der Investitionsbedarf der Unternehmen angepasst hat (vgl. Box »Zur Diskrepanz zwischen Produktionsindex und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe«). Zudem deuten die seit nunmehr fünf Quartalen rückläufigen Umsätze der Investitionsgüterhersteller darauf hin, dass die anhaltend hohe Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Unternehmen dazu veranlasst, Investitionen zu streichen oder aufzuschieben. Dazu passt, dass auch die Investitionsgüterproduktion seit eineinhalb Jahren keine nennenswerten Zuwächse mehr verzeichnet und im Trend deutlich rückläufig ist.

Die privaten Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für Software und Datenbanken zählen, sind in den vergangenen Jahren trotz des eingetrübten Investitionsklimas kräftig expandiert (vgl. Abb. 2.16). Nachdem sie bereits im vergangenen Jahr um insgesamt 6,2 % gestiegen waren, legten sie auch im laufenden Jahr mit Quartalsraten von 0,9 %, 0,9 % und 0,7 % deutlich zu. Die Tatsache, dass anstelle von Sachinvestitionen in Produktionskapazitäten zunehmend immaterielle Investitionen in technisches Wissen sowie Software und Datenbanken getätigt werden, deutet auf einen Strukturwandel in der deutschen Industrie hin. An die Stelle der inländischen Produktion von Vorleistungs- und Investitionsgütern könnte zukünftig verstärkt deren Entwicklung und Digitalisierung treten. Dazu passt, dass das Investitionsmotiv Kapazitätserweiterung in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung verloren hat (Wollmershäuser et al. 2024b).

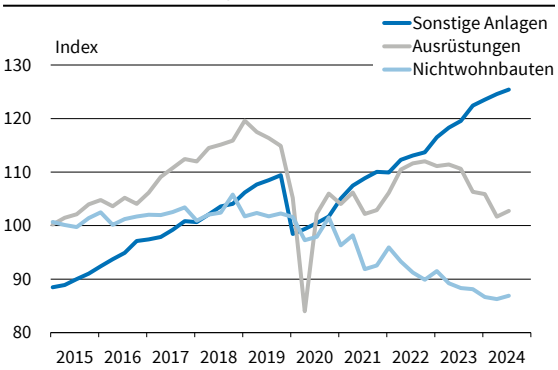
Die gegenläufige Entwicklung der Unternehmensinvestitionen im Hoch- und Tiefbau hat sich im Sommerhalbjahr fortgesetzt. Während die Auftragsbestände im Tiefbau aufgrund von Großprojekten zum Ausbau von Kabeltrassen tendenziell steigen, sind sie im Hochbau rückläufig. Die schwache Entwicklung der deutschen Wirtschaft und das eingetrübte Investitionsklima bieten keine Anreize für den Aus- und Neubau von Produktionsstätten. Dementsprechend war die Produktion im Hochbau im dritten Quartal erneut deutlich rückläufig, aber auch die Produktion im Tiefbau ging zuletzt mit – 0,4 % leicht zurück.

Die Indikatoren für die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen im laufenden Quartal sind über-

Abb. 2.16

Reale Unternehmensinvestitionen nach Anlagegütern

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

wiegend negativ. Zwar zogen die Neuzulassungen von Nutzfahrzeugen zu Beginn des laufenden Quartals kräftig an. So wurden im Oktober 7,8 % mehr Neuzulassungen registriert als im Durchschnitt des Vorquartals. Und auch die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller verzeichneten im dritten Quartal insgesamt ein Plus (4,1 %). Im Detail zeigt sich jedoch, dass dies ausschließlich auf Großaufträge zurückzuführen ist. Ohne Großaufträge gingen die Auftragseingänge zuletzt um 3,9 % zurück. Auch die Produktion von Investitionsgütern war im September stark rückläufig (– 5,7 %). Da die Unternehmen laut ifo Konjunkturumfragen sowohl im Oktober (– 14,7 Saldenpunkte) als auch im November (– 9,1 Saldenpunkte) ihre Produktion gegenüber dem Vormonat negativ beurteilten, ist auch im laufenden Quartal nicht mit einer Ausweitung der Investitionsgüterproduktion zu rechnen. Dafür spricht auch, dass die kurzfristigen Produktionserwartungen, die seit über einem Jahr rückläufig sind, im November erneut negativ ausfielen (– 2,1 Saldenpunkte). Zudem trübten sich die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten im Oktober ein (– 19,7 Saldenpunkte) und gaben im November nochmals nach (– 24,0 Saldenpunkte). Auch die wirtschaftspolitische Unsicherheit, nach dem von Baker et al. (2016) entwickelten Maß, die sich in Deutschland bereits im Oktober auf einem historisch hohen Niveau befand, hat im November erneut zugenommen. Auch die ifo Geschäftsunsicherheit bewegt sich seit Monaten auf hohem Niveau seitwärts. Den Unternehmen fällt es damit weiterhin schwer, ihre Geschäftsentwicklung für die kommenden Monate vorherzusagen. Im vierten Quartal dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen daher um 2 % zurückgehen.

Auch für die gewerblichen Bauinvestitionen deuten die Konjunkturindikatoren auf einen Rückgang zum Jahresende hin. So bewerteten die Tiefbauunternehmen ihre Geschäftslage nach einem Rückgang im Oktober im November mit – 0,9 Saldenpunkten erstmals in diesem Jahr negativ. Zudem bewerten die Unternehmen im Wirtschaftshochbau ihre Produktionstätigkeit seit August immer schlechter, im November sank der Saldo erneut und liegt nun bei – 27,8 Saldenpunkten. Für das laufende Quartal wird daher mit einem Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen um 0,5 % gerechnet.

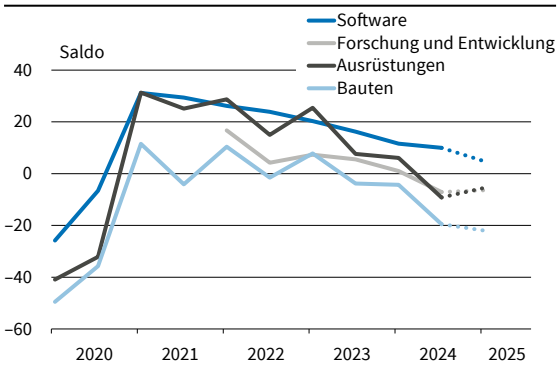
Die überwiegend negativen Signale über die Entwicklung der Unternehmensinvestitionen im vierten Quartal spiegeln sich auch über alle Anlagegüter hinweg in den aktuellen ifo Investitionserwartungen für das laufende Jahr wider. Für die Investitionen insgesamt fielen sie von – 0,1 Saldenpunkten im Frühjahr auf –9,0 Saldenpunkte im November. Besonders stark fiel die Korrektur im investitionsintensiven und für die Investitionsgüterproduktion zentralen Verarbeitenden Gewerbe aus. Während die Unternehmen im Frühjahr noch von einer moderaten Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen ausgingen (6,1 Saldenpunkte), deutet der aktuelle Saldo von – 9,2 Punkten auf einen Rückgang hin. Auch die Investitionsplanungen für Forschung und Entwicklung, die zusätzlich seit dem Jahr 2021 abgefragt werden, sind für das forschungsintensive Verarbeitende Gewerbe im November erstmals in den negativen Bereich gerutscht (– 7,1 Saldenpunkte nach 1,0 Saldenpunkten im März). Bei den Investitionen in Software und Datenbanken wurden die Investitionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe hingegen nur leicht nach unten korrigiert (von 11,6 Saldenpunkten im März auf 10,0 Saldenpunkte im November). Auffallend stark sind jedoch die Investitionserwartungen in Bauten zurückgegangen, von – 4,3 Saldenpunkten im März auf – 19,5 Saldenpunkte im November (vgl. Abb. 2.17). Insgesamt dürften die Unternehmensinvestitionen im vierten Quartal um 0,9 % zurückgehen, so dass sich im Durchschnitt des Jahres 2024 ein Rückgang um 3,1 % ergibt.

Im kommenden Jahr werden die Unternehmensinvestitionen wohl zunächst abwärtsgerichtet bleiben. Insbesondere die Investitionen in Ausrüstungen dürften vorerst nicht ausgeweitet werden. Hierfür spricht unter anderem, dass die Investitionsgüterhersteller ihre Auftragslage bis zuletzt immer schlechter einschätzten. So ist die Auftragsreichweite laut ifo Konjunkturumfragen seit nunmehr zwei Jahren rückläufig und liegt im laufenden Quartal bei 4,9 Monaten. Zudem sind derzeit 43,2 % der vom ifo Institut befragten Hersteller von Investitionsgütern von Auftragsmangel betroffen. Die Geschäftserwartungen haben sich dementsprechend weiter verschlechtert und liegen nach – 12,7 Saldenpunkten im Oktober bei – 17,5 Saldenpunkten im November. Auch sind die Erwartungen der Unternehmen insgesamt im Hinblick auf ihre Ausgaben für Investitionen in Ausrüstungen für das Jahr 2025 negativ (– 8,4 Saldenpunkte). Mit einem Saldo von – 5,5 Punkten sind die entsprechenden Investitionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe ebenfalls negativ, wenngleich die Stimmung hier aufwärtsgerichtet ist (vgl. Abb. 2.17). So ist der Anteil an Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, der für das kommenden Jahr weniger Investitionen in Ausrüstungen plant, kleiner als dies für die Investitionen im laufenden Jahr der Fall ist. Das negative

Abb. 2.17

Investitionserwartungen im laufenden Jahr

Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Vorzeichen verdeutlicht jedoch, dass auch im Verarbeitenden Gewerbe nicht mit einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr zu rechnen ist.

Im Einklang mit der schwachen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen dürfte sich auch der Zuwachs der Investitionen in sonstige Anlagen zunächst nicht beschleunigen. Darauf deuten auch die Investitionserwartungen der Unternehmen hin, die für das kommende Jahr zunächst keine Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben vorsehen. Mit einem Saldo von –6,4 zeigen sich die Unternehmen für das Jahr 2025 allerdings etwas weniger pessimistisch als für das laufende Jahr. Eine Ausnahme hiervon bilden die Investitionen in Software, die im Verarbeitenden Gewerbe im kommenden Jahr ausgeweitet werden dürften (4,8 Saldenpunkte).

Schließlich dürften sich auch die Bauinvestitionen der Unternehmen zunächst rückläufig entwickeln. Die Geschäftserwartungen sind im November sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich negativ (– 25,8 bzw. – 40,9 Saldenpunkte). Auch die Bauinvestitionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe deuten mit einem Saldo von –22,0 Punkten für das kommende Jahr auf weitere Rückgänge des gewerblichen Baus hin.

Im **Basisszenario** dürften die anhaltend hohe Unsicherheit und die eingetrübten Standortperspektiven die Investitionstätigkeit im weiteren Prognoseverlauf dämpfen. Daher ist nicht mit einer Korrektur der Investitionspläne der Unternehmen für das kommende Jahr zu rechnen. Vor dem Hintergrund der schwachen Binnennachfrage dürften somit die Ausgaben für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen kontinuierlich zurückgehen und sich das Wachstum der Investitionen in sonstige Anlagen verlangsamen. Insgesamt werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2025 wohl erneut deutlich um 1,5 % zurückgehen und im Jahr 2026 mit 0,1 % weitgehend stagnieren (vgl. Abb. 2.18).

Im **Alternativszenario** wird dagegen perspektivisch mit einem langsamen Rückgang der wirtschaftspolitischen Unsicherheit im kommenden Jahr gerechnet. Somit dürfte sich das Investitionsklima im kommenden Jahr aufhellen. Zudem wird ein deutlicher Impuls von den sonstigen Anlageinvestitionen auf die Ausrüstungsinvestitionen erwartet. So wird unterstellt, dass Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Verarbeitenden Gewerbe zur Modernisierung von Produktionsprozessen führen oder neue Wertschöpfungsprozesse initiieren, die einen Investitionsbedarf nach sich ziehen. Neben der sich erholenden Inlandsnachfrage dürften auch staatliche Maßnahmen wie die Förderung klimaneutraler Investitionen oder Infrastrukturinvestitionen den Standort Deutschland wieder attraktiver machen. In diesem Szenario wird für das kommende Jahr ein Rückgang der Unternehmensinvestitionen um 0,4 % prognostiziert, im Jahr 2026 dürften sie mit 3,1 % deutlich zulegen.

2.10. TALSOHLE BEI DEN WOHNBAUINVESTITIONEN IN SICHT

Im Sommerhalbjahr setzte sich der Rückgang der Wohnbauinvestitionen mit kräftigen – 2,8 % im zweiten und – 0,6 % im dritten Quartal fort. Die Bauproduktion im Hochbau liegt nach einem weiteren Rückgang im September (– 2,0 %) nun um fast 20 % unter dem Niveau des Jahres 2020. Hauptursache für die schlechte Lage ist eine mangelnde Nachfrage nach Wohnbauten. So liegt der Anteil der Wohnbauunternehmen, die laut ifo Konjunkturumfragen über Auftragsmangel klagen, seit Jahresbeginn weitgehend unverändert bei etwa 50 %. Dementsprechend sank auch die Auftragsreichweite der Unternehmen im November auf 3,1 Monate und damit den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2017. Dazu hat auch die bis zuletzt hohe Anzahl an Auftragsstornierungen beigetragen.

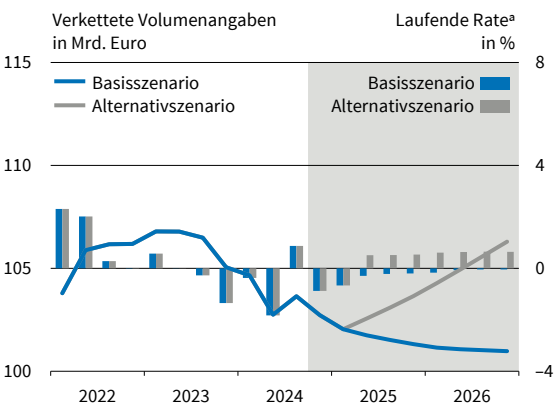
Allerdings hat der Rückgang der Auftragseingänge im Wohnbau im Sommer offenbar ein Ende erreicht. Im zweiten und dritten Quartal wurden Zuwächse von 2,6 % bzw. 0,6 % verzeichnet. Die Geschäftserwartungen der Wohnbauunternehmen haben sich seit ihrem historischen Tiefstand zu Jahresbeginn (– 76,8 Saldenpunkte im Februar) zwar erholt, befinden sich aber mit – 43,9 Punkten noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Rückgang des Effektivzinssatzes für Wohnbaukredite seit Anfang August setzte sich bis zuletzt fort. Auch die neu abgeschlossenen Hypothekenverträge verzeichnen seit Jahresbeginn gegenüber dem Vorjahr deutliche Zuwächse, parallel dazu ist eine zaghafte Belebung des nominalen Neugeschäftsvolumens bei Wohnbaukrediten zu beobachten.

Dennoch ist im laufenden Quartal noch nicht mit einem Anstieg der Wohnbauinvestitionen zu rechnen. Zum einen dürfte sich die zuletzt schlechte Witterung negativ auf die Produktion auswirken. Zum anderen ist laut ifo Konjunkturumfragen die Produktionstätigkeit im November im Vergleich zu den vergangenen drei Monaten deutlich zurückgegangen und auch die Produktionserwartungen für die kommenden Monate

Abb. 2.18

Unternehmensinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

sind im November stark negativ (– 30,5 Saldenpunkte). Zudem verharrt die Geschäftslage der Unternehmen auf niedrigem Niveau (– 43,5 Saldenpunkte).

Insbesondere dürften die weiterhin hohen Baupreise einer raschen Ausweitung der realen Wohnbauinvestitionen zunächst noch entgegenstehen. Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden, der im Zeitraum von 2020 bis Anfang 2024 um fast 25 % zunahm, setzte seinen Anstieg im ersten Halbjahr 2024 fort, wenngleich sich die Raten mit 1,2 bzw. 1,3 % im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamten. Während der starke Preisdruck in den vergangenen Jahren vor allem durch die explosive Materialpreisdynamik dominiert wurde, leisteten die Materialkosten seit dem Schlussquartal des Jahres 2023 im Vorjahresvergleich einen negativen Beitrag zu den Gesamtkosten. Dagegen legten nun in den ersten Quartalen des Jahres die Arbeitskosten mit 6,6 % bzw. 5,4 % deutlich zu (vgl. Abb. 2.19). Die zunächst anhaltende Nachfrageschwäche und die damit verbundene geringe Kapazitätsauslastung sowie die in weiten Teilen noch immer rückläufigen Materialpreise deuten für den weiteren Prognoseverlauf zunächst auf eine zunehmende Beruhigung der Preisdynamik hin. So waren die ifo Preiserwartungen für das Bauhauptgewerbe im November negativ. Insgesamt werden die Preise jedoch auf hohem Niveau verharren und erst gegen Ende des Prognosezeitraums wieder deutlicher anziehen. Ursächlich hierfür sind die aufgrund des Fachkräftemangels wohl weiter steigenden Arbeitskosten, die im Wohnungsbau rund 50 % der gesamten Herstellungskosten ausmachen. Ebenso ist aufgrund des hohen Wohnungsbedarfs bei anziehender Nachfrage wieder mit höheren Gewinnmargen der Unternehmen zu rechnen. Gemessen am Deflator der Wohnbauinvestitionen wird für das laufende Jahr ein Preisanstieg von 2,8 % erwartet, in den kommenden beiden Jahren dürften die Preise um 1,0 % bzw. 1,3 % expandieren.

Im weiteren Prognoseverlauf dürften sich die Finanzierungsbedingungen weiter entspannen. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum, insbesondere in den Ballungsräumen, dürfte in Verbindung mit der Stabilisierung der Baupreise sowie der freien Kapazitäten der Wohnungsbauunternehmen zu einer allmählichen Erholung der Wohnungsbauinvestitionen ab dem Jahr 2025 führen. Dabei wird angenommen, dass sich die Baukonjunktur im Basis- und im Alternativszenario identisch entwickeln wird. Insgesamt wird für das Jahr 2024 ein Rückgang der Wohnbauinvestitionen um 5 % erwartet. Aufgrund des hohen statistischen Überhangs dürften sie im kommenden Jahr nochmals um 1,1 % zurückgehen, bevor im Jahr 2026 mit 2,2 % erstmals seit dem Jahr 2020 wieder mit einem Anstieg der Wohnbauinvestitionen zu rechnen ist (vgl. Abb. 2.20).

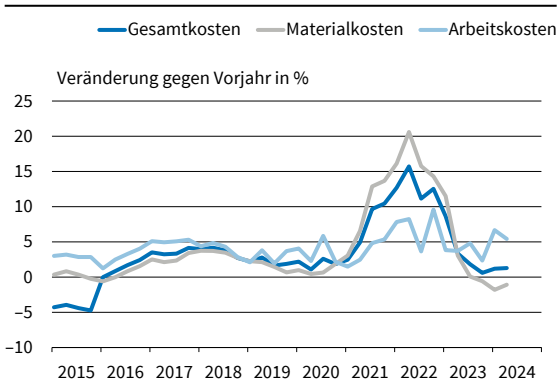
2.11. RÜSTUNGSINVESTITIONEN STÜTZEN BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN DEUTLICH

Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich im Sommerhalbjahr nur schwach. Nach einem moderaten Anstieg im zweiten Quartal (1,7 %) gingen sie im dritten Quartal deutlich zurück (– 11,0 %). Die Ausweitung der militärischen Beschaffung dürfte damit zuletzt an Schwung verloren haben. In den kommenden Quartalen dürfte sie sich aber wieder beschleunigen, da allein im Jahr 2024 ein Budget von insgesamt rund 72 Mrd. Euro aus dem Verteidigungshaushalt und dem Sondervermögen der Bundeswehr zur Verfügung stand, das wohl nicht vollständig ausgeschöpft wurde. Die Investitionen in Rüstungsgüter dürften sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Laut eines Berichts des Bundesministeriums der Verteidigung ist für das Jahr 2025 der Abruf von mehr als 20 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen geplant (Bundesministerium der Verteidigung 2024). Zudem dürften Verteidigungsausgaben durch den bevorstehenden Regierungswechsel in den USA weiter an Bedeutung gewinnen. Dies dürfte sowohl im Basis- als auch im Alternativszenario der Fall sein.

Auch die öffentlichen Bauinvestitionen gingen in den vergangenen beiden Quartalen zurück (– 2,6 % bzw. – 0,9 %). Insbesondere im öffentlichen Tiefbau, zu dem auch die Investitionen in das Schienennetz zählen, entwickelten sich die Auftragseingänge zuletzt

Abb. 2.19

Kosten im Wohnbau

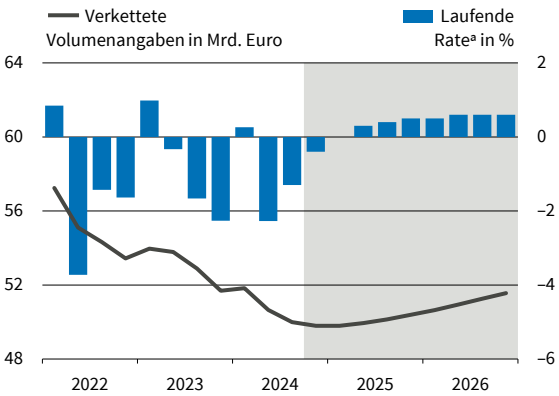


Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

Abb. 2.20

Wohnbauinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

schwach; sie sind aber am aktuellen Rand weiterhin aufwärtsgerichtet. Nach dem Bruch der Ampel-Koalition ist allerdings die Verwirklichung der für die kommenden Jahre geplanten Investitionen der Bahn, die noch im Oktober mit Bundesmitteln in Höhe von knapp 53 Mrd. Euro gerechnet hatte, ungewiss. Im Basisszenario wird nicht davon ausgegangen, dass die Sanierung des Schienennetzes im kommenden Jahr wie geplant fortgesetzt werden kann. Eine verzögerte Haushaltsverabschiedung dürfte vielmehr zu einer Verschiebung dieses und anderer Großprojekte führen. Im Alternativszenario wird dagegen von einem raschen Kompromiss in Haushaltsfragen ausgegangen. Zudem dürften die staatlichen Investitionen in Infrastrukturprojekte über die Schiene hinaus ausgeweitet werden.

Insgesamt dürften die gesamten Bruttoanlageinvestitionen, die die Unternehmensinvestitionen, die Wohnbauinvestitionen und die öffentlichen Investitionen zusammenfassen, im laufenden Jahr um 2,9 % zurückgehen. Im Basisszenario wird für das kommende Jahr ein Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen um 0,7 % erwartet. Im Jahr 2026 dürften sie dann um 1,5 % steigen. Im Alternativszenario werden die Bruttoanlageinvestitionen dagegen im kommenden Jahr wohl leicht um 0,3 % und im Jahr 2026 deutlich um 3,5 % zunehmen. Dabei ist zu beachten, dass die Wachstumsraten in beiden Szenarien ohne die Verteidigungsinvestitionen der öffentlichen Hand jeweils deutlich niedriger ausfallen würden (vgl. Tab. 2.10).

2.12. KONSUMKONJUNKTUR STABILISIERT SICH

Der private Konsum legte im dritten Quartal mit einer Rate von 0,3 % spürbar zu. Haupttreiber waren die Ausgaben für Gesundheit (+ 1,9 %), für Versicherungs- und Finanzdienstleistungen, andere Waren und Dienstleistungen (+ 1,0 %), sowie für Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen (+ 0,9 %), Bekleidung (+ 0,9 %) und Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+ 0,5 %). Dämpfend wirkten hingegen die erneut rückläufigen Ausgaben für Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen (– 1,2 %), die sich auch in der dortigen Umsatzentwicklung niederschlugen. Zwar konnte im Beherbergungsgewerbe preisbereinigt ein Umsatzplus von 1,5 % erzielt werden, allerdings verbuchte die Gastronomie einen Rückgang von 2,1 %, so dass im Gastgewerbe insgesamt der Umsatz im dritten Quartal um 1,1 % zurückging. Dazu dürfte auch die kräftige Teuerung im Gastgewerbe beigetragen haben. Besonders deutlich stiegen die Preise in der Gastronomie mit 6,7 % im Vergleich zum Vorjahr, aber auch die Preise für Beherbergungsdienstleistungen lagen zuletzt knapp 4 % höher als ein Jahr zuvor.

Insgesamt allerdings ließ die Inflation weiter nach und lag im dritten Quartal bei nur noch 1,9 %. Damit setzten die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ihren Anstieg fort und die Kaufkraft kehrte zunehmend zurück. Auch das GfK-Konsumklima der Verbraucher und das ifo Geschäftsklima der konsumnahen Dienstleister und des Einzelhandels setzten ihren Erholungskurs langsam fort, wenngleich die mit beiden Indikatoren gemessene Stimmung immer noch deutlich schlechter ist als im langjährigen Durchschnitt. Die gestiegene Kaufkraft schlug sich auch im Einzelhandel nieder, der im abgelaufenen Quartal ein Umsatzplus von 1,2 % verzeichnete. Davon profitierte insbesondere der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sowie der Einzelhandel mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf – beides Einzelhandelssparten, die noch bis zur Jahresmitte eine rückläufige Umsatzentwicklung verzeichneten. Ein Großteil des Umsatzzuwachses war auf den starken Onlinehandel zurückzuführen, der im Vergleich zum zweiten Quartal sogar um 6,4 % zulegen konnte. Ohne Berücksichtigung des Online- und Nahrungsmitteleinzelhandels belief sich das Umsatzplus im Einzelhandel für das vergangene Quartal auf 0,6 %.

Tab. 2.10

Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in %[a]	2023	2024	2025		2026	
				Basis-szenrio	Alternativ-szenario	Basis-szenrio	Alternativ-szenario
Unternehmensinvestitionen	**58,2**	**0,3**	**–3,1**	**–1,6**	**–0,4**	**0,1**	**3,1**
Ausrüstungen	29,9	–0,9	–6,5	–4,3	–2,5	–0,6	3,4
Nichtwohnbauten	11,1	–4,1	–3,3	–1,2	–0,9	–0,4	0,9
Sonstige Anlagen	17,3	6,2	4,8	2,7	3,6	1,7	4,2
Öffentliche Investitionen	**12,9**	**2,7**	**0,1**	**6,3**	**10,4**	**4,5**	**5,6**
Ausrüstungen	2,9	–0,4	0,7	20,3	20,3	20,9	20,9
Nichtwohnbauten	7,2	–4,8	1,8	–1,1	2,6	0,1	4,5
Sonstige Anlagen	2,9	–2,7	0,5	1,4	1,7	1,0	3,0
Wohnbauinvestitionen	**29,0**	**–4,1**	**–5,0**	**–1,1**	**–1,1**	**2,2**	**2,2**
Bruttoanlageinvestitionen	**100**	**–1,2**	**–2,9**	**–0,7**	**0,3**	**1,5**	**3,5**

[a] Bezogen auf das Jahr 2023.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

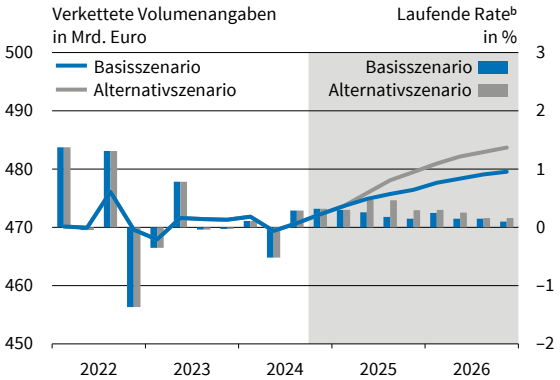
Mit der Fußballeuropameisterschaft war vielfach die Hoffnung auf einen konjunkturellen Impuls verbunden. Dieser dürfte sich jedoch weitgehend auf die Dienstleistungsexporte beschränkt haben (vgl. Box »Zu den Auswirkungen der Fußballeuropameisterschaft 2024 auf die Dienstleistungsexporte«). Daher war in der ifo Konjunkturprognose Sommer 2024 – auch vor dem Hintergrund der einschlägigen Literatur (Dorn et al. 2024 und den dortigen Literaturüberblick) – richtigerweise davon ausgegangenen worden, dass bei den privaten Konsumausgaben insgesamt wohl keine Auswirkungen zu erwarten sein dürften. Zwar ist nicht auszuschließen, dass die Fußballeuropameisterschaft in einigen Konsumsparten einer noch schwächeren Dynamik der Umsätze und Konsumausgaben entgegengewirkt hat. Allerdings dürften insbesondere die bisherigen Bremskräfte des Konsums im Zusammenhang mit der Fußballeuropameisterschaft weitgehend unberührt geblieben sein.

So verpuffte ein Großteil des Kaufkraftplus durch eine zunehmende Sparneigung. Im dritten Quartal 2024 stieg die Sparquote um 0,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorquartal auf 11,8 % des verfügbaren Einkommens. Dies war der sechste Anstieg in Folge. Eine ähnlich hohe Sparneigung wurde in der jüngeren Vergangenheit zuletzt während der Corona-Pandemie und nach der Wiedervereinigung in den Jahren 1991 bis 1996 gemessen.

Im **Basisszenario** wird für den weiteren Prognoseverlauf unterstellt, dass die Sparquote aufgrund anhaltender wirtschaftspolitischer Unsicherheiten, höherer Arbeitslosigkeit und einer schwächeren Gesamtwirtschaft nur allmählich wieder zurückgehen wird. Bis zum Ende des laufenden Jahres dürfte die Sparquote auf 11,5 % und in den beiden Folgejahren auf jahresdurchschnittlich 11,2 % beziehungsweise 10,9 % sinken. Gleichzeitig profitieren die privaten Haushalte auch im weiteren Prognosezeitraum von Zuwächsen der verfügbaren Einkommen. Bei einem erwarteten Anstieg von 3,6 % im Vergleich zum Vorjahr dürfte sich der reale Einkommenszuwachs am Jahresende auf 1,5 % belaufen. Damit dürften die real verfügbaren Einkommen im Jahr 2024 insgesamt um 1,4 % zugelegt haben. In den kommenden beiden Jahren verlangsamen sich die Realeinkommenszuwächse dann auf 0,5 % und 0,6 %, was in Verbindung mit einer nur langsam sinkenden Sparquote zu einer relativ moderaten Konsumkonjunktur beitragen dürfte. Die Einkommenszuwächse werden unter anderem von den Zuwächsen der Bruttolöhne und -gehälter (2024: + 5,2 %; 2025: + 2,4 %; 2026: + 2,9 %) sowie den Zuwächsen der monetären Sozialleistungen (2024: + 6,1 %; 2025: + 4,6 %; 2026: + 3,9 %) getragen. Alles in allem dürfte der private Konsum im Jahresschlussquartal noch einmal um 0,3 % zulegen und diese Dynamik auch in den Folgequartalen halten, bevor sich die Konsumkonjunktur ab Mitte 2025 etwas abschwächen dürfte (vgl. Abb. 2.21). Im Jahr 2024 dürften die privaten Konsumausgaben daher insgesamt in etwa stagnieren (+ 0,1 %). In den Folgejahren dürften sie mit 0,7 % (2025) und 0,9 % (2026) dann etwas stärker expandieren.

Abb. 2.21

Konsumausgaben der privaten Haushalte[a]
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Im **Alternativszenario** zeichnet sich eine dynamischere Konsumkonjunktur ab. Zum einen wird unterstellt, dass bei geringerer wirtschaftspolitischer Unsicherheit und einem höheren Beschäftigungsstand die Sparquote der privaten Haushalte zügiger zurückgeht als im Basisszenario und im Jahr 2026 bei 10,6 % liegen wird. Andererseits dürfte ein größeres Plus bei den verfügbaren Einkommen einen stärkeren Anstieg der Kaufkraft begünstigen. Im Vergleich zum Basisszenario stehen den privaten Haushalten bei gleicher Teuerung in den kommenden beiden Jahren ein um 0,2 bzw. 0,4 Prozentpunkte höherer Einkommenszuwachs zur Verfügung, was insbesondere auf einen stärkeren Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter zurückzuführen ist (2025: + 2,9 %; 2026: + 3,6 %). Zudem dürften eine höhere Beschäftigungsquote älterer Jahrgänge, aber auch ein stärkerer Anstieg der Arbeitszeit je Beschäftigtem (etwa durch flexiblere Arbeitszeitmodelle) die Konsumausgaben stützen und damit einen dynamischeren Konsum begünstigen. Insgesamt dürften die privaten Konsumausgaben im Alternativszenario in den Jahren 2025 und 2026 mit Raten von 1,2 und 1,3 % zulegen.

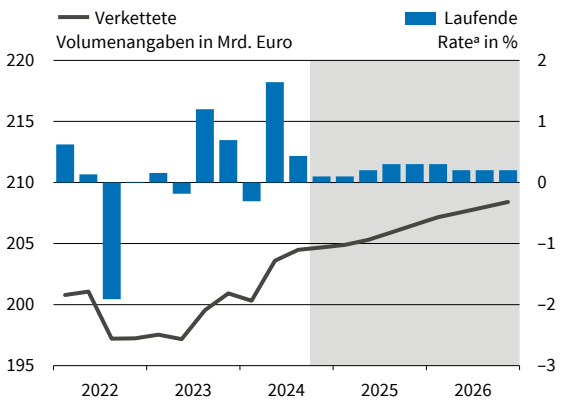
2.13. STAATSKONSUM IM AUFWÄRTSTREND

Nachdem der reale Staatskonsum in den vergangenen beiden Jahren trotz nachlassender coronabedingter Mehrausgaben stagnierte, wird er im Jahr 2024 wieder kräftig wachsen. Dies ist zum einen auf den relativ hohen statistischen Überhang aus dem Vorjahr zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die dynamische Entwicklung der staatlichen Vorleistungen und sozialen Sachleistungen, vor allem in der ersten Jahreshälfte. Bei den Vorleistungen werden unter anderem konsumtive Ausgaben im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr verortet. Bei den sozialen Sachleistungen schlägt sich der im ersten Halbjahr hohe

Abb. 2.22

Konsumausgaben des Staates

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Krankenstand in den gesundheitsbezogenen Ausgaben wieder. Zusätzlich sorgen Leistungsausweitungen im Bereich der Pflege und der kommunalen Sachleistungen zu Mehrausgaben. In den Jahren 2025 und 2026 dürfte der reale Staatskonsum insgesamt wieder weniger stark steigen als im laufenden Jahr (vgl. Abb. 2.22). Neu verabschiedete Maßnahmen dürften dann zu geringeren Mehrausgaben führen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich die zurzeit hohen gesundheitsbezogenen Ausgaben wieder normalisieren. Langfristig dürfte der demografische Wandel dazu führen, dass in den Bereichen Gesundheit und Pflege auch ohne zusätzliche Leistungen die Ausgaben mit steigender Rate wachsen werden. Dieser langfristige Trend ist sowohl im Basis- als auch im Alternativszenario unterstellt, da angenommen wird, dass sich die staatlichen Initiativen im Alternativszenario vor allem auf investive Ausgaben konzentrieren werden.

2.14. STAGNATION SCHLÄGT AUF ARBEITSMARKT DURCH

Die andauernde gesamtwirtschaftliche Stagnation schlägt immer stärker auf den deutschen Arbeitsmarkt durch. Im dritten Quartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 45 000 ab, anstatt – wie noch in der Herbstprognose im Herbst unterstellt – leicht zu expandieren. Da die Zuwächse im ersten und zweiten Quartal ebenfalls deutlich nach unten revidiert wurden, lag die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal mit 46,1 Mio. um etwa 100 000 Personen unter dem noch vor drei Monaten prognostizierten Niveau. Diese Entwicklung folgte vor allem aus einer sich weiter abschwächenden Dynamik in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im dritten Quartal saisonbereinigt lediglich um 11 000 Personen zunahm, nach ebenfalls recht schwachen Zuwächsen um 31 000 bzw. 40 000 in den beiden Vorquartalen. In jedem der zurückliegenden fünf Quartale war der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung damit geringer als in sämtlichen Quartalen seit 2010 mit Ausnahme des Ausbruchs der Corona-Pandemie. Darüber hinaus ging die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten zuletzt wieder etwas stärker zurück. Im Gegensatz hierzu kam der rückläufige Trend in der Zahl der Selbständigen in den jüngsten Quartalen zusehends zum Erliegen. Ferner stieg die Zahl der Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in sozialversicherungspflichtiger oder ausschließlich geringfügiger Beschäftigung weiter an und lag im September mit 283 000 um 80 000 höher als ein Jahr zuvor und um 218 000 über dem Niveau zum Zeitpunkt der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022.

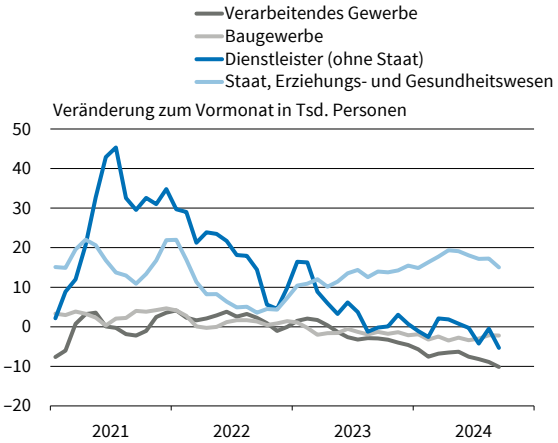
Die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unterschied sich sehr stark zwischen den Branchen (vgl. Abb. 2.23). Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen) ist dabei weiter deutlich gestiegen, wobei sich die Zuwächse seit über zwei Jahren tendenziell vergrößern. Im Gegensatz hierzu bewegt sich die Beschäftigung in den übrigen Dienstleistungsbranchen seit Mitte des Jahres 2023 insgesamt seitwärts, wobei insbesondere im Handel und der Zeitarbeitsbranche Stellen abgebaut wurden. Im Zuge der schlechten wirtschaftlichen Lage im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe ist die saisonbereinigte Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Bereichen weiter rückläufig und lag im September um 29 000 (– 1,4 %) bzw. 81 000 (– 1,2 %) Personen unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Für die kommenden Monate weisen die Frühindikatoren auf eine weiterhin schwache Arbeitsnachfrage hin (vgl. Abb. 2.24). Nachdem sich in der ersten Jahreshälfte noch eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau angedeutet hatte, ging das ifo Beschäftigungsbarometer zwischen Mai und November sechs Monate in Folge zurück. Insbesondere die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe planen verstärkt mit Stellenabbau. Ähnliches gilt trotz leichter Verbesserung

Abb. 2.23

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Gleitender Dreimonatsdurchschnitt

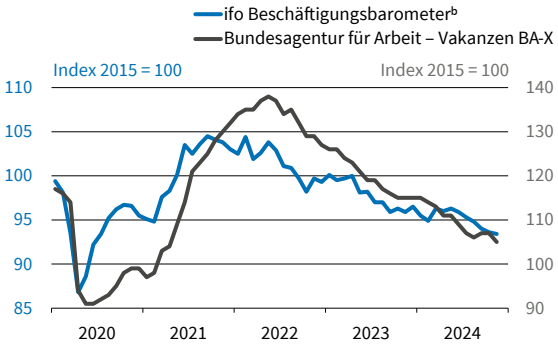


Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Abb. 2.24

Arbeitsmarktindikatoren[a]



[a] Saisonbereinigter Verlauf. [b] Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

für den Handel, während die übrigen Dienstleister per saldo nur noch von einer neutralen Beschäftigungsentwicklung ausgehen. Lediglich im Bauhauptgewerbe haben sich die Beschäftigungserwartungen im bisherigen Jahresverlauf tendenziell aufgehellt und befinden sich trotz leichtem Rückgang am aktuellen Rand wieder im neutralen Bereich. Des Weiteren zeigt der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA), dass die Zahl der offenen Stellen seit zweieinhalb Jahren fast kontinuierlich zurückgeht. Allerdings hat sich dieser Rückgang zuletzt merklich abgeschwächt. Die deutlich gedämpfte Arbeitsnachfrage spiegelt sich auch darin wider, dass die Arbeitskräfteknappheit spürbar nachgelassen hat. Ausweislich des KfW-ifo-Fachkräftebarometers gaben zuletzt weniger als ein Drittel der Unternehmen an, durch Fachkräftemangel in ihrer Geschäftstätigkeit behindert zu sein (KfW Research 2024). Dieser Anteil liegt rund 18 Prozentpunkte unter dem Höchststand aus dem dritten Quartal 2022, wobei der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe am stärksten war (von 45 % auf 21 %).

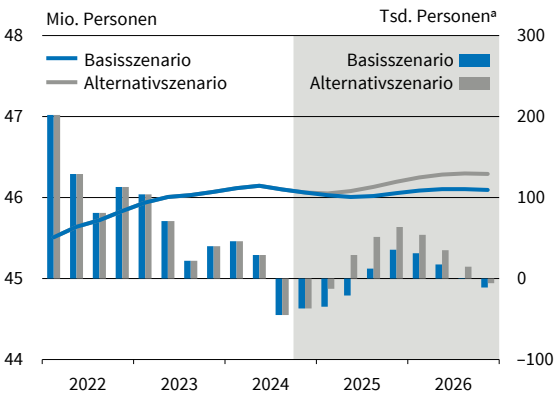
Zusammengenommen deuten die Indikatoren auf einen weiteren Abbau der Beschäftigung in den kommenden Monaten hin. Im **Basisszenario** dürfte sich dieser – vor allem getrieben von einem weiteren Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe – noch einige Zeit hinziehen. Im Zuge einer moderaten wirtschaftlichen Erholung dürfte es erst ab Mitte des kommenden Jahres wieder zu einem leichten Beschäftigungsaufbau kommen, wobei auch die demografische Entwicklung einer substanziellen Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus im weiteren Prognoseverlauf im Wege stehen wird. Trotz Zuwanderung und der Integration ukrainischer Flüchtlinge wird das Erwerbspersonenpotenzial voraussichtlich im Jahr 2026 sein Maximum erreichen (s. Abschnitt 3. »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«). Nach einem Anstieg um 95 000 im laufenden Jahr, dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Basisszenario im Jahr 2025 um 78 000 zurückgehen und im Jahr 2026 um lediglich 70 000 steigen (vgl. Abb. 2.25). Im **Alternativszenario** wird unterstellt, dass sich die Beschäftigung mit Zuwächsen von 8 000 im kommenden Jahr und 167 000 im Jahr 2026 insgesamt positiver entwickelt. Dem liegt insbesondere die Annahme zugrunde, dass sich der Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe nicht weiter verstetigt und sich die Beschäftigung in den übrigen Sektoren aufgrund der positiveren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dynamischer zeigt.

Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt seit mehr als zwei Jahren fast kontinuierlich an und lag im November bei 2,9 Mio. (Quote: 6,1 %; vgl. Abb. 2.26). Zum einen ging dieser Anstieg auf Arbeitslose im Rechtskreis des SGB II (Grundsicherung) zurück. Unter diese Gruppe fällt auch der überwiegende Teil der arbeitslos gemeldeten ukrainischen Geflüchteten, deren Zahl sich seit August 2022 bei etwa 200 000 Personen seitwärts bewegt. Zum anderen verzeichnete aber auch die Zahl der Arbeitslosen im konjunkturreagibleren Rechtskreis des SGB III einen merklichen Anstieg und lag im November um 60 000 höher als im Vorjahresmonat und um saisonbereinigt 230 000 über dem Niveau im Sommer 2022. Im Dezember dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in beiden Szenarien

Abb. 2.25

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

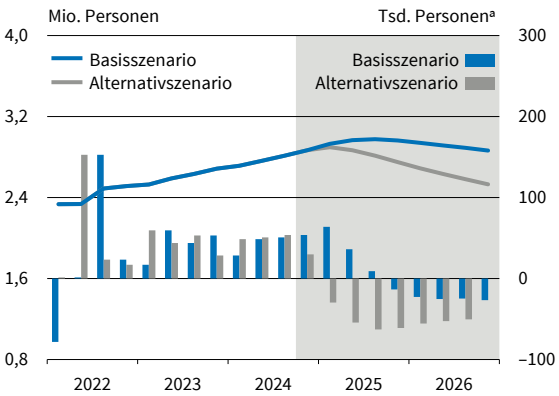


[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.26

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

weiter steigen, so dass die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des Jahres 2024 um 180 000 über dem Vorjahresniveau gelegen haben dürfte.

Im **Basisszenario** dürfte die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr zunächst weiter steigen und zur Jahresmitte 2025 die Marke von 3 Mio. erreichen, ehe sie in der Folge mit sehr geringem Tempo wieder abgebaut werden dürfte. Dabei kommt auch zum Tragen, dass die Reallokation von im Verarbeitenden Gewerbe freigesetzten Arbeitskräften in andere Wirtschaftsbereiche nur langsam und unvollständig vonstattengehen dürfte. Auf Jahressicht dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahr 2025 um 171 000 steigen und im Jahr 2026 um nur 56 000 sinken. Folglich läge die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2025 und 2026 bei 6,3 % bzw. 6,2 % nach 6,0 % im laufenden Jahr (vgl. Tab. 2.11). Im **Alternativszenario** beginnt die Arbeitslosigkeit bereits ab dem zweiten Quartal 2025 wieder zu sinken und dürfte anschließend im Zuge der allmählichen Überwindung der hier als temporär unterstellten Schwächephase deutlicher zurückgehen. Neben der in diesem Szenario geringeren Notwendigkeit der Reallokation von freigesetzten Arbeitskräften dürfte dies vor allem auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III zurückgehen, welche in der Regel geringere Vermittlungshemmnisse aufweisen. Entsprechend nimmt die Zahl der Arbeitslosen im Alternativszenario im Jahr 2025 nur um 44 000 Personen zu und fällt im Jahr 2026 um 223 000. Die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten betragen dann 6,1 und 5,6 %.

Die Kurzarbeit hat in den vergangenen Monaten spürbar an Bedeutung gewonnen. Laut Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der Personen in konjunkturell bedingter Kurzarbeit im September bei 268 000 und damit um 116 000 höher als im Vorjahresmonat, wobei mehr als 80 % auf das Verarbeitende Gewerbe entfallen. Im langjährigen Vergleich liegt die Kurzarbeit damit auf einem erhöhten Niveau. Dennoch hat sie weiterhin nur einen geringen Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen und ist weit von den Rekordständen während der Pandemie entfernt. Sowohl die in den vergangenen Monaten bei den Arbeitsagenturen eingegangenen Anzeigen als auch die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen legen nahe, dass das Ausmaß der Kurzarbeit am aktuellen Rand und in den kommenden Monaten weiter leicht steigen dürfte (ifo Institut 2024b).

Die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesene durchschnittliche Arbeitszeit liegt seit dem Jahr 2022 insbesondere aufgrund eines historisch betrachtet außerordentlich hohen Krankenstandes deutlich unter ihrem langjährigen Trendniveau. Dies ist einerseits auf eine gestiegene Zahl an Atemwegsinfektionen zurückzuführen. Andererseits dürfte ein Großteil des Anstieges auf eine vollständigere Erfassung des Krankenstandes im Zuge der Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsmeldung (e-AU) seit 2022 zurückzuführen sein, während die Möglichkeit zur telefonischen Krankschreibung hierfür eher nicht ursächlich sein dürfte (Ziebarth und Pichler 2024). Auch für das laufende Quartal deuten die Daten der gesetzlichen Krankenversicherungen und des »GrippeWebs« des Robert Koch Instituts wieder auf einen weiteren spürbaren Anstieg des Krankenstandes hin. Infolgedessen dürfte die Arbeitszeit je Arbeitnehmer im laufenden Jahr um 0,3 % zurückgegangen sein. Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte der Krankenstand allmählich wieder zurück-

Tab. 2.11

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2023	2024	2025		2026	
			Basis-szenario	Alternativ-szenario	Basis-szenario	Alternativ-szenario
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	61 437	61 315	61 325	61 570	61 725	62 214
Erwerbstätige im Inland	46 011	46 106	46 027	46 113	46 097	46 280
Arbeitnehmer	42 163	42 285	42 235	42 317	42 338	42 508
darunter						
SV Beschäftigte	34 790	34 928	34 957	35 010	35 094	35 211
Geringfügig Beschäftigte	4 198	4 182	4 133	4 156	4 114	4 162
Selbständige	3 847	3 821	3 792	3 796	3 759	3 772
Pendlersaldo	–210	–200	–197	–197	–197	–197
Erwerbstätige Inländer	45 801	45 906	45 831	45 917	45 900	46 084
Arbeitslose	2 609	2 788	2 959	2 833	2 903	2 610
Arbeitslosenquote BA[a]	5,7	6,0	6,3	6,1	6,2	5,6
Erwerbslose[b]	1 335	1 537	1 623	1 554	1 592	1 431
Erwerbslosenquote[c]	2,8	3,2	3,4	3,3	3,4	3,0

[a] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [b] Definition der ILO. [c] Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

geführt werden, wenngleich der langfristige Trend aufgrund der Meldeeffekte auf einem höheren Niveau als vor Einführung der e-AU verlaufen dürfte. Außerdem dürfte die steigende Kapazitätsauslastung zu einer Ausweitung der Arbeitszeit im Prognosezeitraum beitragen, wenngleich dieser Effekt im Basisszenario aufgrund des sinkenden Beschäftigungsanteils des Verarbeitenden Gewerbes etwas schwächer zum Tragen kommen dürfte als im Alternativszenario. Im Basisszenario nimmt die Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Jahr 2025 um 0,2 % und im Jahr 2026 um 0,6 % zu, wobei im letzteren knapp 0,4 Prozentpunkte auf einen positiven Kalendereffekt entfallen (vgl. Tab. 2.12). Im Alternativszenario ist mit Raten von 0,4 % und 0,7 % zu rechnen.

2.15. TARIFVERDIENSTE HOLEN SPÜRBAR AUF

Die diesjährige Tarifrunde ist weitestgehend abgeschlossen und die Tarifverdienste werden im laufenden Jahr mit voraussichtlich 4,7 % deutlich stärker zugelegt haben als im Vorjahr (+ 3,6 %) (vgl. Tab. 2.12). Hierbei kamen vor allem die Tariflohnabschlüsse im öffentlichen Dienst der Länder sowie im Einzel-, Groß- und Außenhandel zum Tragen, die mit höheren Abschlussraten den Kaufkraftverlusten der Vorjahre erst mit vergleichsweise großem zeitlichem Abstand begegnet sind.[8] Wie auch in anderen Tarifbereichen wurde hier in großem Maße von der Möglichkeit der Inflationsausgleichsprämien Gebrauch gemacht. Insbesondere da die vorherigen Tarifverträge den inflationsbedingten Kaufkraftverlust bereits teilweise, aber noch nicht vollständig, abgebildet hatten, beinhalteten die weiteren seit Sommer abgeschlossenen Tarifverträge im Bauhauptgewerbe, der chemischen Industrie, im Bankgewerbe und im Hotel- und Gaststättengewerbe noch relativ kräftige, wenngleich nicht mehr ganz so hohe Lohnzuwächse. Im Gegensatz hierzu fiel der jüngste Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie vor allem aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage in diesem Wirtschaftszweig noch schwächer aus als in den vorherigen Prognosen unterstellt, was vor allem die Tariflohnentwicklung im kommenden Jahr dämpfen wird. Zudem wird der Tariflohnzuwachs im Jahr 2025 durch den Wegfall der Abgabenfreiheit der Inflationsausgleichsprämien und dem daraus resultierenden Basiseffekt deutlich gedämpft werden. Schließlich dürfte der nachlassende Inflationsdruck und die insbesondere im **Basisszenario** schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung im weiteren Prognosezeitraum in weniger kräftigen dauerhaften Tariferhöhungen resultieren, die sich im Jahr 2025 auf 2,6 % und im Jahr 2026 auf 2,6 % belaufen dürften (vgl. Tab. 2.12 A). Im optimistischeren **Alternativszenario** ist mit Tarifverdienstzuwächsen von 2,7 % bzw. 2,8 % zu rechnen (vgl. Tab. 2.12 B).

Der Zuwachs der monatlichen Effektivverdienste der Arbeitnehmer dürfte sich im Jahr 2024 auf 5,0 % belaufen haben und lag somit voraussichtlich 2,8 Prozentpunkte über dem Anstieg der Verbraucherpreise. Im Jahr 2023 hatten die Effektivverdienste zwar noch um 6,4 % zugelegt, übertrafen die Inflationsrate aber lediglich um 0,5 Prozentpunkte, nachdem es in den Vorjahren zu kräftigen Reallohneinbußen gekommen war. Aufgrund des zeitlich verzögerten Nachziehens der Tariflöhne ging die Lohndrift im laufenden Jahr stark zurück und dürfte noch bei 0,3 Prozentpunkten gelegen haben. Die Lohndrift dürfte in den Folgejahren aufgrund der unterstellten schwachen wirtschaftlichen Dynamik niedrig bleiben. Während dieser dämpfende Effekt im Basisszenario stärker ausfällt, dürfte in diesem auch ein Kompositionseffekt aufgrund des Abbaus relativ gut bezahlter Industriejobs zum Tragen kommen. In beiden Szenarien steht dem dabei die Arbeitskräfteknappheit entgegen, die sich auch im Zuge der demografischen Entwicklung wieder verschärfen dürfte. Zusammengenommen dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im **Basisszenario** im Jahr 2025 um 2,7 % und im Jahr 2026 um 2,6 % steigen. Im

[8] Des Weiteren wirkten sich die Abschlüsse im Handel auch dadurch stark auf den diesjährigen Tarifindex aus, da die Einigungen erst mehr als ein Jahr nach Auslaufen der vorherigen Tarifverträge zustande kamen und unter anderem nachträgliche Tariflohnanpassungen bis zum Oktober 2023 beinhalteten. Diese konnten jedoch mit freiwilligen Vorweganhebungen verrechnet werden, die der Handelsverband Deutschland den Unternehmen in gleicher Höhe empfohlen hatte. Da diese freiwilligen Zahlungen nicht im Tarifindex erfasst waren, hat sich deren Nachbuchung erst im Jahr 2024 in der Tariflohnstatistik niedergeschlagen.

Tab. 2.12

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2023	–0,1	6,4	6,6	2,9	3,6
2024	–0,3	5,0	5,3	0,3	4,7
A. Basisszenario					
2025	0,2	2,7	2,4	0,1	2,6
2026	0,6	2,6	2,1	0,0	2,6
B. Alternativszenario					
2025	0,4	3,0	2,5	0,3	2,7
2026	0,7	3,1	2,4	0,3	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

Alternativszenario dürften die Lohnzuwächse mit 3,0 und 3,1 % kräftiger ausfallen.

2.16. INFLATIONSENTWICKLUNG BLEIBT VOR-ERST HOLPRIG

Die Verbraucherpreisinflation entwickelte sich in den vergangenen Monaten uneinheitlich. Seit Jahresbeginn sank die Inflationsrate zunächst deutlich und erreichte mit 1,9 % im dritten Quartal ihren vorläufigen Tiefpunkt. Damit lag sie zum ersten Mal seit Frühjahr 2021 unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2 %. Auch die Kerninflationsrate (Inflation ohne Energie) ging auf 2,6 % und damit auf den niedrigsten Stand seit mehr als drei Jahren zurück. Ab Oktober zog die Teuerungsrate dann aber wieder an und betrug im November 2,2 %. In der Vorjahresbetrachtung wirkten zuletzt vor allem die Energiepreise weniger stark negativ auf die Gesamtinflation als zuvor (– 3,7 % im November, nach – 4,8 % im dritten Quartal). Auch die Kerninflation lag im November wieder höher (2,9 %).

Der aktuell weniger stark negative Beitrag der Energiekomponente geht auf Kraftstoffe und Heizöl zurück. Deren Preise sanken zum Jahresende 2023 deutlich. Dadurch lag im November des laufenden Jahres das Preisniveau von Kraftstoffen und Heizöl nicht mehr so stark unter dem Vorjahr wie noch im dritten Quartal. Gemäß den Terminmarktnotierungen dürfte der Ölpreis von seinem aktuellen Niveau noch leicht fallen (vgl. Tab. 2.6), was für sich genommen die Kraftstoff- und Heizölpreise im Prognosezeitraum senken würde. Allerdings wirkt der Anstieg des CO_2-Preises zum Jahreswechsel 2024/25 und 2025/26 diesem Rückgang entgegen.[9]

Die Verbraucherpreise für Strom und Gas sind seit dem Frühling 2023 deutlich gesunken, waren zuletzt aber nur noch leicht rückläufig. Aufgrund der langfristigen Beschaffungsstrategie der Versorger übertrugen sich die im Vergleich zum Krisenjahr 2022 gesunkenen Großhandelspreise nur nach und nach in die Vertragspreise der Haushalte. Diese Überwälzung dürfte nun relativ weit fortgeschritten sein. In den kommenden Monaten wird in der Prognose daher nur noch ein kleiner Rückgang der Strom- und Gaskomponente unterstellt. Gemäß den Börsennotierungen für Strom (Gas) Ende November dürfte der Preis im Jahr 2025 mit 95 (43) und im Jahr 2026 mit 87 (35) Euro/MWh leicht über dem Niveau des abgelaufenen Jahres liegen. Dementsprechend dürften die Strom- und Gaskomponente im Prognosezeitraum allmählich wieder positiv zur Gesamtinflation beitragen. Insgesamt werden die Energiepreise in den Jahren 2024 und 2025 wohl um 3,2 % bzw. 1,6 % zurückgehen und im Jahr 2026 leicht um 1,1 % steigen.

Die Kerninflationsrate ist immer noch überdurchschnittlich. Der Anstieg in den vergangenen Monaten war vor allem auf die höhere Teuerung bei Nahrungsmitteln und bei gewerblichen Waren ohne Energie zurückzuführen. Deren Preise, die im Verlauf der ersten Jahreshälfte kaum gestiegen waren, legten seit September wieder deutlicher zu, was sich auch in höheren Vorjahresveränderungsraten bemerkbar machte (1,8 % bzw. 1,6 % im November). Bei den Nahrungsmitteln haben sich vor allem Butter, Obst und Gemüse spürbar verteuert. In den vergangenen Quartalen haben deren Importpreise stark zugelegt und auch für die kommenden Monate planen die vom ifo Institut befragten Nahrungsmittelhersteller weiter Preiserhöhungen. Damit dürfte die Teuerung bei Nahrungsmitteln kurzfristig hoch bleiben. Allerdings begrenzt die Unterauslastung der Wirtschaft und damit einhergehend die schwache Nachfrage die Preiserhöhungsspielräume der heimischen Produzenten, was die Inflation bei Nahrungsmitteln und gewerblichen Waren perspektivisch dämpfen sollte.

Bei den Dienstleistungen ist die Inflation anhaltend hoch und betrug im November 4,0 %.[10] Die kräftigen Steigerungen der Lohnkosten machen sich hier aufgrund der höheren Arbeitsintensität deutlich bemerkbar. In den nächsten Monaten dürfte der Preisdruck bei Dienstleistungen zunächst hoch bleiben. Dazu tragen nicht zuletzt ab Januar 2025 die Verteuerung des Deutschlandtickets, des Briefportos und der privaten Krankenversicherungen bei.[11] Im weiteren Verlauf dürfte die Dienstleistungsinflation im Einklang mit der sich abschwächenden Lohndynamik allmählich sinken. Dennoch werden die Dienstleister wohl weiterhin überdurchschnittlich zur Gesamtteuerung beitragen. Bereits in der Zeit bis zur Corona-Pandemie stiegen die Preise für Dienstleistungen stärker als die für Waren, was unter anderem auf eine Verschiebung der Nachfrage hin zu Dienstleistungen und ein schwächeres Produktivitätswachstum in diesem Sektor zurückzuführen sein dürfte (Amatyakul et al. 2024). Außerdem dürften sich die Mieten angesichts anhaltend hoher Baupreise, des höheren Zinsniveaus und der großen Nachfrage nach Wohnraum in den kommenden Jahren mit rund 2 % deutlich stärker verteuern als im langjährigen Durchschnitt (1,2 %).

In der Gesamtbetrachtung wird die Inflation im kommenden Jahr mit 2,3 % voraussichtlich in etwa auf dem Niveau des laufenden Jahres von 2,2 % liegen (vgl. Abb. 2.27 A). Die Kerninflationsrate dürfte nach 2,8 % in diesem Jahr bei 2,7 % im nächsten Jahr liegen (vgl. Abb. 2.27 B). Damit wurde die Prognose für 2025 im Vergleich zum Herbst sowohl für die Gesamtinflation als auch für die Kerninflation um jeweils 0,3 Prozentpunkte nach oben revidiert. Dies ist auf die zu-

[9] Der CO_2-Preis, der für Kraftstoffe, Heizöl und Gas gilt, wird im Jahr 2025 von 45 auf 55 Euro/Tonne steigen. Im Jahr 2026 soll er sich dann in einem Preiskorridor zwischen 55 und 65 Euro bewegen. Der direkte Effekt auf die Inflation wird jeweils bei ungefähr 0,1 Prozentpunkten liegen.

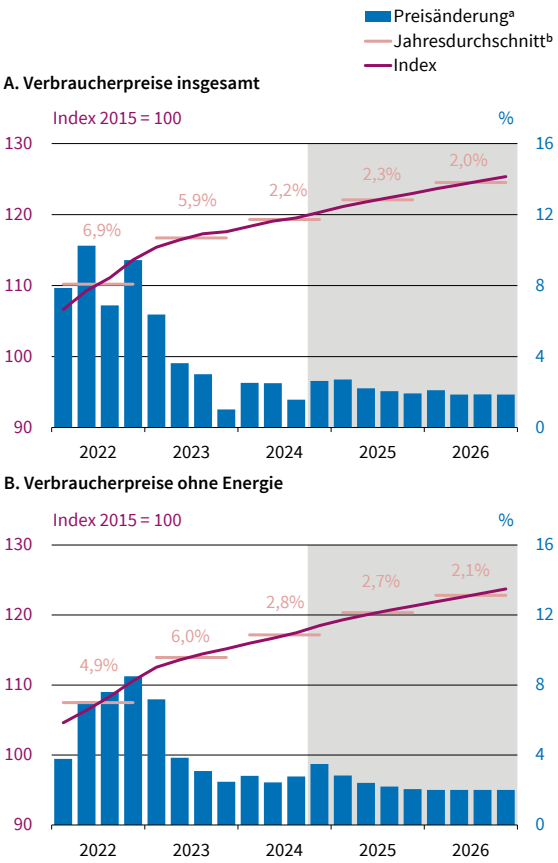
[10] Besonders hoch ist der Preisdruck bei Kfz-Versicherungen, die sich im Oktober um rund 32 % gegenüber dem Vorjahr verteuerten. Deren Beitrag zur Gesamtinflation lag – trotz ihres geringen Gewichts im Wägungsschema (0,8 %) – bei etwa 0,25 Prozentpunkten.

[11] Für sich genommen erhöhen diese Sondereffekte die Inflation im nächsten Jahr um rund 0,2 Prozentpunkte.

Abb. 2.27

Verbraucherpreise

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

letzt kräftigen Preisanstiege bei Nahrungsmitteln und gewerblichen Waren ohne Energie zurückzuführen, ebenso wie auf die Einbeziehung der Sondereffekte bei den Dienstleistern. Nach Ausklingen der Sondereffekte und angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung dürfte die Gesamtinflationsrate im Jahr 2026 dann bei 2,0 % und die Kernrate bei 2,1 % liegen.

In der Prognose wird unterstellt, dass sich die Entwicklung der Verbraucherpreise zwischen **Basisszenario** und **Alternativszenario** nicht unterscheidet. Maßgeblich dafür ist, dass die realen Lohnstückkosten, die eine wichtige Determinante der langfristigen Inflationsdynamik sind, in beiden Szenarien ähnlich verlaufen, da die höheren Lohnzuwächse im Alternativszenario durch entsprechende Produktivitätsanstiege kompensiert werden. Zudem dürfte sich die Unterauslastung der deutschen Wirtschaft in beiden Szenarien nur allmählich auflösen, was die Preissetzungsspielräume der hiesigen Unternehmen einschränkt.

2.17. HOHE STAATLICHE DEFIZITE BLEIBEN BESTEHEN

In den vergangenen Jahren wies der Staatshaushalt infolge der Corona- und Energiekrise durchgehend hohe Defizite auf. Im laufenden und in den kommenden beiden Jahren dürfte sich diese Entwicklung trotz des Wegfalls staatlicher Krisenmaßnahmen fortsetzen. Im Folgenden wird zunächst die erwartete Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben im **Basisszenario** beschrieben.

Die staatlichen Einnahmen werden im Jahr 2024 wieder stärker wachsen als im Jahr 2023, vor allem dank dynamischer laufender Steuereinnahmen. Die Rückkehr zu den regulären Umsatzsteuersätzen in der Gastronomie und bei Gaskäufen sowie ein steigender CO_2-Preis sind neben wieder moderat steigender Lohnsteuereinnahmen hauptverantwortlich für diese Entwicklung. Bei der Lohnsteuer macht sich im Jahresverlauf allmählich bemerkbar, dass die steuerbefreiten Inflationsausgleichsprämien bei den aktuellen Lohnverhandlungen und somit der allgemeinen Lohnentwicklung eine immer kleinere Rolle einnehmen. Einen noch kräftigeren Zuwachs verhindern die fast durchweg sinkenden Einnahmen aus den Unternehmensteuern, die der schlechten Gewinnentwicklung im laufenden Jahr zum Opfer fallen. Im weiteren Prognoseverlauf dürften sich die Einnahmen aus den Gewinnsteuern wieder leicht erholen. Auch die Lohnsteuereinnahmen machen im Jahr 2025 nochmal einen Sprung, da dann die Inflationsausgleichsprämien vollständig entfallen. Gleichzeitig normalisiert sich das Wachstum bei der Abgeltungsteuer, deren Aufkommen sich im Jahr 2024 aufgrund der Zinswende mehr als verdoppeln wird.

Bei den Sozialbeiträgen spielen die Inflationsausgleichsprämien ebenfalls eine gewichtige Rolle und verhindern im laufenden Jahr eine noch deutlichere Expansion der Beitragseinnahmen. Nichtsdestoweniger wachsen sie dank der auch abseits der Zahlung von Inflationsausgleichsprämien starken Lohnentwicklung weiterhin mit einer Rate von über 5 %, insbesondere dank der Beitragserhöhungen in der Krankenversicherung und Pflegeversicherung in der Jahresmitte 2023. Im nächsten Jahr steigt der Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherungen um satte 0,8 %, was deutliche Mehreinnahmen nach sich zieht und für ein abermals kräftiges Wachstum sorgt.

Die Entwicklung der Vermögenseinkommen normalisiert sich im laufenden Jahr aufgrund weniger stark wachsender Zinseinnahmen und wird auch im weiteren Prognosezeitraum an Dynamik verlieren. Die empfangenen sonstigen Transfers und Vermögenstransfers unterlagen in den vergangenen Jahren durch Zahlungen im Rahmen des Programms »Next Generation EU« einigen Schwankungen. Im laufenden Jahr dürften die Zahlungen insgesamt eher zurückgehen und in den nächsten Jahren durch weitere, aber geringere Zahlungen wieder leicht aufwärtsgerichtet sein. Zu Beginn des Jahres wurde die Lkw-Maut deutlich ausgeweitet, wodurch die staatlichen Verkäufe im laufenden Jahr mit einer zweitstelligen Rate ansteigen werden. In den nächsten Jahren ist mit einem erheblich geringeren Impuls aus der Lkw-Maut zu rechnen.

Insgesamt steigen die Einnahmen im Jahr 2024 um 4,7 %, im Jahr 2025 auf 4,2 % und im Jahr 2026 um 2,7 %.

Die staatlichen Ausgaben wachsen im Jahr 2024 mit nahezu der gleichen Rate wie im zurückliegenden Jahr. Dabei wird etwas mehr für die staatlichen Vorleistungskäufe ausgegeben als im Jahr 2023. Steigende Ausgaben im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr dürften hier vor allem für den Aufwärtstrend sorgen. Im Jahr 2025 werden die Vorleistungen schwächer laufen, was vor allem auf den fehlenden Bundeshaushalt zurückgeht. Unter einer vorläufigen Haushaltsführung des Bundes dürfte insbesondere in diesem Bereich kein großer Spielraum für Mehrausgaben vorhanden sein.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Arbeitnehmerentgelten abzusehen. Im laufenden Jahr sorgen die Steigerungen bei den Tarifverträgen sowohl bei Bund und Kommunen als auch bei den Ländern für weiterhin deutliche Zuwächse, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie noch im Jahr 2023. In den nächsten Jahren dürften die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst dann nicht mehr so üppig ausfallen und mit einer moderaten Rate wachsen. Die vom Staat geleisteten Zinsen steigen im Jahr 2024 abermals kräftig und werden im gesamten Prognosezeitraum stärker wachsen als die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates. Mit dem Auslaufen der Energiepreisbremsen Ende 2023 sinken die Subventionen um knapp 40 % in diesem Jahr. Durch das Haushaltsurteil vom November 2023 und die vorläufige Haushaltsführung werden im weiteren Prognoseverlauf keine großen Impulse erwartet, auch wenn die Zahlungen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) tendenziell zunehmen werden.

Die monetären Sozialleistungen steigen im Jahr 2024 wie auch im Jahr zuvor kräftig an. Anders als im Vorjahr gab es keine grundlegenden Reformen wie beim Bürgergeld oder Wohngeld, allerdings gab es beispielsweise wieder hohe Regelsatzanhebungen bei den Leistungen aus dem SGB II. Darüber hinaus treibt eine weitere kräftige Rentenerhöhung zur Mitte des Jahres die monetären Sozialleistungen nach oben. Dazu kommt verstärkend hinzu, dass die Ausgaben bei der Kranken- und Pflegeversicherung kräftig steigen, bedingt durch die demografischen und krankheitsbedingten Mehrbelastungen in den beiden Versicherungszweigen, aber auch weil das Pflegegeld zu Beginn des Jahres 2024 gestiegen ist. Schließlich steigen mit der höheren Arbeitslosigkeit und zunehmender Kurzarbeit auch konjunkturbedingt die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung. Im nächsten Jahr dürfte es hier noch einen leichten Anstieg geben, bevor im Jahr 2026 die Zahlungen parallel zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit wieder sinken. Auch die anderen monetären Sozialleistungen werden im Prognoseverlauf weniger stark ansteigen, weil beim Bürgergeld eine Nullrunde ansteht und die Rentenerhöhung nicht mehr ganz so hoch ausfallen wird wie in den Jahren zuvor.

Die sonstigen laufenden Transfers werden im laufenden Jahr wegen geringerer Abführungen für die EU-Eigenmittel sinken. In den nächsten beiden Jahren fallen diese dann wieder deutlich höher aus. Die Vermögenstransfers wachsen im laufenden Jahr sehr stark, da aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) umfangreiche Mittel abfließen, unter anderem für verschiedene Förderprogramme. Im nächsten Jahr sinken die Vermögenstransfers, auch aufgrund ausbleibender Investitionszuschüsse für Mikrochipersteller und auslaufender Maßnahmen im KTF. Zudem verhindert das Scheitern der Ampel-Koalition eine im Haushaltsentwurf 2025 vorgesehene Mittelerhöhung für die Deutsche Bahn im Basisszenario.

Bei den Bruttoinvestitionen machen sich insbesondere steigende militärische Beschaffungen im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr bemerkbar, weshalb hier mit einer wachsenden Dynamik zu rechnen ist. Die öffentlichen Bauinvestitionen, die nach der VGR-Revision im Sommer 2024 auch die Investitionen der Infrastrukturunternehmen der Bahn beinhalten, entwickeln sich im Basisszenario eher verhalten.

Nach einem geringeren Wachstum im Vorjahr, auch weil coronabedingte Ausgaben wegfielen, steigen die sozialen Sachleistungen im laufenden Jahr kräftig. Dazu tragen zum einen Leistungsausweitungen im Gesundheits- und Pflegebereich bei, aber auch der hohe Krankenstand in der ersten Jahreshälfte und demografisch bedingte Mehrbelastungen spielen zunehmend eine bedeutende Rolle. Letzteres dürfte auch im weiteren Prognoseverlauf zu Mehrausgaben führen, auch wenn die sozialen Sachleistungen nicht mehr so kräftig zulegen dürften wie aktuell.

Unterm Strich steigen die Ausgaben des Staates im Jahr 2024 um 4,4 %, im Jahr 2025 um 3,1 % und im Jahr 2026 um 3,9%. Zusammen mit den Einnahmen führt dies zu einem staatlichen Finanzierungssaldo in Höhe von – 106 Mrd. Euro (– 2,5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) im Jahr 2024, – 87 Mrd. Euro (– 2,0% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) 2025 und knapp – 115 Mrd. Euro im Jahr 2026 (– 2,5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) (vgl. Tab. 2.13 A). Der Bruttoschuldenstand des Gesamtstaats nach der Maastricht-Definition steigt von 62,5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 auf 63,6% im Jahr 2026.

Im **Alternativszenario** verändern sich die Finanzierungssalden des Staates in den Jahren 2025 und 2026 aus mehreren Gründen. Zum einen sorgen die konjunkturabhängigen Größen zu Mehreinnahmen und Minderausgaben. Das betrifft vor allem die staatlichen Einnahmen und Ausgaben, die direkt vom Arbeitsmarkt abhängen. Durch höhere Bruttolöhne und -gehälter steigen die Einnahmen aus Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen stärker als im Basisszenario, die monetären Sozialleistungen hingegen vor allem aufgrund geringerer Zahlungen des Arbeitslosengelds weniger stark. Weiterhin sorgen die günstigere Gewinnsituation der Unternehmen und der leicht höhere

Tab. 2.13
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[a]
in % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungs-saldo	Brutto-schuldenstand
		darunter:			*darunter:*		
	insgesamt	*Steuern*	*Nettosozial-beiträge*	insgesamt	*Zinsausgaben*		
2000	46,3	*23,4*	*18,0*	48,1	*3,2*	–1,7	59,2
2001	44,5	*21,7*	*17,7*	47,7	*3,0*	–3,1	58,1
2002	44,2	*21,3*	*17,7*	48,2	*3,0*	–4,1	59,8
2003	44,7	*21,4*	*17,9*	48,5	*2,9*	–3,8	63,3
2004	43,6	*20,8*	*17,5*	47,0	*2,8*	–3,4	65,0
2005	43,5	*21,1*	*17,3*	46,9	*2,7*	–3,4	67,1
2006	43,6	*21,8*	*16,7*	45,3	*2,7*	–1,8	66,4
2007	43,7	*22,7*	*15,9*	43,5	*2,7*	0,2	63,7
2008	44,2	*23,1*	*15,9*	44,4	*2,7*	–0,3	65,2
2009	45,1	*22,8*	*16,7*	48,3	*2,6*	–3,2	72,3
2010	43,7	*21,7*	*16,3*	48,1	*2,4*	–4,4	81,0
2011	44,4	*22,4*	*16,1*	45,3	*2,5*	–0,8	78,5
2012	45,0	*22,9*	*16,2*	45,1	*2,3*	–0,1	79,8
2013	45,3	*23,2*	*16,2*	45,2	*1,8*	0,1	77,4
2014	45,2	*23,2*	*16,2*	44,5	*1,6*	0,7	74,5
2015	45,4	*23,4*	*16,2*	44,5	*1,4*	0,9	71,2
2016	45,9	*23,7*	*16,4*	44,7	*1,2*	1,1	68,3
2017	45,9	*23,8*	*16,5*	44,6	*1,0*	1,3	64,0
2018	46,6	*24,1*	*16,7*	44,7	*0,9*	1,9	60,8
2019	46,9	*24,1*	*16,9*	45,6	*0,8*	1,3	58,7
2020	46,7	*23,2*	*17,6*	51,1	*0,6*	–4,4	68,0
2021	47,5	*24,4*	*17,2*	50,7	*0,6*	–3,2	68,1
2022	46,9	*24,3*	*16,9*	49,0	*0,7*	–2,1	65,0
2023	45,8	*22,9*	*17,0*	48,4	*0,9*	–2,6	62,9
2024	46,7	*23,0*	*17,4*	49,1	*1,1*	–2,5	62,5
A. Basisszenario							
2025	47,4	*23,3*	*17,8*	49,4	*1,1*	–2,0	62,8
2026	47,3	*23,2*	*17,8*	49,8	*1,1*	–2,5	63,6
B. Alternativszenario							
2025	47,2	*23,2*	*17,8*	49,1	*1,1*	–1,9	62,4
2026	47,0	*23,1*	*17,7*	49,1	*1,1*	–2,2	62,3

[a] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2024

private Konsum für Steuermehreinnahmen. Gleichzeitig wird im Alternativszenario unterstellt, dass steuerliche Entlastungen für Unternehmen verabschiedet werden, die für sich genommen die Steuereinnahmen senken. Darüber hinaus wird angenommen, dass die investiven Ausgaben des Staates ausgeweitet werden, beispielsweise durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Insgesamt ergibt sich in den Jahren 2025 und 2026 ein im Vergleich zum Basisszenario um 1,6 bzw. 14,4 Mrd. Euro geringeres Finanzierungsdefizit. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt der Finanzierungssaldo bei – 1,9 bzw. – 2,2 % (vgl. Tab. 2.13 B). Der Bruttoschuldenstand des Gesamtstaats nach der Maastricht-Definition sinkt leicht von 62,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 auf 62,3 % im Jahr 2026.

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird im **Basisszenario** in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte und überarbeitete Methode geschätzt und bis zum Jahr 2029 fortgeschrieben (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der die gesamtwirtschaftliche Leistung anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Input werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Die Potenzialschätzung des ifo Instituts basiert analog zur Gemeinschaftsdiagnose auf kalenderbereinigten Werten. Die Fortschreibungsmethode und die zugrundeliegenden Annahmen sowie Parameter wurden an die jüngste Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2024 angeglichen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024).

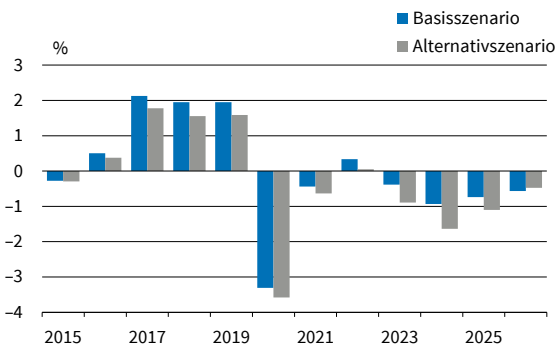
Die Bevölkerungs- und Migrationsannahmen wurden im Vergleich zum Herbst etwas überarbeitet und an neuerliche Entwicklungen angepasst. So wurde der jüngsten Zunahme des Wanderungssaldos Rechnung getragen und die Fluchtmigration aus Asylherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien; ohne Ukraine) entsprechend angepasst. Als Grundlage für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung dient weiterhin die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts in der Variante W2-G2-L2, welche moderate Annahmen zu den drei Eckparametern Wanderung, Geburtenrate und Lebenserwartung setzt. Abweichend von der Bevölkerungsvorausberechnung wird die Fluchtmigration infolge des Kriegs in der Ukraine explizit als Sondereffekt modelliert und nur die übrige Wanderung analog zur Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2024 schrittweise auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurückgeführt (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024). Die Zuwanderung aus der Ukraine wird für die Jahre 2022 bis 2026 auf insgesamt etwas mehr als 1 200 000 Personen veranschlagt. Ab dem Jahr 2027 ist die Zuwanderung aus der Ukraine auf null gesetzt. Diese Annahme impliziert, dass sich Familiennachzug und Rückkehr in die Ukraine durchschnittlich die Waage halten. Die Partizipationsquote der Ukrainer beträgt im Projektionszeitraum durchschnittlich etwa 66 %. Die Geschwindigkeit der Integration ukrainischer Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt wurde nicht angepasst. So sinkt ihre Erwerbslosenquote von 55 % im Jahr 2023 auf 12 % im Jahr 2029. Unter diesen Annahmen dürften im Jahr 2024 kumuliert in etwa 215 000 Ukrainer eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Diese Zahl erhöht sich dann bis zum Jahr 2029 auf etwa 490 000 Personen.

Für das Jahr 2024 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 0,4 % geschätzt. Der Potenzialzuwachs verringert sich kontinuierlich und erreicht am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2029 eine Rate von 0,3 %. Die Wachstumsbeiträge der Totalen Faktorproduktivität und des Kapitalstocks dürften im gesamten Projektionszeitraum positiv und in annähernd ähnlicher Größenordnung ausfallen. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens dürfte 2024 noch leicht positiv und im Anschluss kontinuierlich negativ ausfallen. Während die Erwerbsbevölkerung in den Jahren 2024 bis 2026 aufgrund der Flüchtlingsmigration noch positive Beiträge leistet, dürfte sich dies dann im Jahr 2027 endgültig umkehren, wenn die demografisch bedingten Rückgänge das Gesamtbild dominieren und der Sondereffekt aus der Fluchtmigration ausläuft. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit sowie die Partizipationsquote werden negative Beiträge leisten, was das Potenzial zusätzlich belastet.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke nahm seit 2014 kontinuierlich zu und erreichte im Jahr 2017 mit 2,1 % des Produktionspotenzials ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt (vgl. Abb. 3.1). Mit der Abkühlung im Verarbeitenden Gewerbe ist die Überauslastung dann im Jahr 2019 auf 1,9 % zurückgegangen. In den beiden Coronajahren 2020 und 2021 geriet die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Unterauslastung von 3,3 % und 0,4 %. Die Erholung im Jahr 2022 führte zur einer leichten Überauslastung, bei der die Produktionslücke nach aktueller Schätzung auf 0,3 % stieg. Aufgrund der deutlichen Produktionsrückgänge in den energieintensiven Bereichen und der schwachen Entwicklung des privaten Konsums hat sich die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr wieder abgekühlt und die Produktionslücke fiel auf – 0,4 %. Infolge der abermals schwachen Entwicklung im laufenden Jahr dürfte sich die Produktionslücke weiter öffnen und bei – 0,9 % liegen. In den kommenden beiden Jahren dürfte die deutsche Wirtschaft einen zögerlichen Erholungskurs einschlagen, bei dem die kalenderbereinigten Zuwachsraten beim Bruttoinlandsprodukt mit 0,5 % nur wenig höher liegen als die Potenzialraten. So dürfte sich die Produktionslücke im Jahr 2025 auf – 0,7 % und im Jahr 2026 auf – 0,6 % verringern.

Abb. 3.1

Produktionslücke im Szenarienvergleich
In Relation zum Produktionspotenzial



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

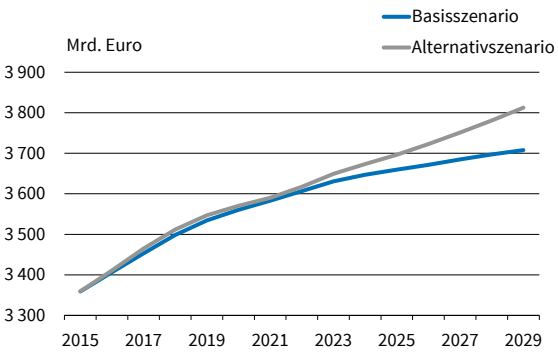
Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte im Durchschnitt der Jahre 2023 bis 2029 mit 0,4 % in ähnlicher Größenordnung expandieren wie im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2023 (vgl. Tab. 3.1 A). Mit Blick auf die Verwendungskomponenten dürften sowohl die privaten Konsumausgaben aber vor allem die Bruttoanlageinvestitionen im Projektionszeitraum schwächer zulegen als in den Jahren 2017 bis 2023 (vgl. Tab. 3.2 A). Die Staatsaktivität dürfte ebenfalls deutlich geringer ausgeweitet werden, um sich nach den diversen Sondereffekten der letzten Jahre (Coronamaßnahmen, Energiekrise, Krieg in der Ukraine) zu normalisieren. Entsprechend wird der Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Projektionszeitraum zunächst sinken und dann demografiebedingt aufgrund der Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte wieder zunehmen.

Im **Alternativszenario** fällt die Entwicklung des Produktionspotenzials deutlich dynamischer aus als im Basisszenario (vgl. Abb. 3.2). Die durchschnittliche Expansionsrate im Zeitraum 2024 bis 2029 beträgt 0,7 %, im Vergleich zu nur 0,4 % im Basisszenario. Am Ende des Projektionszeitraums beträgt der Unterschied beider Potenzialgrößen mehr als 100 Mrd. Euro. Ein zentraler Unterschied zwischen beiden Schätzungen ergibt sich aus der Fortschreibung der Arbeitsproduktivität, deren Trend – methodisch bedingt – im Alternativszenario kräftiger expandiert (vgl. Box »Zur

Abb. 3.2

Produktionspotenzial im Szenarienvergleich

Preis- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 3.1

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

A. Basisszenario

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
	Mio.		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2020 = 100
2017	44,290	39,997	1 388,2	3 522,4	79 531	57	3 331,1	94,6
2023	46,011	42,163	1 335,3	3 615,5	78 580	59	4 185,6	115,8
2029	46,017	42,356	1 324,0	3 702,0	80 448	61	4 864,6	131,4
	Veränderung insgesamt in %							
2023/2017	3,9	5,4	–3,8	2,6	–1,2	2,7	25,7	22,4
2029/2023	0,0	0,5	–0,8	2,4	2,4	3,2	16,2	13,5
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2023/2017	0,6	0,9	–0,6	0,4	–0,2	0,4	3,9	3,4
2029/2023	0,0	0,1	–0,1	0,4	0,4	0,5	2,5	2,1

B. Alternativszenario

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
	Mio.		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2020 = 100
2017	44,290	39,997	1 388,2	3 522,4	79 531	57	3 331,1	94,6
2023	46,011	42,163	1 335,3	3 615,5	78 580	59	4 185,6	115,8
2029	46,512	42,810	1 331,6	3 805,4	81 815	61	4 998,1	131,4
	Veränderung insgesamt in %							
2023/2017	3,9	5,4	–3,8	2,6	–1,2	2,7	25,7	22,4
2029/2023	1,1	1,5	–0,3	5,3	4,1	4,4	19,4	13,5
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2023/2017	0,6	0,9	–0,6	0,4	–0,2	0,4	3,9	3,4
2029/2023	0,2	0,3	0,0	0,9	0,7	0,7	3,0	2,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2029/2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2024

Potenzialschätzung im Alternativszenario«). Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass es in diesem Szenario zu keiner Abwanderung von Industrieunternehmen aus Deutschland kommt und die produktiven Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe erhalten bleiben. Darüber hinaus kommt es vermehrt zu Innovationen, die bestehende durch neue Technologien ersetzen. Damit einhergehend schwenken die Investitionen insgesamt auf einen dynamischeren Expansionspfad ein. Dies führt in der mittleren Frist dazu, dass die Bruttoanlageinvestitionen ihren Anteil am nominalen BIP in etwa halten können (vgl. Tab. 3.2 B). Ein weiterer Unterschied zum Basisszenario ist, dass die Folgen des demografischen Wandels zumindest teilweise durch eine höhere Partizipation abgemildert werden. Daher setzt das Arbeitsvolumen seinen trendmäßigen Anstieg bis zum Ende des Jahrzehnts fort, während es im Basisszenario bereits ab dem kommenden Jahr zu sinken beginnt. Insgesamt schlägt die deutsche Wirtschaft auch im Alternativszenario in den kommenden beiden Jahren einen Erholungskurs ein. So dürfte sich die Produktionslücke von – 1,6 % im Jahr 2024 auf – 0,5 % im Jahr 2026 verringern. Aufgrund des höheren Potenzialwachstums geht allerdings die Erholung im Alternativszenario mit einer deutlich kräftigeren Expansion des Bruttoinlandsprodukts (kalenderbereinigt + 1,2 % im Jahr 2025 und + 1,3 % im Jahr 2026) einher als im Basisszenario.

Tab. 3.2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts
A. Basisszenario

Jahr	Bruttoinlands-produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlage-investitionen	Vorrats-veränderung	
	Mrd. Euro						
2017	3 331,1	1 753,8	658,0	683,3	671,1	12,2	236,0
2023	4 185,6	2 205,6	905,2	907,1	899,9	7,2	167,7
2029	4 864,6	2 575,2	1 101,1	1 049,2	982,0	67,2	139,1
	Anteile am BIP in %						
2017	100,0	52,6	19,8	20,5	20,1	0,4	7,1
2023	100,0	52,7	21,6	21,7	21,5	0,2	4,0
2029	100,0	52,9	22,6	21,6	20,2	1,4	2,9
	Veränderung insgesamt in %						
2023/2017	25,7	25,8	37,6	32,8	34,1	-	-
2029/2023	16,2	16,8	21,7	15,7	9,1	-	-
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %						
2023/2017	3,9	3,9	5,5	4,8	5,0	-	-
2029/2023	2,5	2,6	3,3	2,5	1,5	-	-

B. Alternativszenario

Jahr	Bruttoinlands-produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlage-investitionen	Vorrats-veränderung	
	Mrd. Euro						
2017	3 331,1	1 753,8	658,0	683,3	671,1	12,2	236,0
2023	4 185,6	2 205,6	905,2	907,1	899,9	7,2	167,7
2029	4 998,1	2 620,2	1 092,3	1 104,8	1 054,4	50,4	180,9
	Anteile am BIP in %						
2017	100,0	52,6	19,8	20,5	20,1	0,4	7,1
2023	100,0	52,7	21,6	21,7	21,5	0,2	4,0
2029	100,0	52,4	21,9	22,1	21,1	1,0	3,6
	Veränderung insgesamt in %						
2023/2017	25,7	25,8	37,6	32,8	34,1	-	-
2029/2023	19,4	18,8	20,7	21,8	17,2	-	-
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %						
2023/2017	3,9	3,9	5,5	4,8	5,0	-	-
2029/2023	3,0	2,9	3,2	3,3	2,7	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2029/2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

ZUR POTENZIALSCHÄTZUNG IM ALTERNATIVSZENARIO

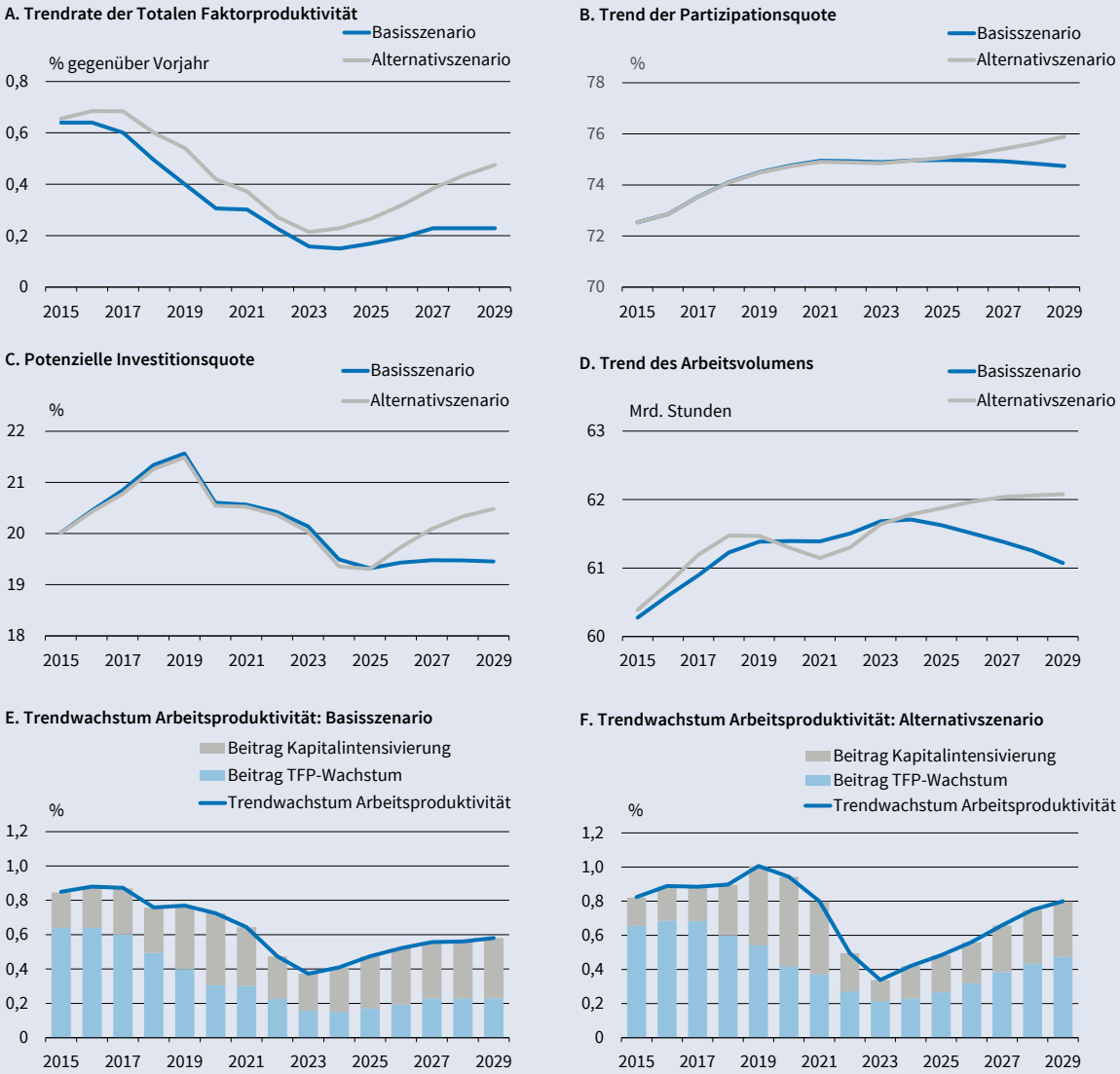
Bei der Schätzung des Produktionspotenzials kommt im Alternativszenario eine Methode zur Anwendung, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde (Havik et al. 2014) und die beispielsweise bei den Projektionen der Bundesregierung verwendet wird. Neben einigen Modellspezifikationen bestehen die zentralen Unterschiede zwischen dieser sogenannten EU-Methode und der im Basisszenario verwendeten Methode bei der Fortschreibung der folgenden drei Kennziffern: Totale Faktorproduktivität (TFP), Partizipationsquote und potenzielle Investitionsquote.

Bei der TFP-Fortschreibung führt die Modellarithmetik der EU-Methode dazu, dass sich die Zuwachsraten der TFP am Ende des Projektionszeitraums beschleunigen und zu ihrem historischen Durchschnitt zurückkehren (vgl. Abb. 3.3 A). Das Erreichen dieses Durchschnitts kann vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen und der schwachen Zuwachsraten der jüngeren Vergangenheit eher als optimistisch eingeschätzt werden und wird daher im Alternativszenario unterstellt. Im Basisszenario folgt das ifo Institut der Fortschreibungsmethode der Gemeinschaftsdiagnose (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024, Abschnitt 3), bei der im Prognosezeitraum der zuletzt geschätzte Wert der TFP-Trendrate fortgeschrieben wird.

Die Fortschreibung der Partizipationsquote erfolgt in beiden Szenarien getrennt nach Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen. Bei der Fortschreibung der Partizipationsquote der Flüchtlinge gibt es keine methodischen Unterschiede zwischen beiden Verfahren. Sie orientiert sich an den jüngsten Erfahrungswerten

Abb. 3.3

Unterschiede bei der Fortschreibung von Kennziffern der Potenzialschätzung



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

bei Geschwindigkeit der Integration der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt. Die Partizipationsquote der Nicht-Flüchtlinge (also des überwiegenden Teils der Erwerbsbevölkerung, der bereits seit Längerem ansässig ist) wird im Basisszenario mit einem Alterskohortenmodell fortgeschrieben, während im Alternativszenario ein Zeitreihenmodell zum Einsatz kommt. Das Alterskohortenmodell hat den Vorteil, dass Verschiebungen in der Altersstruktur – und damit der Teilhabe am Arbeitsmarkt insgesamt – explizit berücksichtigt werden. Da sich in den kommenden Jahren die Alterspyramide verstärkt in Richtung von älteren Personen mit einer geringeren Erwerbsbeteiligung verschieben wird, dürfte dies für sich genommen die durchschnittliche Partizipationsquote der Nicht-Flüchtlinge sinken lassen. Im Zeitreihenmodell des Alternativszenarios wird diesem Umstand nicht Rechnung getragen und der steigende Trend der Partizipationsquote der vergangenen Jahre in die Zukunft fortgeschrieben. Dahinter kann sich die Annahme verbergen, dass mit der Alterung der Gesellschaft auch die Erwerbsbeteiligung älterer Personen zunimmt, etwa weil durch Änderungen beim Abgaben- und Transfersystem die Arbeitsanreize erhöht wurden. Während daher im Basisszenario die trendmäßige Partizipationsquote aufgrund der Alterung sinkt, setzt sie im Alternativszenario ihren Anstieg fort (vgl. Abb. 3.3 B).

Den dritten Unterschied zwischen beiden Szenarien macht die Fortschreibung der potenziellen Investitionsquote aus. In beiden Methoden kommt ein Zeitreihenmodell zur Anwendung. Da die potenzielle Investitionsquote aber bereits seit Anfang der 1990er-Jahre einen fallenden Trend aufweist, wird bei der Fortschreibung im Basisszenario darauf Rücksicht genommen. Analog zur TFP-Fortschreibung würde die potenzielle Investitionsquote im Alternativszenario zu einem historischen Durchschnitt zurückkehren, der angesichts des fallenden Trends eher optimistisch erscheint (vgl. Abb. 3.3 C). Im Basisszenario wird dem entgegengewirkt und die potenzielle Investitionsquote verharrt im Prognosezeitraum auf dem zuletzt geschätzten Niveau. Dahinter steht die Annahme, dass sich mit Abwanderung der Industrie auch die Investitionen in sonstige Anlagen spürbar verlangsamen, da diese Investitionen eine deutlich geringere Bedeutung bei den Dienstleistungsbereichen aufweisen.

Zum einen unterscheidet sich somit in beiden Szenarien die Entwicklung des trendmäßigen Arbeitsvolumens. Während die sinkende Partizipationsquote im Basisszenario auch das Arbeitsvolumen ab dem Jahr 2025 schrumpfen lässt und damit das Wachstum des Produktionspotenzials dämpft, trägt das Arbeitsvolumen im Alternativszenario weiter positiv zum Potenzialwachstum bei (vgl. Abb. 3.3 D). Zum anderen kommt es im Alternativszenario zu einer deutlich dynamischeren Entwicklung der trendmäßigen Arbeitsproduktivität (vgl. Abb. 3.3 E und F). Unter gewissen Annahmen (Cobb-Douglas-Produktionsfunktion) lässt sie sich als Summe der TFP-Trendrate und dem Beitrag der trendmäßigen Kapitalintensivierung des Produktionsprozesses darstellen. Während im Basisszenario die TFP-Trendrate deutlich schwächer expandiert als im Alternativszenario, fallen die Unterschiede beim Beitrag des trendmäßigen Anstiegs der Kapitalintensität ähnlich groß aus. So beschleunigt sich das Trendwachstum der Arbeitsproduktivität im Basisszenario bis zum Ende des Projektionszeitraum nur wenig auf knapp 0,6 %, während es im Alternativszenario spürbar auf 0,8 % steigt.

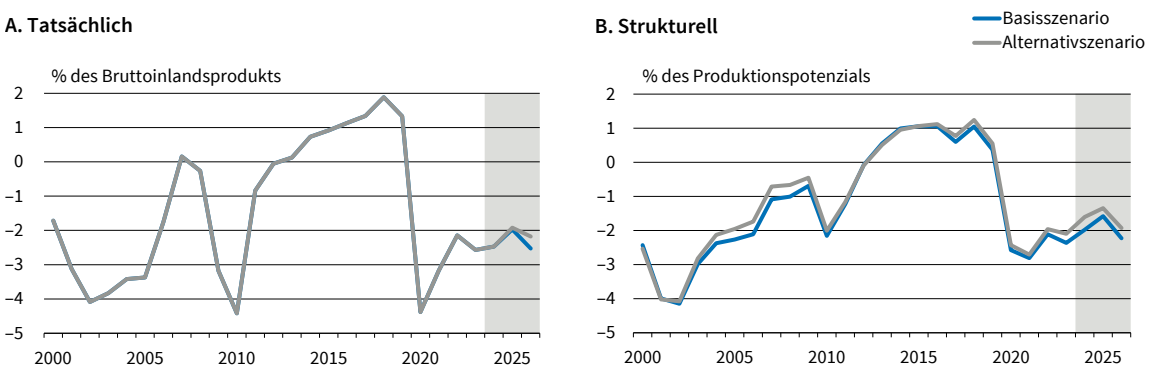
4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

Die Ausrichtung der Finanzpolitik kann neben der Aggregation konkreter finanzpolitischer Maßnahmen (vgl. Abschnitt 2.4. »Finanzpolitik restriktiv ausgerichtet«) auch mit der Veränderung der strukturellen Budgetsalden beurteilt werden. Dabei wird insbesondere die Veränderung des strukturellen Primärsaldos zu Rate gezogen, der im Vergleich zum staatlichen Finanzierungssaldo um Zinsausgaben, konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte bereinigt wird. Dadurch sollen die diskretionären Elemente der Finanzpolitik isoliert werden. Ein Vergleich beider Methoden dient zur gegenseitigen Validierung.

In der vorliegenden Prognose wurden zwei Szenarien für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2025 und 2026 betrachtet, die unterschiedliche Auswirkungen auf die staatlichen Haushalte, sei es direkt über zusätzliche Ausgaben oder indirekt über konjunkturabhängige Steuereinnahmen, haben (vgl. Abschnitt 2.17. »Hohe staatliche Defizite bleiben bestehen«). Im Alternativszenario ergibt sich im Vergleich zum Basisszenario ein leicht geringeres Finanzierungs- und Primärdefizit im Jahr 2025 und merklich geringere Defizite im Jahr 2026 (vgl. Abb. 4.1 A und Abb. 4.2 A). Beim Vergleich der strukturellen Salden spielen zusätzlich die unterschiedlichen Schätzungen des Produktionspotenzials und die unterschiedlichen Entwicklungen des Bruttoinlandsprodukts für die Berechnungen der Konjunkturkomponenten der Finanzierungssalden eine Rolle (vgl. Abschnitt 3. »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«). Die Konjunkturkomponente ist das Produkt aus der Produktionslücke und der Budgetsemielastizität, ein Maß für die Sensitivität der staatlichen Finanzierungssalden im Hinblick auf eine Veränderung des Bruttoinlandsprodukts. In den Jahren 2024 und 2025 ist die Produktionslücke und damit auch die Konjunkturkomponente im Basisszenario etwas weniger negativ als im Alternativszenario (vgl. Tab. 4.1). Dadurch ergibt sich im Basisszenario ein höheres strukturelles Primärdefizit, trotz fast identischer Finanzierungssalden. Dies gilt auch für das Jahr 2026, hier allerdings bedingt durch die unterschiedlichen Finanzierungssalden. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt fallen die Differenzen des Primärsaldos zwischen beiden Szenarien moderat aus und betragen zwischen 0,2 und 0,3 Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum (vgl. Abb. 4.2 B).

Abb. 4.1

Finanzierungssaldo

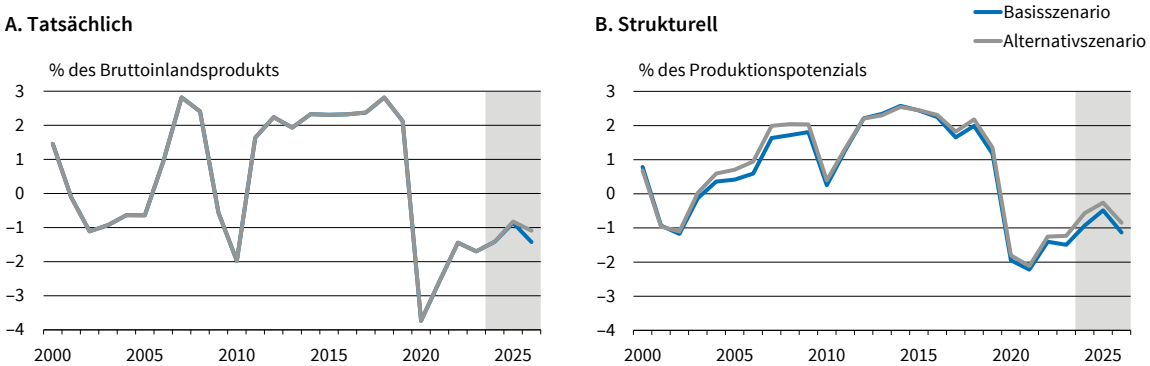


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4.2

Primärsaldo



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 4.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktueller Primärsaldo des Staats
A. Basisszenario
in Mrd. Euro

	2022	2023	2024	2025	2026
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–84,9	–107,5	–106,4	–87,0	–114,9
Konjunkturkomponente[a]	6,7	–8,2	–20,4	–16,6	–13,0
Struktureller Finanzierungssaldo	–83,0	–99,3	–86,0	–70,5	–101,8
Struktureller Primärsaldo	–55,2	–62,8	–40,5	–21,6	–51,7
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–91,5	–99,3	–86,0	–70,5	–101,8
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Primärsaldo	–63,7	–62,8	–40,5	–21,6	–51,7

B. Alternativszenario
in Mrd. Euro

	2022	2023	2024	2025	2026
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–84,9	–107,5	–106,4	–85,5	–100,4
Konjunkturkomponente[a]	1,0	–19,0	–36,1	–24,9	–11,1
Struktureller Finanzierungssaldo	–77,4	–88,5	–70,3	–60,5	–89,3
Struktureller Primärsaldo	–49,5	–51,9	–24,8	–11,6	–39,2
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–85,9	–88,5	–70,3	–60,5	–89,3
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Primärsaldo	–58,0	–51,9	–24,8	–11,6	–39,2

[a] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2024

Bei der Veränderung der strukturellen Primärsalden, die als Orientierung für den Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik dienen soll, sind die Unterschiede zwischen beiden Szenarien nicht sonderlich groß. In Basisszenario sind restriktive Impulse in ähnlichem Umfang für die Jahre 2024 und 2025 angezeigt, ähnlich zu der Maßnahmenmethode. Im Alternativszenario fällt er im Jahr 2024 etwas stärker und im Jahr 2025 etwas schwächer aus. Letzteres passt zur Annahme, dass der Staat im Alternativszenario Maßnahmen initiiert, die zu Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen führen. Im Jahr 2026 ergibt sich nach der Saldenmethode in beiden Szenarien eine ähnliche, expansive Ausrichtung der Finanzpolitik, im Gegensatz zur leicht restriktiven Ausrichtung in der Maßnahmenmethode.

Im Trend setzt sich jedoch in beiden Szenarien die seit Ende der Coronakrise zu beobachtende Rückkehr in Richtung eines ausgeglichenen strukturellen Primärsaldos fort. Würde man nur die strukturellen Finanzierungssalden betrachten, wäre aufgrund der gestiegenen Zinskosten eher eine Seitwärtsbewegung zu beobachten (vgl. Abb. 4.1 B).

Im Hinblick auf die Jahre 2025 und 2026 sei an dieser Stelle nochmal auf die Unsicherheit dieser Prognose hingewiesen, die sich zum einen aus der Schwierigkeit der Differenzierung zwischen strukturellen und konjunkturellen Einflussfaktoren am aktuellen Rand ergibt, zum anderen aber auch aufgrund des Koalitions-Aus, der anstehenden Neuwahlen und der Abwesenheit eines Bundeshaushalts 2025. Dadurch unterliegt insbesondere die Prognose zur Ausrichtung der Finanzpolitik einer erheblichen Unsicherheit, da von zusätzlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung auszugehen ist. Mit der Annahme von Mehrausgaben bzw. Mindereinahmen, die darauf abzielen, die öffentlichen und privaten Investitionen anzuregen, trägt das Alternativszenario diesem Umstand Rechnung.

Abgeschlossen am Freitag, 6. Dezember 2024

5. Referenzen

Amatyakul, P., D. Igan und M. J. Lombardi (2024), »Sectoral Price Dynamics in the Last Mile of Post-Covid-19 Disinflation«, *BIS Quarterly Review*, March, 45–57.

Baker, S. R., N. Bloom und S. J. Davis (2016), »Measuring Economic Policy Uncertainty«, *The Quarterly Journal of Economics* 131(4), 1593–1636.

Baur, A., L. Flach und D. Hillrichs (2024), »Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen vor der US-Wahl: Auswirkungen eines Trump-Comebacks«, *ifo Schnelldienst* 77(9), 8–12.

Bundesministerium der Verteidigung (2024); *18. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten* – Teil 1, Berlin.

Devereux, J. und M. Connolly (1996), »Commercial Policy, the Terms of Trade and the Real Exchange Rate Revisited«, *Journal of Development Economics* 50(1), 81–99.

Dorn, F., J. Hennrich, K. Wohlrabe und T. Wollmershäuser (2024), »Zu den wirtschaftlichen Effekten von sportlichen Großereignissen«, *ifo Schnelldienst digital* 5(6).

Eickelpasch, A. (2014), »Funktionaler Strukturwandel in der Industrie: Bedeutung produktionsnaher Dienste nimmt zu«, *DIW Wochenbericht* 33, 759–770.

Havik, K., K. McMorrow, F. Orlandi, C. Planas, R. Raciborski, W. Roeger, A. Rossi, A. Thum-Thysen und V. Vandermeulen (2014), »The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps«, European Economy Economic Papers 535, Brüssel.

ifo Institut (2024a), »ifo Institut kappt Wachstumsprognose für 2024 auf 0,7 %«, Pressemitteilung, 24. Januar, verfügbar unter: https://www.ifo.de/pressemitteilung/2024-01-24/ifo-institut-kappt-wachstumsprognose-fuer-2024.

ifo Institut (2024b), »Weniger Neueinstellungen, Kurzarbeit steigt«, Pressemitteilung, 28. November, verfügbar unter: https://www.ifo.de/pressemitteilung/2024-11-28/weniger-neueinstellungen-kurzarbeit-steigt-november-2024.

KfW Research (2024), »Weniger Unternehmen vermelden Fachkräftemangel«, Pressemitteilung der KfW Bankengruppe, 9.Dezember.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2024), »Zur Diskrepanz zwischen Bruttowertschöpfung und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe«, *ifo Schnelldienst* 77(2), 55–60.

Nierhaus, W. und K. Abberger (2024), »Vorjahrespreisbasis, Aggregation und Quoten«, *ifo Schnelldienst* 77(12), 58–63.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023), *Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023, Halle (Saale).

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024), *Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024, Berlin.

Šauer, R. (2022), »ifo DSGE Model 2.0«, ifo Working Paper 366.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsprodukt und Nationaleinkommen nach ESVG 2010 – Methoden und Grundlagen*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Vierteljährliche Inlandsproduktberechnung nach ESVG 2010 – Methoden und Grundlagen*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2022a), »Industrie, Verarbeitendes Gewerbe: Revision des industriellen Produktionsindex im Bereich Automobilproduktion«, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/Methoden/Erlaeuterungen/produktionsindex-revision-automobilproduktion.html, aufgerufen am 13. Dezember 2023.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2022b), *Qualitätsbericht – Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe* – 2021, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2024), »Hintergrundpapier zur Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland«, 27. August, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/hintergrundpapier-vgr-revision-2024.html.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, G. Wolf und L. Zarges (2023), »ifo Konjunkturprognose Winter 2023: Konjunkturerholung verzögert sich – Haushaltslücke birgt neue Risiken«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Dezember 2023.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Schasching, G. Wolf und L. Zarges (2024a), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2024: Neue Hoffnung, aber (noch) kein Sommermärchen: Deutsche Wirtschaft arbeitet sich langsam aus der Krise«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Juni 2024.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, G. Wolf und L. Zarges (2024b), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024: Deutsche Wirtschaft wie gelähmt«, *ifo Schnelldienst digital* 5(2).

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, M. Schasching, G. Wolf und L. Zarges (2024c), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2024: Deutsche Wirtschaft steckt in der Krise fest«, *ifo Schnelldienst digital* 5(7).

Ziebarth, N. und S. Pichler (2024), »Einordnung des deutlichen Anstiegs der krankheitsbedingten Fehlzeiten seit 2022«, ZEW Policy Brief Nr. 18.

6. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2024				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 898,3	2 626,0	463,9	808,4	-
2	–	Abschreibungen	891,0	491,2	119,5	280,3	-
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 007,3	2 134,8	344,3	528,1	– 182,5
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 335,7	1 697,5	352,0	286,2	20,0
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,8	30,0	0,3	10,5	-
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	57,2	54,9	0,1	2,2	-
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	688,0	462,3	–7,9	233,6	–202,5
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 339,9	-	-	2 339,9	15,7
9	–	Geleistete Subventionen	52,4	-	52,4	-	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	440,2	-	440,2	-	5,2
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 074,5	983,0	45,5	46,0	422,4
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 217,1	701,0	32,7	483,4	279,8
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 558,4	180,3	367,2	3 010,9	–329,3
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	537,6	129,5	-	408,1	14,7
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	551,5	-	551,5	-	0,7
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	908,6	-	-	908,6	3,6
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	907,2	157,4	749,0	0,8	5,0
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	785,7	84,6	700,2	0,8	0,7
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	775,5	-	-	775,5	10,9
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	456,2	268,1	89,1	99,0	97,3
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	399,0	235,3	31,2	132,5	154,5
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 503,5	90,9	909,5	2 503,1	–274,5
23	–	Konsumausgaben	3 215,5	-	947,4	2 268,1	-
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–57,8	-	57,8	-
25	=	Sparen	288,1	33,1	–37,9	292,9	–274,5
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	114,5	13,9	84,7	15,9	7,1
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	91,9	52,0	20,2	19,7	29,6
28	–	Bruttoinvestitionen	904,6	504,3	124,1	276,2	-
29	+	Abschreibungen	891,0	491,2	119,5	280,3	-
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	15,2	15,4	– 0,5	0,3	–15,2
31	=	Finanzierungssaldo	236,8	42,8	–106,4	300,4	–236,8
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 503,5	90,9	909,5	2 503,1	–274,5
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	591,5	-	591,5	-	-
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	591,5	-	-	591,5	-
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 503,5	90,9	318,0	3 094,7	–274,5
38	–	Konsum 3)	3 215,5	-	355,9	2 859,6	-
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–57,8	-	57,8	-
40	=	Sparen	288,1	33,1	–37,9	292,9	–274,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte undprivate Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2025 (Basisszenario)				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 998,8	2 697,6	480,5	820,7	-
2	–	Abschreibungen	919,9	511,2	124,4	284,4	-
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 078,9	2 186,4	356,1	536,4	–155,7
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 399,0	1 741,4	363,3	294,3	20,5
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,1	35,6	0,3	12,3	-
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	52,5	50,2	0,1	2,2	-
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	684,3	459,7	–7,4	232,0	–176,3
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 403,6	-	-	2 403,6	16,0
9	–	Geleistete Subventionen	47,4	-	47,4	-	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	459,9	-	459,9	-	5,4
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	969,1	878,6	48,9	41,5	379,4
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 115,5	570,2	33,0	512,3	233,0
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 646,8	151,2	389,2	3 106,4	–306,5
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	555,9	129,6	-	426,2	14,9
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	570,0	-	570,0	-	0,7
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	966,9	-	-	966,9	3,8
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	965,4	179,2	785,4	0,8	5,3
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	821,6	86,3	734,5	0,8	0,8
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	811,2	-	-	811,2	11,2
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	459,5	273,4	94,0	92,1	100,9
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	406,8	240,0	31,0	135,7	153,6
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 596,2	81,0	947,2	2 568,1	–256,0
23	–	Konsumausgaben	3 316,7	-	983,0	2 333,7	-
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–58,7	-	58,7	-
25	=	Sparen	279,5	22,3	–35,8	293,1	–256,0
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	100,4	14,2	69,9	16,3	7,2
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	85,5	44,1	21,3	20,1	22,1
28	–	Bruttoinvestitionen	943,5	536,0	127,5	280,0	-
29	+	Abschreibungen	919,9	511,2	124,4	284,4	-
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	15,4	15,5	–0,5	0,4	–15,4
31	=	Finanzierungssaldo	225,7	11,8	–87,0	301,0	–225,7
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 596,2	81,0	947,2	2 568,1	–256,0
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	619,4	-	619,4	-	-
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	619,4	-	-	619,4	-
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 596,2	81,0	327,8	3 187,4	–256,0
38	–	Konsum 3)	3 316,7	-	363,6	2 953,1	-
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–58,7	-	58,7	-
40	=	Sparen	279,5	22,3	–35,8	293,1	–256,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staats für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2026 (Basisszenario)				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	4 117,3	2 779,8	495,5	841,9	-
2	–	Abschreibungen	944,1	525,9	128,4	289,8	-
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 173,1	2 254,0	367,1	552,1	–144,8
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 470,5	1 793,3	374,2	303,1	21,0
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	50,7	38,0	0,3	12,4	-
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	53,4	51,1	0,1	2,2	-
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	705,4	473,8	–7,3	238,9	–165,8
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 475,3	-	-	2 475,3	16,2
9	–	Geleistete Subventionen	48,4	-	48,4	-	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	474,0	-	474,0	-	5,5
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	970,3	879,9	50,1	40,3	367,2
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 121,2	595,7	33,2	492,2	216,4
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 757,2	189,6	401,5	3 166,1	–300,2
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	566,3	131,4	-	434,9	15,1
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	580,5	-	580,5	-	0,8
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	992,5	-	-	992,5	4,0
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	990,9	182,7	807,4	0,8	5,6
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	853,2	88,0	764,3	0,8	0,8
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	842,8	-	-	842,8	11,2
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	478,2	278,9	105,5	93,9	105,0
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	416,5	244,8	31,2	140,5	166,7
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 697,7	118,8	950,8	2 628,2	–240,7
23	–	Konsumausgaben	3 411,0	-	1 014,5	2 396,5	-
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–60,0	-	60,0	-
25	=	Sparen	286,7	58,8	–63,8	291,7	–240,7
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	101,9	14,5	70,8	16,6	7,4
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	87,1	44,5	22,0	20,6	22,2
28	–	Bruttoinvestitionen	990,2	568,8	131,3	290,2	-
29	+	Abschreibungen	944,1	525,9	128,4	289,8	-
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	15,4	15,6	–0,5	0,3	–15,4
31	=	Finanzierungssaldo	210,4	30,3	–114,9	295,0	–210,4
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 697,7	118,8	950,8	2 628,2	–240,7
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	646,4	-	646,4	-	-
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	646,4	-	-	646,4	-
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 697,7	118,8	304,4	3 274,5	–240,7
38	–	Konsum 3)	3 411,0	-	368,1	3 042,9	-
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–60,0	-	60,0	-
40	=	Sparen	286,7	58,8	–63,8	291,7	–240,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staats für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2025 (Alternativszenario)				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	4 025,4	2 722,1	480,5	822,8	-
2	–	Abschreibungen	920,2	511,3	124,4	284,5	-
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 105,2	2 210,9	356,1	538,3	–168,7
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 410,4	1 751,4	363,3	295,7	20,6
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,1	35,6	0,3	12,3	-
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	52,5	50,2	0,1	2,2	-
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	699,3	474,1	–7,4	232,5	–189,3
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 414,9	-	-	2 414,9	16,1
9	–	Geleistete Subventionen	47,4	-	47,4	-	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	461,4	-	461,4	-	5,4
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	988,6	898,2	48,9	41,5	388,3
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 136,2	590,8	33,0	512,4	240,8
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 675,6	166,7	390,6	3 118,2	–320,4
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	557,7	129,5	-	428,3	14,9
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,9	-	571,9	-	0,7
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	970,3	-	-	970,3	3,8
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	968,8	179,2	788,8	0,8	5,3
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	820,2	86,3	733,0	0,8	0,8
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	809,8	-	-	809,8	11,2
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	459,5	273,4	94,0	92,1	100,9
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	406,8	240,0	31,0	135,7	153,6
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 625,0	96,7	955,3	2 573,0	–269,9
23	–	Konsumausgaben	3 324,7	-	983,0	2 341,7	-
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–58,7	-	58,7	-
25	=	Sparen	300,4	38,0	–27,6	290,0	–269,9
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	103,4	14,2	72,9	16,3	7,2
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	87,9	47,1	20,7	20,1	22,7
28	–	Bruttoinvestitionen	950,6	539,6	130,5	280,5	-
29	+	Abschreibungen	920,2	511,3	124,4	284,5	-
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	15,4	15,6	–0,5	0,4	–15,4
31	=	Finanzierungssaldo	239,0	27,0	–85,5	297,5	–239,0
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 625,0	96,7	955,3	2 573,0	–269,9
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	619,4	-	619,4	-	-
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	619,4	-	-	619,4	-
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 625,0	96,7	336,0	3 192,3	–269,9
38	–	Konsum 3)	3 324,7	-	363,6	2 961,1	-
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–58,7	-	58,7	-
40	=	Sparen	300,4	38,0	–27,6	290,0	–269,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staats für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2026 (Alternativszenario)				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	4 182,9	2 836,4	495,5	851,0	-
2	–	Abschreibungen	946,4	527,1	128,4	290,8	-
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 236,5	2 309,3	367,1	560,1	–171,4
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 498,0	1 817,3	374,2	306,6	21,4
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	50,7	38,0	0,3	12,4	-
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	53,4	51,1	0,1	2,2	-
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	741,2	505,1	–7,3	243,4	–192,7
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 502,8	-	-	2 502,8	16,6
9	–	Geleistete Subventionen	48,4	-	48,4	-	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	475,2	-	475,2	-	5,5
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 021,6	931,1	50,1	40,3	396,9
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 174,8	646,3	33,2	495,2	243,7
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 824,1	220,3	402,7	3 201,1	–329,0
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	574,8	131,8	-	443,0	15,1
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	589,0	-	589,0	-	0,8
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	1 001,0	-	-	1 001,0	4,0
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	999,4	182,7	815,9	0,8	5,6
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	849,9	88,0	761,0	0,8	0,8
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	839,5	-	-	839,5	11,2
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	478,2	278,9	105,5	93,9	105,0
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	416,5	244,8	31,2	140,5	166,7
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 764,6	149,1	972,3	2 643,2	–269,5
23	–	Konsumausgaben	3 429,9	-	1 014,5	2 415,4	-
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–60,0	-	60,0	-
25	=	Sparen	334,7	89,1	–42,2	287,8	–269,5
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	105,0	14,5	73,8	16,6	7,4
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	89,5	47,5	21,3	20,6	22,9
28	–	Bruttoinvestitionen	1 011,5	585,8	134,7	291,0	-
29	+	Abschreibungen	946,4	527,1	128,4	290,8	-
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	15,5	15,7	–0,5	0,3	–15,5
31	=	Finanzierungssaldo	238,5	47,8	–100,4	291,2	–238,5
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 764,6	149,1	972,3	2 643,2	–269,5
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	646,4	-	646,4	-	-
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	646,4	-	-	646,4	-
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 764,6	149,1	325,9	3 289,6	–269,5
38	–	Konsum 3)	3 429,9	-	368,1	3 061,8	-
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	–60,0	-	60,0	-
40	=	Sparen	334,7	89,1	–42,2	287,8	–269,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staats für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Basisszenario
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024 (2)	2025 (2)	2026 (2)	2024		2025 (2)		2026 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	0,2	–0,2	0,2	0,4	0,1	–0,2	–0,1	0,2	0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	–0,4	0,2	0,5	–1,0	0,1	0,2	0,2	0,1	0,9
Arbeitsvolumen	–0,2	0,0	0,7	–0,6	0,2	–0,1	0,1	0,2	1,0
Produktivität 4)	0,1	0,4	0,1	0,3	–0,1	0,2	0,6	0,3	–0,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	–0,1	0,4	0,8	–0,3	0,1	0,1	0,7	0,5	1,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	3 215,5	3 316,7	3 411,0	1 570,7	1 644,7	1 618,7	1 698,0	1 662,9	1 748,1
Private Konsumausgaben 5)	2 268,1	2 333,7	2 396,5	1 108,7	1 159,3	1 138,0	1 195,7	1 168,4	1 228,1
Konsumausgaben des Staates	947,4	983,0	1 014,5	462,0	485,4	480,7	502,3	494,5	520,0
Bruttoanlageinvestitionen	895,6	903,5	930,1	438,4	457,2	437,3	466,1	448,2	481,9
Bauten	462,8	463,0	474,1	229,7	233,0	227,4	235,6	231,5	242,6
Ausrüstungen	263,9	263,5	273,3	127,8	136,2	124,9	138,6	128,6	144,7
Sonstige Anlagen	168,9	176,9	182,8	80,9	88,0	85,0	91,9	88,2	94,6
Vorratsveränderungen 6)	9,0	40,0	60,1	6,2	2,8	30,3	9,8	37,2	22,9
Inländische Verwendung	4 120,0	4 260,2	4 401,2	2 015,4	2 104,7	2 086,3	2 173,8	2 148,3	2 252,9
Außenbeitrag	182,5	155,7	144,8	110,3	72,3	88,0	67,8	82,0	62,8
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	4,2	3,5	3,2	5,2	3,3	4,0	3,0	3,7	2,7
Exporte	1 821,4	1 844,4	1 899,0	913,7	907,6	911,0	933,4	935,3	963,7
Importe	1 638,8	1 688,6	1 754,1	803,5	835,3	823,0	865,6	853,3	900,8
Bruttoinlandsprodukt	4 302,6	4 415,9	4 546,0	2 125,6	2 177,0	2 174,3	2 241,6	2 230,3	2 315,7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,4	3,1	2,8	3,8	2,9	3,1	3,2	2,7	3,0
Private Konsumausgaben 5)	2,8	2,9	2,7	3,0	2,6	2,6	3,1	2,7	2,7
Konsumausgaben des Staates	4,7	3,8	3,2	5,8	3,6	4,0	3,5	2,9	3,5
Bruttoanlageinvestitionen	–0,5	0,9	3,0	–0,8	–0,2	–0,2	2,0	2,5	3,4
Bauten	–0,7	0,1	2,4	–1,6	0,2	–1,0	1,1	1,8	3,0
Ausrüstungen	–4,3	–0,2	3,7	–3,7	–4,8	–2,2	1,8	2,9	4,4
Sonstige Anlagen	6,9	4,8	3,3	7,0	6,7	5,1	4,4	3,7	2,9
Inländische Verwendung	2,5	3,4	3,3	2,1	2,9	3,5	3,3	3,0	3,6
Exporte	0,3	1,3	3,0	–0,3	0,8	–0,3	2,8	2,7	3,2
Importe	–0,6	3,0	3,9	–3,4	2,2	2,4	3,6	3,7	4,1
Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,6	2,9	3,3	2,3	2,3	3,0	2,6	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020) a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 696,4	2 720,0	2 745,5	1 330,0	1 366,4	1 340,6	1 379,4	1 352,7	1 392,8
Private Konsumausgaben 5)	1 883,7	1 897,8	1 914,9	927,4	956,3	931,9	965,9	939,6	975,3
Konsumausgaben des Staates	813,1	822,7	831,1	402,8	410,3	409,0	413,6	413,4	417,7
Bruttoanlageinvestitionen	709,3	704,5	715,1	348,4	360,9	341,7	362,9	345,1	370,0
Bauten	333,9	330,2	334,4	166,6	167,4	162,4	167,8	163,7	170,7
Ausrüstungen	225,2	220,9	225,0	109,1	116,1	104,9	116,0	105,9	119,1
Sonstige Anlagen	153,4	157,3	159,7	73,8	79,6	75,7	81,6	77,1	82,6
Inländische Verwendung	3 445,0	3 481,6	3 514,9	1 694,7	1 750,3	1 716,6	1 764,9	1 729,5	1 785,5
Exporte	1 518,4	1 521,6	1 553,1	764,5	753,9	753,5	768,0	766,7	786,4
Importe	1 350,1	1 374,5	1 411,6	664,6	685,6	673,0	701,5	689,3	722,4
Bruttoinlandsprodukt	3 611,0	3 626,0	3 653,5	1 794,0	1 817,0	1 796,0	1 830,1	1 805,5	1 848,0
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	0,7	0,9	0,9	0,8	0,7	0,8	1,0	0,9	1,0
Private Konsumausgaben 5)	0,1	0,7	0,9	0,1	0,1	0,5	1,0	0,8	1,0
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,2	1,0	2,3	2,2	1,5	0,8	1,1	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	–2,9	–0,7	1,5	–3,1	–2,8	–1,9	0,5	1,0	2,0
Bauten	–3,6	–1,1	1,3	–4,3	–2,9	–2,5	0,3	0,7	1,8
Ausrüstungen	–5,9	–1,9	1,9	–5,5	–6,3	–3,8	–0,2	1,0	2,7
Sonstige Anlagen	4,1	2,5	1,6	4,6	3,6	2,6	2,4	1,8	1,3
Inländische Verwendung	0,1	1,1	1,0	–0,8	1,0	1,3	0,8	0,7	1,2
Exporte	–0,6	0,2	2,1	–0,6	–0,5	–1,4	1,9	1,7	2,4
Importe	–0,1	1,8	2,7	–1,9	1,6	1,3	2,3	2,4	3,0
Bruttoinlandsprodukt	–0,1	0,4	0,8	–0,3	0,1	0,1	0,7	0,5	1,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Basisszenario

	2024 (2)	2025 (2)	2026 (2)	2024		2025 (2)		2026 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	2,6	2,3	1,9	3,0	2,2	2,2	2,3	1,8	2,0
Private Konsumausgaben 5)	2,7	2,1	1,8	2,9	2,6	2,1	2,1	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	2,4	2,5	2,2	3,4	1,4	2,5	2,6	1,8	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	1,6	1,4	2,4	2,7	1,7	1,4	1,5	1,4
Bauten	3,0	1,2	1,1	2,8	3,1	1,5	0,8	1,0	1,2
Ausrüstungen	1,7	1,8	1,8	1,8	1,6	1,6	2,0	2,0	1,7
Sonstige Anlagen	2,6	2,2	1,7	2,3	3,0	2,5	2,0	1,8	1,6
Inländische Verwendung	2,5	2,3	2,3	3,0	2,0	2,2	2,4	2,2	2,4
Exporte	0,8	1,1	0,9	0,4	1,3	1,2	0,9	0,9	0,8
Importe	–0,5	1,2	1,1	–1,5	0,6	1,1	1,3	1,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,2	2,2	3,6	2,3	2,2	2,2	2,0	2,3
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3 010,9	3 106,4	3 166,1	1 473,8	1 537,1	1 519,1	1 587,3	1 544,7	1 621,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	397,3	415,0	428,9	193,4	203,9	200,8	214,3	207,8	221,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 942,6	1 988,5	2 046,4	932,0	1 010,6	952,2	1 036,4	982,6	1 063,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	671,0	702,9	690,8	348,3	322,6	366,2	336,6	354,3	336,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	547,5	540,3	591,1	268,2	279,3	257,0	283,3	276,7	314,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 558,4	3 646,8	3 757,2	1 742,0	1 816,4	1 776,1	1 870,6	1 821,5	1 935,7
Abschreibungen	891,0	919,9	944,1	441,9	449,1	457,7	462,2	469,9	474,3
Bruttonationaleinkommen	4 449,4	4 566,7	4 701,3	2 183,8	2 265,6	2 233,8	2 332,8	2 291,3	2 410,0
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 170,5	3 234,3	3 331,5	1 548,9	1 621,7	1 569,5	1 664,8	1 608,3	1 723,2
Arbeitnehmerentgelte	2 339,9	2 403,6	2 475,3	1 125,5	1 214,5	1 152,9	1 250,6	1 190,4	1 284,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	830,6	830,7	856,3	423,4	407,2	416,5	414,2	417,9	438,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,0	3,2	1,9	4,3	3,7	3,1	3,3	1,7	2,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	4,5	3,4	4,8	2,8	3,8	5,1	3,5	3,2
Bruttolöhne und -gehälter	5,2	2,4	2,9	6,2	4,3	2,2	2,6	3,2	2,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,9	2,5	2,7	5,7	4,2	2,4	2,6	2,9	2,4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,0	0,6	3,2	6,2	4,0	0,7	0,4	3,4	2,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	0,6	4,8	–1,7	–0,8	2,1	5,1	4,3	–3,2	0,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	–5,3	–1,3	9,4	–2,7	–7,7	–4,2	1,4	7,7	10,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	2,5	3,0	3,1	1,7	2,0	3,0	2,6	3,5
Abschreibungen	3,8	3,2	2,6	3,5	4,2	3,6	2,9	2,7	2,6
Bruttonationaleinkommen	2,7	2,6	2,9	3,2	2,2	2,3	3,0	2,6	3,3
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	1,2	2,0	3,0	1,9	0,5	1,3	2,7	2,5	3,5
Arbeitnehmerentgelte	5,0	2,7	3,0	6,0	4,1	2,4	3,0	3,3	2,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	–8,3	0,0	3,1	–7,7	–8,9	–1,6	1,7	0,3	5,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E. a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1 962,2	1 999,0	2 072,8	945,8	1 016,3	965,2	1 033,8	1 003,7	1 069,2
Nettolöhne und -gehälter	1 355,4	1 361,4	1 408,2	645,3	710,1	648,6	712,8	672,7	735,5
Monetäre Sozialleistungen	775,5	811,2	842,8	383,9	391,6	402,3	408,8	419,1	423,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	168,7	173,6	178,2	83,3	85,3	85,7	87,8	88,1	90,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	671,0	702,9	690,8	348,3	322,6	366,2	336,6	354,3	336,5
Sonstige Transfers (Saldo)	–130,0	–133,8	–135,5	–58,7	–71,3	–61,0	–72,8	–60,7	–74,8
Verfügbares Einkommen	2 503,1	2 568,1	2 628,2	1 235,5	1 267,7	1 270,4	1 297,7	1 297,3	1 330,8
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	57,8	58,7	60,0	28,0	29,8	28,3	30,4	28,9	31,0
Private Konsumausgaben 5)	2 268,1	2 333,7	2 396,5	1 108,7	1 159,3	1 138,0	1 195,7	1 168,4	1 228,1
Sparen	292,9	293,1	291,7	154,8	138,1	160,7	132,4	157,9	133,8
Sparquote 7)	11,4	11,2	10,9	12,2	10,6	12,4	10,0	11,9	9,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	5,6	1,9	3,7	6,6	4,7	2,0	1,7	4,0	3,4
Nettolöhne und -gehälter	5,4	0,4	3,4	6,7	4,1	0,5	0,4	3,7	3,2
Monetäre Sozialleistungen	6,1	4,6	3,9	6,5	5,8	4,8	4,4	4,2	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	5,9	2,9	2,7	7,7	4,3	2,9	2,9	2,8	2,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	0,6	4,8	–1,7	–0,8	2,1	5,1	4,3	–3,2	0,0
Verfügbares Einkommen	4,1	2,6	2,3	4,4	3,9	2,8	2,4	2,1	2,6
Private Konsumausgaben 5)	2,8	2,9	2,7	3,0	2,6	2,6	3,1	2,7	2,7
Sparen	14,2	0,1	–0,5	13,8	14,7	3,9	–4,2	–1,8	1,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Basisszenario

	2024 (2)	2025 (2)	2026 (2)	2024		2025 (2)		2026 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	991,7	1 029,9	1 054,5	487,9	503,8	502,8	527,1	513,2	541,3
Nettosozialbeiträge	749,0	785,4	807,4	364,3	384,6	381,2	404,2	392,6	414,8
Vermögenseinkünfte	32,7	33,0	33,2	17,6	15,1	17,7	15,3	17,9	15,4
Sonstige Übertragungen	31,2	31,0	31,2	13,7	17,5	13,6	17,5	13,6	17,6
Vermögensübertragungen	20,2	21,3	22,0	8,9	11,3	9,5	11,9	9,8	12,2
Verkäufe	183,2	191,5	200,0	85,1	98,1	90,0	101,5	94,5	105,5
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
Einnahmen insgesamt	2 008,1	2 092,2	2 148,4	977,6	1 030,5	1 014,7	1 077,5	1 041,7	1 106,8
Ausgaben									
Vorleistungen	277,9	286,7	294,0	128,2	149,6	134,2	152,5	136,8	157,3
Arbeitnehmerentgelte	352,0	363,3	374,2	170,2	181,8	175,3	187,9	180,5	193,6
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	45,5	48,9	50,1	22,6	22,9	24,6	24,3	25,4	24,8
Subventionen	52,4	47,4	48,4	25,4	27,0	21,7	25,8	22,1	26,3
Monetäre Sozialleistungen	700,2	734,5	764,3	346,3	353,9	364,1	370,3	380,0	384,4
Soziale Sachleistungen	388,9	407,2	425,0	193,0	195,9	202,8	204,5	211,1	213,8
Sonstige Transfers	89,1	94,0	105,5	43,0	46,1	45,7	48,3	51,4	54,0
Vermögenstransfers	84,7	69,9	70,8	38,2	46,5	27,9	42,0	28,2	42,6
Bruttoinvestitionen	124,1	127,5	131,3	54,9	69,2	55,8	71,8	57,3	73,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–0,5	–0,5	–0,5	–0,1	–0,4	–0,1	–0,4	–0,1	–0,4
Ausgaben insgesamt	2 114,6	2 179,3	2 263,3	1 022,0	1 092,6	1 052,1	1 127,1	1 092,9	1 170,4
Finanzierungssaldo	–106,4	–87,0	–114,9	–44,4	–62,1	–37,4	–49,6	–51,2	–63,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,6	3,9	2,4	3,9	3,3	3,0	4,6	2,1	2,7
Nettosozialbeiträge	5,5	4,9	2,8	6,5	4,6	4,6	5,1	3,0	2,6
Vermögenseinkünfte	4,3	0,8	0,8	10,4	–2,1	0,6	0,9	0,8	0,8
Sonstige Übertragungen	–6,6	–0,5	0,6	–6,5	–6,6	–1,1	–0,1	0,6	0,5
Vermögensübertragungen	3,8	5,7	3,2	4,0	3,6	6,4	5,1	3,2	3,1
Verkäufe	10,7	4,5	4,5	8,6	12,6	5,7	3,4	5,1	3,9
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	4,7	4,2	2,7	5,2	4,3	3,8	4,6	2,7	2,7
Ausgaben									
Vorleistungen	5,3	3,2	2,5	5,4	5,1	4,6	1,9	1,9	3,1
Arbeitnehmerentgelt	4,3	3,2	3,0	5,8	2,9	3,0	3,4	3,0	3,0
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	24,5	7,4	2,5	31,3	18,4	8,9	6,0	3,0	2,0
Subventionen	–38,1	–9,4	2,0	–40,0	–36,1	–14,6	–4,5	2,0	2,0
Monetäre Sozialleistungen	6,6	4,9	4,1	7,0	6,2	5,2	4,6	4,4	3,8
Soziale Sachleistungen	7,4	4,7	4,4	7,9	6,9	5,0	4,4	4,1	4,6
Sonstige Transfers	–3,0	5,4	12,3	–2,5	–3,4	6,2	4,7	12,5	12,0
Vermögenstransfers	13,7	–17,4	1,3	28,8	3,8	–27,0	–9,5	1,2	1,3
Bruttoinvestitionen	6,0	2,7	2,9	8,7	3,9	1,5	3,7	2,8	3,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	**4,4**	**3,1**	**3,9**	**5,5**	**3,4**	**3,0**	**3,2**	**3,9**	**3,8**
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	–2,5	–2,0	–2,5	–2,1	–2,9	–1,7	–2,2	–2,3	–2,7

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
3) Geleistete Arbeitsstunden.
4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Alternativsszenario
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024 (2)	2025 (2)	2026 (2)	2024		2025 (2)		2026 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	0,2	0,0	0,4	0,4	0,1	–0,1	0,2	0,4	0,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	–0,4	0,4	0,7	–1,0	0,1	0,3	0,4	0,3	1,1
Arbeitsvolumen	–0,2	0,4	1,0	–0,6	0,2	0,2	0,6	0,7	1,4
Produktivität 4)	0,1	0,6	0,6	0,3	–0,1	0,2	1,1	0,9	0,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	–0,1	1,1	1,6	–0,3	0,1	0,4	1,7	1,6	1,6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	3 215,5	3 324,7	3 429,9	1 570,7	1 644,7	1 619,9	1 704,8	1 671,6	1 758,4
Private Konsumausgaben 5)	2 268,1	2 341,7	2 415,4	1 108,7	1 159,3	1 139,2	1 202,5	1 177,1	1 238,3
Konsumausgaben des Staates	947,4	983,0	1 014,5	462,0	485,4	480,7	502,3	494,5	520,0
Bruttoanlageinvestitionen	895,6	912,1	957,9	438,4	457,2	438,8	473,3	459,6	498,4
Bauten	462,8	466,1	481,9	229,7	233,0	228,0	238,1	235,1	246,8
Ausrüstungen	263,9	267,7	287,3	127,8	136,2	125,6	142,1	134,1	153,2
Sonstige Anlagen	168,9	178,4	188,7	80,9	88,0	85,3	93,1	90,4	98,3
Vorratsveränderungen 6)	9,0	38,5	53,6	6,2	2,8	29,6	8,9	35,2	18,4
Inländische Verwendung	4 120,0	4 275,3	4 441,5	2 015,4	2 104,7	2 088,3	2 187,0	2 166,4	2 275,1
Außenbeitrag	182,5	168,7	171,4	110,3	72,3	92,7	75,9	94,2	77,2
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	4,2	3,8	3,7	5,2	3,3	4,3	3,4	4,2	3,3
Exporte	1 821,4	1 860,5	1 929,9	913,7	907,6	916,7	943,8	949,2	980,7
Importe	1 638,8	1 691,8	1 758,5	803,5	835,3	824,0	867,9	855,0	903,5
Bruttoinlandsprodukt	4 302,6	4443,9	4 612,8	2 125,6	2 177,0	2 181,0	2 262,9	2 260,5	2 352,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,4	3,4	3,2	3,8	2,9	3,1	3,7	3,2	3,1
Private Konsumausgaben 5)	2,8	3,2	3,1	3,0	2,6	2,8	3,7	3,3	3,0
Konsumausgaben des Staates	4,7	3,8	3,2	5,8	3,6	4,0	3,5	2,9	3,5
Bruttoanlageinvestitionen	–0,5	1,8	5,0	–0,8	–0,2	0,1	3,5	4,7	5,3
Bauten	–0,7	0,7	3,4	–1,6	0,2	–0,8	2,2	3,1	3,7
Ausrüstungen	–4,3	1,4	7,3	–3,7	–4,8	–1,7	4,4	6,8	7,8
Sonstige Anlagen	6,9	5,6	5,8	7,0	6,7	5,4	5,8	6,0	5,6
Inländische Verwendung	2,5	3,8	3,9	2,1	2,9	3,6	3,9	3,7	4,0
Exporte	0,3	2,1	3,7	–0,3	0,8	0,3	4,0	3,5	3,9
Importe	–0,6	3,2	3,9	–3,4	2,2	2,5	3,9	3,8	4,1
Bruttoinlandsprodukt	2,8	3,3	3,8	3,3	2,3	2,6	3,9	3,6	3,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020) a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 696,4	2 726,5	2 760,7	1 330,0	1 366,4	1 341,6	1 385,0	1 359,7	1 401,0
Private Konsumausgaben 5)	1 883,7	1 904,3	1 930,0	927,4	956,3	932,9	971,4	946,6	983,4
Konsumausgaben des Staates	813,1	822,7	831,1	402,8	410,3	409,0	413,6	413,4	417,7
Bruttoanlageinvestitionen	709,3	711,3	736,4	348,4	360,9	342,8	368,5	353,8	382,6
Bauten	333,9	332,4	339,9	166,6	167,4	162,8	169,6	166,2	173,7
Ausrüstungen	225,2	224,4	236,6	109,1	116,1	105,5	118,9	110,5	126,1
Sonstige Anlagen	153,4	158,5	164,9	73,8	79,6	75,9	82,6	79,0	85,9
Inländische Verwendung	3 445,0	3 493,8	3 547,0	1 694,7	1 750,3	1 718,2	1 775,6	1 744,0	1 803,0
Exporte	1 518,4	1 534,9	1 578,5	764,5	753,9	758,2	776,6	778,1	800,5
Importe	1 350,1	1 377,0	1 415,1	664,6	685,6	673,8	703,2	690,6	724,5
Bruttoinlandsprodukt	3 611,0	3 649,1	3 707,7	1 794,0	1 817,0	1 801,5	1 847,6	1 830,2	1 877,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	0,7	1,1	1,3	0,8	0,7	0,9	1,4	1,4	1,2
Private Konsumausgaben 5)	0,1	1,1	1,3	0,1	0,1	0,6	1,6	1,5	1,2
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,2	1,0	2,3	2,2	1,5	0,8	1,1	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	–2,9	0,3	3,5	–3,1	–2,8	–1,6	2,1	3,2	3,8
Bauten	–3,6	–0,5	2,3	–4,3	–2,9	–2,3	1,3	2,1	2,5
Ausrüstungen	–5,9	–0,4	5,4	–5,5	–6,3	–3,3	2,4	4,7	6,0
Sonstige Anlagen	4,1	3,3	4,0	4,6	3,6	2,8	3,8	4,1	3,9
Inländische Verwendung	0,1	1,4	1,5	–0,8	1,0	1,4	1,4	1,5	1,5
Exporte	–0,6	1,1	2,8	–0,6	–0,5	–0,8	3,0	2,6	3,1
Importe	–0,1	2,0	2,8	–1,9	1,6	1,4	2,6	2,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	–0,1	1,1	1,6	–0,3	0,1	0,4	1,7	1,6	1,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Alternativszenario

	2024 (2)	2025 (2)	2026 (2)	2024		2025 (2)		2026 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	2,6	2,3	1,9	3,0	2,2	2,2	2,3	1,8	2,0
Private Konsumausgaben 5)	2,7	2,1	1,8	2,9	2,6	2,1	2,1	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	2,4	2,5	2,2	3,4	1,4	2,5	2,6	1,8	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	1,6	1,4	2,4	2,7	1,7	1,4	1,5	1,4
Bauten	3,0	1,2	1,1	2,8	3,1	1,5	0,8	1,0	1,2
Ausrüstungen	1,7	1,8	1,8	1,8	1,6	1,6	2,0	2,0	1,7
Sonstige Anlagen	2,6	2,2	1,7	2,3	3,0	2,5	2,0	1,8	1,6
Inländische Verwendung	2,5	2,3	2,3	3,0	2,0	2,2	2,4	2,2	2,4
Exporte	0,8	1,1	0,9	0,4	1,3	1,2	0,9	0,9	0,8
Importe	–0,5	1,2	1,1	–1,5	0,6	1,1	1,3	1,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,2	2,2	3,6	2,3	2,2	2,2	2,0	2,3
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3 010,9	3 118,2	3 201,1	1 473,8	1 537,1	1 520,3	1 597,9	1 560,6	1 640,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	397,3	416,5	432,7	193,4	203,9	201,4	215,1	209,5	223,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 942,6	1 998,3	2 070,1	932,0	1 010,6	956,3	1 042,1	993,6	1 076,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	671,0	703,4	698,3	348,3	322,6	362,7	340,7	357,5	340,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	547,5	557,3	623,0	268,2	279,3	262,7	294,7	291,2	331,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 558,4	3 675,6	3 824,1	1 742,0	1 816,4	1 783,0	1 892,6	1 851,8	1 972,3
Abschreibungen	891,0	920,2	946,4	441,9	449,1	457,7	462,5	470,6	475,7
Bruttonationaleinkommen	4 449,4	4 595,7	4 770,5	2 183,8	2 265,6	2 240,7	2 355,0	2 322,4	2 448,1
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 170,5	3 261,7	3 397,2	1 548,9	1 621,7	1 575,7	1 686,0	1 637,9	1 759,4
Arbeitnehmerentgelte	2 339,9	2 414,9	2 502,8	1 125,5	1 214,5	1 157,7	1 257,2	1 203,1	1 299,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	830,6	846,8	894,4	423,4	407,2	418,0	428,8	434,7	459,7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,0	3,6	2,7	4,3	3,7	3,2	4,0	2,6	2,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	4,8	3,9	4,8	2,8	4,1	5,5	4,0	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	5,2	2,9	3,6	6,2	4,3	2,6	3,1	3,9	3,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,9	2,8	3,1	5,7	4,2	2,7	2,9	3,4	2,9
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,0	0,9	3,6	6,2	4,0	1,0	0,7	3,8	3,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	0,6	4,8	–0,7	–0,8	2,1	4,1	5,6	–1,4	0,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	–5,3	1,8	11,8	–2,7	–7,7	–2,0	5,5	10,8	12,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	3,3	4,0	3,1	1,7	2,4	4,2	3,9	4,2
Abschreibungen	3,8	3,3	2,8	3,5	4,2	3,6	3,0	2,8	2,9
Bruttonationaleinkommen	2,7	3,3	3,8	3,2	2,2	2,6	3,9	3,6	4,0
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	1,2	2,9	4,2	1,9	0,5	1,7	4,0	3,9	4,4
Arbeitnehmerentgelte	5,0	3,2	3,6	6,0	4,1	2,9	3,5	3,9	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	–8,3	1,9	5,6	–7,7	–8,9	–1,3	5,3	4,0	7,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E. a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1 962,2	2 002,5	2 081,2	945,8	1 016,3	966,7	1 035,8	1 007,4	1 073,9
Nettolöhne und -gehälter	1 355,4	1 368,2	1 423,3	645,3	710,1	651,4	716,8	679,7	743,7
Monetäre Sozialleistungen	775,5	809,8	839,5	383,9	391,6	402,0	407,8	417,5	421,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	168,7	175,5	181,6	83,3	85,3	86,7	88,8	89,8	91,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	671,0	703,4	698,3	348,3	322,6	362,7	340,7	357,5	340,9
Sonstige Transfers (Saldo)	–130,0	–132,9	–136,4	–58,7	–71,3	–59,8	–73,1	–60,8	–75,6
Verfügbares Einkommen	2 503,1	2 573,0	2 643,2	1 235,5	1 267,7	1 269,6	1 303,4	1 304,1	1 339,1
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	57,8	58,7	60,0	28,0	29,8	28,3	30,4	28,9	31,0
Private Konsumausgaben 5)	2 268,1	2 341,7	2 415,4	1 108,7	1 159,3	1 139,2	1 202,5	1 177,1	1 238,3
Sparen	292,9	290,0	287,8	154,8	138,1	158,7	131,3	155,9	131,8
Sparquote 7)	11,4	11,0	10,6	12,2	10,6	12,2	9,8	11,7	9,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	5,6	2,1	3,9	6,6	4,7	2,2	1,9	4,2	3,7
Nettolöhne und -gehälter	5,4	0,9	4,0	6,7	4,1	0,9	0,9	4,3	3,7
Monetäre Sozialleistungen	6,1	4,4	3,7	6,5	5,8	4,7	4,1	3,9	3,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	5,9	4,0	3,5	7,7	4,3	4,0	4,1	3,6	3,3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	0,6	4,8	–0,7	–0,8	2,1	4,1	5,6	–1,4	0,0
Verfügbares Einkommen	4,1	2,8	2,7	4,4	3,9	2,8	2,8	2,7	2,7
Private Konsumausgaben 5)	2,8	3,2	3,1	3,0	2,6	2,8	3,7	3,3	3,0
Sparen	14,2	–1,0	–0,8	13,8	14,7	2,5	–4,9	–1,7	0,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Alternativszenario

	2024 (2)	2025 (2)	2026 (2)	2024		2025 (2)		2026 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	991,7	1 033,2	1 064,3	487,9	503,8	503,0	530,2	517,4	546,9
Nettosozialbeiträge	749,0	788,8	815,9	364,3	384,6	382,6	406,2	396,6	419,3
Vermögenseinkünfte	32,7	33,0	33,2	17,6	15,1	17,7	15,3	17,9	15,4
Sonstige Übertragungen	31,2	31,0	31,2	13,7	17,5	13,6	17,5	13,6	17,6
Vermögensübertragungen	20,2	20,7	21,3	8,9	11,3	9,2	11,6	9,4	11,9
Verkäufe	183,2	191,5	200,0	85,1	98,1	90,0	101,5	94,5	105,5
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
Einnahmen insgesamt	2 008,1	2 098,4	2 166,1	977,6	1 030,5	1 016,1	1 082,3	1 049,5	1 116,5
Ausgaben									
Vorleistungen	277,9	286,7	294,0	128,2	149,6	134,2	152,5	136,8	157,3
Arbeitnehmerentgelte	352,0	363,3	374,2	170,2	181,8	175,3	187,9	180,5	193,6
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	45,5	48,9	50,1	22,6	22,9	24,6	24,3	25,4	24,8
Subventionen	52,4	47,4	48,4	25,4	27,0	21,7	25,8	22,1	26,3
Monetäre Sozialleistungen	700,2	733,0	761,0	346,3	353,9	363,8	369,3	378,5	382,6
Soziale Sachleistungen	388,9	407,2	425,0	193,0	195,9	202,8	204,5	211,1	213,8
Sonstige Transfers	89,1	94,0	105,5	43,0	46,1	45,7	48,3	51,4	54,0
Vermögenstransfers	84,7	72,9	73,8	38,2	46,5	29,4	43,5	29,7	44,1
Bruttoinvestitionen	124,1	130,5	134,7	54,9	69,2	57,3	73,3	59,0	75,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–0,5	–0,5	–0,5	–0,1	–0,4	–0,1	–0,4	–0,1	–0,4
Ausgaben insgesamt	2 114,6	2 183,8	2 266,5	1 022,0	1 092,6	1 054,8	1 129,1	1 094,6	1 171,9
Finanzierungssaldo	–106,4	–85,5	–100,4	–44,4	–62,1	–38,7	–46,8	–45,1	–55,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,6	4,2	3,0	3,9	3,3	3,1	5,3	2,9	3,1
Nettosozialbeiträge	5,5	5,3	3,4	6,5	4,6	5,0	5,6	3,6	3,2
Vermögenseinkünfte	4,3	0,8	0,8	10,4	–2,1	0,6	0,9	0,8	0,8
Sonstige Übertragungen	–6,6	–0,5	0,6	–6,5	–6,6	–1,1	–0,1	0,6	0,5
Vermögensübertragungen	3,8	2,8	3,0	4,0	3,6	3,2	2,4	3,0	2,9
Verkäufe	10,7	4,5	4,5	8,6	12,6	5,7	3,4	5,1	3,9
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	4,7	4,5	3,2	5,2	4,3	3,9	5,0	3,3	3,2
Ausgaben									
Vorleistungen	5,3	3,2	2,5	5,4	5,1	4,6	1,9	1,9	3,1
Arbeitnehmerentgelt	4,3	3,2	3,0	5,8	2,9	3,0	3,4	3,0	3,0
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	24,5	7,4	2,5	31,3	18,4	8,9	6,0	3,0	2,0
Subventionen	–38,1	–9,4	2,0	–40,0	–36,1	–14,6	–4,5	2,0	2,0
Monetäre Sozialleistungen	6,6	4,7	3,8	7,0	6,2	5,0	4,3	4,0	3,6
Soziale Sachleistungen	7,4	4,7	4,4	7,9	6,9	5,0	4,4	4,1	4,6
Sonstige Transfers	–3,0	5,4	12,3	–2,5	–3,4	6,2	4,7	12,5	12,0
Vermögenstransfers	13,7	–13,9	1,2	28,8	3,8	–23,1	–6,3	1,1	1,3
Bruttoinvestitionen	6,0	5,2	3,2	8,7	3,9	4,3	5,9	3,1	3,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	**4,4**	**3,3**	**3,8**	**5,5**	**3,4**	**3,2**	**3,3**	**3,8**	**3,8**
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	–2,5	–1,9	–2,2	–2,1	–2,9	–1,8	–2,1	–2,0	–2,4

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
3) Geleistete Arbeitsstunden.
4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).